

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando 1 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Für die Klassenjustiz!

Es ist ein gar wundersames Schauspiel, das wir jetzt nach den Roabiter Prozessen erleben. Wenn die Sozialdemokratie Klage erhob, daß die Justiz vielfach Klassenjustiz sei, daß ihre Rechtsprechung häufig den Ausschlag bourgeoisen Klassenprivilegien und Antipathien gegen die Arbeiterklasse verleihe, so konnte sich die bürgerliche Presse, konnten sich die bürgerlichen Parlamentarier bis tief hinein in die Kreise der äußersten bürgerlichen Linken nicht genug tun in entwürdeten Protesten gegen solche Verdächtigung der absoluten Unabhängigkeit und Unbeeinflussbarkeit unserer deutschen und speziell preussischen Richter. Dabei brauchte dem Freisinn nur das eine bestimmende Urteil im Prozeß Malhahn-Becker zu widerfahren, um ihn sofort in die Kritik von der politischen Voreingenommenheit der Greifswalder Richter einstimmig zu lassen. Was Tausende von mindestens ebenso bestimmenden Urteilen, gefällt gegen Proletarier und Sozialdemokraten, bei unserem unentwegten Liberalismus nicht vermochten, hat das eine Urteil gegen einen der Jüngsten zuwege gebracht: ihnen endlich darüber den Stab zu brechen, daß in einem von politischen Leidenschaften erfüllten Staate auch die Richter gar nicht absolut leidenschaftslos sein können, daß sich vielmehr auch in ihrer Rechtsprechung die politische Auffassung offenbaren muß. Es hat unglaublich lange gedauert, bis sich unser heutiger Liberalismus zu dieser für jeden Politiker und Psychologen so selbstverständlichen Auffassung durchgerungen hat, und die Mäßigkeit dieser so späten Erkenntnis ist um so rätselhafter, als schon vor Menschenaltern eine solche Einsicht Gemeingut selbst eines so bläblichen Liberalismus war, wie ihn die Bennisgen, Laßer und Miquel verkörperten. Ihr Gesinnungsgenosse Treißche wenigstens hat damals ganz offen ausgesprochen: „alle Rechtspflege ist politische Tätigkeit“. Und ein anderer Parteigänger Laßers, Ewesten, hat vor nun fast einem halben Jahrhundert erklärt: „daß ein Richterstand auf die Dauer politischen Strömungen und einem konsequent geübten Drucke der Regierungsgewalt widerstehen sollte, darf von ihm so wenig erwartet werden, wie von einem besoldeten Beamtentum überhaupt. Denn materielle Unabhängigkeit läßt sich einem besoldeten Beamtentum nicht geben, und bei materieller Abhängigkeit ist ein unabhängiger Geist und Charakter immer nur die auszeichnende Eigenschaft einzelner“.

Wenn sich unser moderner Liberalismus einschließlich des Freisinnes gleichwohl an der törichtesten Legende der Unabhängigkeit des Richterstandes berauschte und von den sozialdemokratischen Anklägern der Klassenjustiz indigniert abriet, so hat die Reaktion diese kindische Komödie niemals mitgemacht. Sie hat aus ihrer brutalen Klassenanschauung, daß auch die Richter und die Rechtsprechung sich jederzeit dem unterzuordnen hätten, was das Scharfmachertum die Staatsräson, lies: das Klassen- und Willkürregiment der herrschenden Kasten, nennt, niemals einen Hehl gemacht. Und wenn jetzt dieser Scharfmacherklingel von Kraut- und Schlotjunker, der in Preußen sein Krutenzepter schwingt, nicht nur nach einer Verschandelung der Strafprozessordnung schreit, sondern auch die in den Roabiter Prozessen gefällten Urteile in Grund und Boden verdonnert, so bleibt sie damit nur ihrer Auffassung treu, daß die Justiz nichts sein könne und dürfe, als das strupellose Instrument der Klassenherrschaft und Klassenwillkür. Wobei natürlich keineswegs vergessen soll, daß eine solche Mißachtung und Verhöhnung von Gerichtserkenntnissen, wie sie in den letzten Wochen und Tagen nicht nur von führenden Parlamentariern des Scharfmachertums, sondern auch von den höchsten Staatsbeamten beliebt worden ist, selbst in den Annalen bürgerlicher Reaktionsorgane schwerlich ihresgleichen finden dürfte! Denn wenn man von bornierten und brutalen Fanatikern wie den Herren v. Pappenheim und Jedlig und ihren Nachtretern auch natürlich nichts anderes erwarten konnte als die unverfrorenste Mißachtung gerichtlicher Feststellungen und die freche Verdächtigung und Verleumdung von zahlreichen Zeugen, deren Glaubwürdigkeit vom Gericht ausdrücklich hervorgehoben worden war, so war es doch selbst von einem preussischen Polizeiminister ein ungenüßlich starkes Stück, sich so nonchalant wie Herr v. Dallwitz über alles hinwegzusetzen, was vom Gericht als festgestellt und einwandfrei erwiesen angesehen worden war. Ganz zu geschweigen der hürlessen Rundgebung des Berliner Polizeigewaltigen v. Jagow, der dierelben Polizei, der im Gerichts-urteil zahlreiche schwere Ausschreitungen attestiert worden waren, ohne jede Ausnahme und Einschränkung ein Zeugnis ihrer blütenreinen Unschuld und tadellosesten Pflichterfüllung ausstellte!

In der Tat, niemals ist dem Ansehen der Justiz ein vernichtenderer Schlag versetzt worden, als durch die preussische Regierung! Noch während des Verfahrens, doch bereits nach der Ausschüttung eines chimborassohohen Anklagematerials gegen zahlreiche Polizeibeamte, ein Ordensregen für diese Polizei, und nach dem Urteil des ordentlichen Gerichts eine öffentliche Belobigung auch jener zahlreichen Beamten, denen

das Urteil den Stab gebrochen hatte. Zuerst die empörendsten und plumpsten Beeinflussungsversuche gegen die Richter, und nach der Urteilsfällung die schändeste Desavouierung und Verhöhnung des Gerichtserkenntnisses! Statt der schuldigen Polizeibeamten schleppte man die Richter auf die Anklagebank! Und da verlangt man noch vom Volke, daß es das Ansehen der Justiz achtet, daß es Gerichtserkenntnisse respektiert?!

Aber selbst damit war die Tragikomödie der preussischen Rechtspflege noch nicht zu Ende. Nach dem Ministerpräsidenten, dem Polizeiminister und dem Polizeipräsidenten kam zu guter Letzt noch der Justizminister an die Reihe, um dem waidwunden Opfer der preussischen Justiz den Rest zu versetzen. Während die Scharfmachermenge das niedergebeugte Bild mit ihren Fängen am Boden hielt, verabsfolgte Herr v. Bessler ihm kaltblütig den Genickfang. Statt sich der Rechtspflege und ihrer Organe anzunehmen, statt Respekt für sie und ihre sonst so vielgepriesene „Unabhängigkeit“ zu fordern, versuchte der Justizminister auch seinerseits noch eine Desavouierung und Rektifizierung des Gerichts! Durch jene famose Interpretation der angeblich „mißverständlichen“ Stelle der Rechtsbelehrung des Vorsitzenden Landgerichtsdirektors Unger, die da besagte, daß auch gegen Polizeibeamte, die sich in mißbräuchlicher Ausübung ihres Amtes befanden, wie jener Polizist, der einen wehrlosen Greis totgeschlagen habe, jeder Akt der Notwehr erlaubt sei. Dieser Fall, erklärte der Justizminister, sei nur ein konstruierter gewesen, und Herr Unger habe keineswegs sagen wollen, daß jemand, der in der irrigen Annahme, ein Beamter befinde sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seiner Amtsgewalt, Widerstand leiste, deshalb straffrei bleibe. Eine ebenso überflüssige wie ihrerseits „mißverständliche“ Darlegung, denn was Herr Unger sagen wollte und einzig sagen konnte, war, daß jedem Bürger das Recht der Notwehr zusteht, wenn er ohne jeden Grund von einem uniformierten Kowdy mit dem Säbel gefoltert wird, wenn besagter Kowdy sich also dadurch eines Mißbrauchs seiner Amtsgewalt schuldig macht!

Seinen besonderen boursischen Charakter aber erhielt dieser Erguß des Justizministers dadurch, daß dieser nach seiner Erklärung den Gerichtspräsidenten Unger um eine Auskunft über seine Äußerung und deren wirklichen Sinn ersucht hatte. Denn dazu hatte der Justizminister nicht das mindeste Recht. Sind doch die preussischen Richter wenigstens formell in der Rechtsprechung völlig unabhängig! Und es wäre deshalb vielleicht am Platze gewesen, daß Herr Unger in diesem Falle ebenso gehandelt hätte, wie seinerzeit sein Kollege Grolmann. Als vor sechzig und etlichen Jahren Johann Jacoby wegen seiner „Vier Fragen“ in erster Instanz wegen Hochverrat und Majestätsbeleidigung zu mehreren Jahren Festung verurteilt, in der zweiten Instanz aber freigesprochen wurde, ward deshalb dem alten Grolmann die Ehre zuteil, von Friedrich Wilhelm IV. mit den bittersten Vorwürfen überhäuft zu werden. Grolmann beantwortete jedoch die erregten Einreden mit der trockenen Bemerkung, daß er über Amtssachen keine persönlichen Unterhaltungen führe. „In solchen Sachen“, erwiderte der König, „kann ich die Person nicht vom Amte trennen.“ „Ich kann es“, entgegnete Grolmann und — nahm seinen Abschied.

So respektierte man damals die „Unabhängigkeit“ der Richter, und so sucht man sie heute vollends ins Reich boursisch-scharfmacherischer Abhängigkeit zu zwingen. Nicht genug, daß über Arbeiter, die wegen Vergehen, wegen deren man Studenten mit einer lumpigen Geldstrafe davonkommen läßt, auf Monate und Jahre ins Gefängnis schickt — nein, die Gerichte sollen sich strupellos zum Wütel des Scharfmachergebirgels hergeben, sollen das Recht schamlos beugen, die Zeugenvernehmung willkürlich einengen, sollen die Zutreiber und Handlanger jeder reaktionären Kamarilla spielen — kurz bedingungslos die politischen Geschäfte der Volksausplünderer und Volksunterdrücker betreiben. Wäuml sich das Rechtsempfinden der Richter gegen solch infame Zumutungen auf, so sind sie jeder Anpöbelung wehrlos preisgegeben. Schrieb doch am 15. Januar die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“:

„Das Gericht hatte aber die Befugnis, — auf die Gefahr einer Aufhebung des Urteils bei der Revisionsinstanz hin — selbständig vorzugehen, und konnte eine Beschränkung der Verteidigung mit guter Begründung beantworten. Es ist ein Jammer, daß dies nicht geschehen ist, und niemand weiß, ob das der in Betracht kommenden Instanz selbst nicht inzwischen sehr leid tat. Durch das sachlich völlig unnötige und deshalb unangebrachte Entgegenkommen gegenüber der Verteidigung, die es zuwege gebracht hat, daß einiger Mannheime halber monatelang prozessiert worden ist, ist das Vertrauen auf die Rechtssicherheit in dem Teile des Volkes, der in den Angeklagten nichts anderes sah, als was sie in Wahrheit sind, nämlich Aufreißer und Friedensbrecher, in bedenklicher Weise erschüttert worden. Ein großer Aufwand ist schmachlich vertan!“

So heißt das Scharfmachergeschmeiß nach Rechtsbeugung, nach Klassenjustiz nicht nur in dem diesem Worte bisher eigenen Sinne, sondern direkt nach Scharfmacherjustiz, nach Unternehmerrjustiz, die selbst auf den durchsichtigsten Schleier objektiver Rechtspflege verzichtet!

Wadere Winterer! Bei solchem Umsturz von Recht und Befehl kann sich die Sozialdemokratie schmunzelnd die Hände reiben!

Die Interlons-Gebühr

Beträgt für die schlagballene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengeluche und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Großbritannien und Kanada.

London, 31. Januar 1911. (Eig. Ber.)

Der am 26. Januar gleichzeitig in Ottawa und Washington veröffentlichte Handelsvertrag, der von den Regierungen Kanadas und der Vereinigten Staaten Nordamerikas vereinbart worden ist, stellt ein Dokument dar, dessen Tragweite noch kaum zu übersehen ist. Aber auf den ersten Blick wird es klar, daß dieser Gegenseitigkeitsvertrag, der auf Drängen einflussreicher Bevölkerungsschichten in den beiden Nachbarstaaten zustande gekommen ist und deshalb auch wohl in den entscheidenden Körperschaften Kanadas und der Vereinigten Staaten Annahme finden wird, einen tiefgehenden Einfluß auf die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Kanadas zu seinem mächtigen republikanischen Nachbar und dem Mutterlande Großbritannien ausüben muß.

Der Vertrag ist das Kind der von den Konsumenten der Vereinigten Staaten gegen die Lebensmittelsteuer veranlasseten Agitation und der Freihandelspropaganda der Farmer Westkanadas, die sich durch die hohen Preise der Industrieprodukte und die Ausschließung von dem großen nordamerikanischen Markt benachteiligt fühlten und im vergangenen Jahre eine rege politische Agitation entfalteten. Die Hauptpunkte des neuen Vertrages bilden einerseits die freie Einfuhr von Kanada nach den Vereinigten Staaten von Getreide, Vieh Geflügel, Fischen und Wollereiprodukten und andererseits die Einfuhr zu verminderten Zöllen von den Vereinigten Staaten nach Kanada von landwirtschaftlichen Geräten, Pflügen, Mäh- und Dreschmaschinen usw. Die Abschaffung oder Verminderung der Zölle beruht auf Gegenseitigkeit.

Die großen Vorteile, die der Vertrag der Bevölkerung beider Staaten bringt, springen sofort in die Augen. Den Vereinigten Staaten wird ein gewaltiges Land eröffnet, das nicht mit Unrecht die Kornkammer der Welt genannt worden ist. Allein im Norden Saskatchewan gibt es noch 50 000 000 englische Morgen guten Ackerlandes, die noch ungebaut sind. An den Küsten und in den Flüssen und Seen des Landes wimmelt es von Fischen. Dazu birgt Kanada ungeheure Reichtümer an Holz, Mineralien und Kohle. Das Land bildet die natürliche Quelle, aus der die Vereinigten Staaten die mangelnden Lebensmittel und die Rohstoffe für ihre großen Industrien ziehen können. Dabei bietet Kanada ein schnell wachsendes Absatzgebiet für amerikanische Industrieprodukte. In den letzten fünf Jahren hat die Bevölkerung Kanadas gewaltig zugenommen. Im Jahre 1905 lebten in Kanada 6 Millionen Menschen; augenblicklich wird seine Bevölkerung auf 7½ bis 8 Millionen geschätzt. Auf seiner Bodenfläche soll für über 100 Millionen Menschen Platz sein. Dagegen eröffnet sich für die mit beängstigender Schnelligkeit wachsende kanadische Landwirtschaft ein umfangreiches Absatzgebiet in der benachbarten Republik. Bis hierher strebten die landwirtschaftlichen Produkte auf dem langen Eisenbahnwege von Westen nach Osten dem britischen Markte zu. Der neue Vertrag wird die Richtung dieses Handels in entscheidender Weise ändern. In Zukunft wird ein bedeutender Teil dieser Waren von Norden nach Süden gehen. Die Befürchtung, daß durch diese Ablenkung die Getreidepreise in Liverpool in die Höhe gehen werden, ist wohl kaum berechtigt; denn erstens wird der kanadische Farmer mit den billigeren Maschinen billiger produzieren können und zweitens wird auch der Antriebe, den die Landwirtschaft in Kanada erhält, den nötigen Ausgleich herbeiführen. Allerdings werden die großen, mit britischem Kapital gebauten kanadischen Eisenbahnen, die fast alle von Westen nach Osten laufen, den landwirtschaftlichen Umsatzen zu fühlen bekommen; man tröstet sich jedoch mit der Hoffnung, daß der wirtschaftliche Aufschwung den Bau neuer Zweiglinien nötig und somit den Verlust wieder wettmachen wird.

Während nun die kanadischen Farmer und die amerikanischen Konsumenten frohlocken, herrscht in den Reihen der Schutzöllner Großbritanniens eine tiefe Verstimmung über den neuen kanadisch-amerikanischen Vertrag. Man kann diese Verstimmung wohl verstehen. Die wirtschaftliche Annäherung der beiden nordamerikanischen Staaten, die auch auf politischem Gebiete die unausbleiblichen Folgen zeitigen wird, türmt dem großartigen Gedanken Joseph Chamberlains, alle britischen Staaten zu einem Zollverein zu vereinigen, neue, schwer überwindbare Hemmnisse entgegen. In diesem großen Zollverein war Kanada der Eckstein. Kanada sollte für Großbritannien das werden, was es jetzt wahrheitsgemäß für die Vereinigten Staaten werden wird: die schier unerschöpfbare Quelle für die von der britischen Industrie benötigten Rohstoffe. Die Kanadier waren damals mit der ihnen zugewiesenen Rolle nicht recht einverstanden. Ihre Laune nahm noch zu, als sie gewahrten, wie sie bei der zunehmenden Ausbreitung der schutzöllnerischen Ideen in Großbritannien nur noch den imperialistisch-patriotischen Befehl abgaben. Die Tarifreformer trieben mit Kanada ein mutwilliges Spiel: in den Städten erklärten sie den Arbeitern, daß der kanadische Farmer zollfrei ins Land kommen sollte; dem englischen Farmer wurde gesagt, daß dieses Getreide nur vorderechigt sein sollte. Zur selben Zeit wuchs im Westen Kanadas eine freihändlerische Bauernpartei heran, die ihren Einfluß auf Ottawa bald fühlbar machte und den englischen Schutzöllnern ohne Umschweife erklärte, daß sie sich nie und nimmer dafür

hergeben würde, dem Volke Großbritanniens das Brot zu verteuern. Ihr Einfluß machte sich deutlich bemerkbar, als sich der kanadische Ministerpräsident im vorigen Jahr genötigt sah, zu erklären, daß das Freihandelsystem Großbritanniens das glänzende Beispiel sei, nach dem Kanada streben müsse. Alle diese Zeichen, die auf einen Umsturz in Kanada deuteten, blieben von den englischen Tarifarresten unberührt oder wurden von ihnen aus der Welt erklärt. Noch bei den letzten Wahlen scheuten sie sich nicht, von den kanadischen Brüdern zu sprechen, die den Tag herbeiführten, an dem der Schutz Zoll in Großbritannien und damit der allbritische Zollverein triumphieren würde. Erst der neue Vertrag hat ihnen die Situation klargemacht. Nun allerdings ist auch die Reaktion um so stärker. Die Tarifreformer erklären, daß England verloren sei, daß es bald zu einer Macht dritten und vierten Ranges herabsinken werde. Nach der Festigkeit dieser Jeremiaden läßt sich der Grad der Enttäuschung der schützollnerischen Partei unschwer feststellen.

Es steht in allen Imperialisten und Kolonialschwärmern etwas von dem Geiste Georgs III. von England und seiner Minister, die ja die Kolonien als eine Art geduldiger Kühe anfaßen, die man getrost melken könne. Man sollte meinen, daß dieser Gedanke bei Bunkers Hill von den Kugeln der amerikanischen Farmer gründlich widerlegt worden sei. Man kann sich aber anscheinend heute noch nicht bei dem Gedanken beruhigen, daß die Tochterstaaten schließlich ihren eigenen Weg gehen und den Eltern das Kost- und Erziehungsgeld nicht zurückzahlen wollen. Heute lautet die Parole Kanadas: Canada a Nation! (Kanada eine Nation!). Auf allen Gebieten sucht der junge Staat diese Parole durchzuführen. Kanada weigert sich, zur Aufrechterhaltung der britischen Flotte beizutragen und gründet eine selbständige Flotte; es schließt selbständig Handelsverträge mit den europäischen Staaten und den Vereinigten Staaten Nordamerikas ab; es schickt seine Truppenabteilungen zu den englischen Manövern, aber nur auf Kosten des englischen Obersten; und jetzt schickt es sich an, die infimsten wirtschaftlichen Beziehungen mit seinem Nachbar auf Kosten Großbritanniens anzuknüpfen. Denn daß die Produkte der britischen Industrie in Kanada trotz des bedeutenden Bevorzugungsstarifs gegenüber den durch die geographische Lage begünstigten amerikanischen Industrieprodukten immer mehr zurückgedrängt werden müssen, ist wohl kaum zu bezweifeln. — Das Verhalten Kanadas sollte den Imperialisten und Kolonialschwärmern eine Warnung sein. Es mag ein gottgefälliges Werk sein, Kolonien zu gründen, aber profitabel ist es auf keinen Fall.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Februar 1911.

Zentrumsmogelegen.

Der elsässische Reichstagsabgeordnete Wetterlé veröffentlicht im „Solmarer Roubelliste“ einen aufsehenerregenden Angriff gegen das Verhalten der Zentrumsfraktion im Reichstage. Wetterlé teilt mit, das Zentrum habe bereits im Sommer das zu erwartende Kompromiß mit der Regierung in den Grundzügen vereinbart. Die Verschworenen hätten bereits jetzt sagen, bei welchen Paragraphen der Kanzler nachgeben würde und bei welchen anderen die Partei ihre Prinzipien wahren würde. Die wichtigsten Konzeptionen der Regierung würden darin bestehen, daß die Zusammenstellung der ersten Kammer ein wenig geändert und die Wahlkreisabteilung auf gesetzlichem, statt auf dem Wege der Verordnung erfolgen würde. Dadurch solle die Mehrheit des schwarzblauen Blocks in den Reichsländern gesichert werden.

Diesen Enthüllungen können wir noch folgendes hinzufügen: Der erste Vorsitzende der elsässischen Zentrumspartei Dr. Benderscheer hat im Laufe des Sommers mit dem Staatssekretär Dr. Delbrück verhandelt und das Kompromiß festgesetzt. Dr. Benderscheer legte seine Rede auf einer Zusammenkunft der elsässischen Zentrumsabgeordneten vor und änderte seine Ausführungen in verschiedenen Punkten im Sinne des Reichszentrums. Die Folge war, daß im Reichstage die vorher angekündigte Proposition unterblieb. Die Erbitterung, die darauf in den Kreisen des elsässisch-lothringischen Zentrums entstand, kam am letzten Sonntag im Cercle Catholique in Stragburg zum Ausdruck. Es wurden 10 Fragen formuliert, durch die Wetterlé über sein Verhalten in der Verfassungsfrage zur Rede gestellt wird. Sein Artikel ist die Antwort darauf.

Antlich bezogene Bedürftigkeit.

Großes Heil soll den im Betriebe der preussischen Staatseisenbahn beschäftigten Arbeitern widerfahren. Der Eisenbahnminister hat, wie bürgerliche Blätter der „Zeitung des Vereins der Eisenbahnbeamten und Arbeiter“ entnehmen, zu verfügen geruht, den Arbeitern die Pacht eines Stück Landes zu ermöglichen bezw. zu vermitteln, weil dessen Bewirtschaftung „für die Lebenshaltung der Arbeiter von großem Nutzen“. Aber nicht alle Arbeiter sollen dieser außergewöhnlichen Wohlthat teilhaftig werden.

Vor allem wird es sich um solche Arbeiter handeln, die nach dem Stände ihrer Familien einerseits der Landbenutzung bedürftig sind, andererseits die Bearbeitung des Landes durch Familienmitglieder besorgen können, ohne selbst dem Interesse des Dienstes entgegen zu werden.

Nachdem diese Verfügung ergangen, muß auch der Zweifel verschwinden, daß der Eisenbahnminister über die Lage der bei der Staatseisenbahn beschäftigten Arbeiter wohl unterrichtet ist. Er weiß recht gut, daß die bezahlten Löhne unzureichend, daß hiervon allein eine Familie nicht existieren kann. Die Bedürftigkeit der Eisenbahnarbeiter ist jetzt amtlich festgestellt. Aber der preussische Eisenbahnminister ist weit entfernt davon, aus diesem Eingeständnis den folgerichtigen Schluß zu ziehen, die Löhne zu erhöhen. Er beschränkt sich darauf, den Arbeitern ein Stück Land zu verpachten, bezw. zur Pacht zu vermitteln, damit die Familienmitglieder des Arbeiters sich darauf abwerfen können. Daß der Arbeiter selbst die kleine Pachtstelle bewirtschaftet, liegt nicht im „Interesse des Dienstes“, mit anderen Worten: der Dienst nimmt den Arbeiter voll in Anspruch. Die voll ausgenützte Arbeitskraft eines Arbeiters wird also so schlecht bezahlt, daß es zur Erhaltung der Familie nicht ausreicht.

Weiter: Wie denkt sich nun aber der Herr Minister die Lage jener Familien aufzubessern, die „nach einerseits der Landbenutzung bedürftig sind“, andererseits aber die Bearbeitung des Landes durch Familienmitglieder nicht besorgen können? Sollen diese so lange im Elend weiter vegetieren, bis die Familienmitglieder der „Bewirtschaftung des Landes“ sich unterziehen können?

Die Verfügung ist, wie man sieht, ein klassischer Zeuge preussischer Arbeiterpolitik; sie zeigt die Arbeiterfürsorge des Vaters Staat in ihrer ganzen Prägnanzhaftigkeit. Das hindert allerdings bürgerliche Blätter nicht, darin einen Akt außerordentlicher Arbeiterfürsorge zu erblicken, sie als ein soziale Tat in die Welt hinauszuposaunen.

Der gesprengte Seniorentenent.

Die Kröcherleute im preussischen Dreiklassenhaus führen ihre Obstruktion durch: die Konserwativen halten sich tatsächlich von den Beratungen des Seniorentenentens fern, so daß es dem Vorsitzenden Abg. Södrsch ummöglich ist, den Konvent zusammen zu berufen. Bis auf weiteres ist also eine gemeinsame Ordnung der Geschäfte auf Grund von Vorbesprechungen der Senioren der Parteien ausgeschlossen und der Seniorentenent kann als aufgelassen gelten.

Den Anlaß zu diesem Verhalten bot den Konserwativen der Zwischenfall Hoffmann-Kröcher. Die Kröcher-Trabanten wollen mit ihrer kindischen Torheit die „Würde“ des preussischen Dreiklassenparlaments retten.

Schöne Eintracht.

Das kaum geschlossene Wahlbündnis zwischen Fortschrittler und Nationalliberalen in der Provinz Hannover droht bereits wieder in die Brüche zu gehen. Das hauptsächlichste Streitobjekt bildet der Wahlkreis Hannover-Stadt, der sich seit 1884 im Besitze der Sozialdemokratie befindet. Dieser Kreis sollte den Fortschrittler überlassen werden; nur haben aber in Hannover die Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten aufgestellt, und daran droht die mühsam hergestellte Einigkeit wieder in die Brüche zu gehen.

Eigentlich ist es verwerflich, daß die Gegner in Hannover streiten. Dieser Kreis ist sicherer sozialdemokratischer Besitz und wird es bleiben.

Privatbeamtenversicherung.

Die Siebenerkommission des Hauptauschusses zur Durchführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatangestellten hat zu dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte Stellung genommen. Der Entwurf wird als „eine gute und brauchbare Grundlage“ bezeichnet, und dann in 12 Paragrafen die Wünsche der übergroßen Mehrheit der Privatangestellten formuliert. Die wichtigsten sind:

Es soll ein Grenzgehalt von 5000 Mark für Bemessung von Leistungen und Beiträgen festgelegt werden. Nach dem Tode der versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemanns soll den ehelichen Kindern unter achtzehn Jahren Waisenrente und dem Witwe Witwenrente zuziehen, so lange er bedürftig ist. Eine Ruderergütung von Beiträgen soll unter seinen Umständen eintreten. Auch in die Rentenausschüsse sollen weibliche Versicherte gewählt werden können. Die Beiträge sollen möglichst so abgestuft werden, daß sie in der Klasse A = 2 M., B = 4 M., C = 6 M., D = 8 M., E = 11 M., F = 15 M., G = 18 M., H = 23 M., J = 30 M. monatlich betragen.

Die Einderufung eines Allgemeinen Privatangestellten-tages nach Berlin steht unmittelbar bevor.

Soldatenkrawall in Trier.

Eine schwere Ausschreitung ließen sich in Trier in der Nacht nach der Kaisergeburtstagsfeier eine Anzahl Soldaten, hauptsächlich der 6. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 69, zuschulden kommen. Sie lärmten frühmorgens gegen 4 Uhr in der Saarstraße vor der Wirtschaft Thewalt dermaßen, daß ihnen der Sohn der Wirtin Ruhe gebot, da kein Mensch bei dem Rabau schlafen könne. Der junge Mann wurde aber von den Soldaten derart bedrängt, daß er sich schleunigst in den Hof zurückzog und das Tor schloß. Hieran suchten ihn einige Soldaten zu hindern, indem sie sogar mit dem Seitengewehr durch das Gitterwerk des Tores nach ihm schrien. Einem der Leute entfiel das Seitengewehr. Als die Aufforderung, es herauszugeben nicht befolgt wurde, besah ein Sergeant der 6. Kompanie den Soldaten, das Haus zu stürmen. Die Schar drückte denn auch mit Gewalt das Tor auf und stürmte dann in den Hof und in das Haus. Während der Wirtin durch eine Hintertür sich eilends entfernte, um Hilfe herbeizuholen, drangen die Soldaten in die Zimmer und mißhandelten die Wirtin sowie einen anderen Sohn derselben, den sie aus seinem Schlafzimmer hinunter in den Hof schlepten und, als er sich von ihnen losgerafft hatte und flüchtete, mit dem blanken Seitengewehr bis unter das Dach verfolgten. Auch wurden verschiedene Sachen beschädigt und einige Fenster zertrümmert.

Das Erscheinen eines Feldwebels und eines Unterzahlmeisters, die der erst erwähnte Wirtsohn herbeigeholt hatte, machte dem Standal ein Ende.

Zwei Urteile der Militärjustiz!

Die verschiedenen Disziplinvergehen der Gemeinen und Robelldelikte der Vorgesetzten von der Militärjustiz beurteilt werden, zeigen folgende zwei Fälle, mit denen sich dieser Tage das Dresdener Kriegsgericht zu beschäftigen hatte.

Erster Fall. Der Fahrer Schäfer von der reitenden Abteilung des Artillerieregiments Nr. 12 erhielt eines Tages vom Unteroffizier Jäger den Befehl, sich anzuziehen und mit zum Wachmeister zu kommen. Der Unteroffizier hatte kurz vorher erfahren, daß Schäfer als alter Mann der Vorbeifahrt zum Rekruten zu allerlei Dienstleistungen herangezogen haben sollte. Zwecks Feststellung des Realbestandes sollte Schäfer zum Wachmeister gehen. Da er aber nach seiner Angabe nicht derjenige war, der Befehle an Rekruten erteilt hatte, kam er der Aufforderung des Unteroffiziers nicht nach. Beide begaben sich dann nach dem Verbandsstand, wo sich Schäfer die Drilljacke anziehen sollte. Weil Sch. den Befehl als zu Unrecht erteilt ansah, befolgte er ihn nicht; begab sich vielmehr in seinen Stand und machte Streu. Auf einen weiteren Befehl des Unteroffiziers, schnell zu machen, erklärte der Angeklagte: „Ich habe Zeit, ich komme schon noch zu Sach.“ Auf eine abermalige Wiederholung des Befehls erwiderte Schäfer: „Ich habe keine Zeit, ich habe Arbeit.“ Bei diesem ganzen Vorfall soll Sch. eine „unmilitärische Haltung“ eingenommen und die Weisungen im ungebührlichen Ton geton haben. Der Vorfall brachte dem Soldaten eine Anklage wegen Ungehorsam, Achtungsverletzung, Beharren im Ungehorsam und ausdrücklicher Behördensverweigerung, begangen vor verammelter Mannschaft. Während der Untersuchung brachte der Soldat einige Sachen vor, die eine Beobachtung auf den Geisteszustand nötig machten. In der Verhandlung bestritt Schäfer ganz entschieden etwas getan zu haben, was den Unteroffizier Veranlassung gegeben hätte, gegen ihn einzuschreiten. Die Arrestur zum Wachmeister sei eine ungerechtfertigte Maßnahme gewesen, und nur aus diesem Grunde habe er geglaubt, die Befehle nicht befolgen zu müssen. Der ärztliche Sachverständige erklärte, daß sich Sch. bei dem Vorfall möglicherweise in einer Erregung befunden habe; eine Geisteskrankheit liege jedoch nicht vor. Das Urteil lautete auf die exorbitante Strafe von acht Wochen drei Tage Gefängnis!

Zweiter Fall. Wegen Mißhandlung, Verleumdung und vor-schriftswidriger Behandlung eines Untergebenen verhandelte derselbe Gerichtshof gegen den Unteroffizier Klabis von der 6. Batterie des Artillerieregiments Nr. 12. Am 15. Dezember will der Angeklagte bemerkt haben, daß der Soldat Müller sein Pferd nicht richtig gepugt hatte. Kurzgerond ging der Unteroffizier auf den Untergebenen zu und verlegte diesen einen so kräftigen Fußtritt; gegen das rechte Bein, daß das Knie die anhielt. Um nicht den Anklagen zu erweiden, als habe er vorzüglich mißhandelt, tat der Unteroffizier dabei die Weisung: „Treten Sie mir nicht auf die Füße, gottverdammter Krüppel!“ Außerdem mußte der Soldat noch auf Befehl des Unteroffiziers zehnmal hintereinander durch die 25 Meter lange Stallgasse laufen lassen werden.

Vor Gericht suchte sich der „Stellvertreter“ mit allerlei Dingen zu entschuldigen. Insbesondere wollte er den mißhandelten Soldaten als ungläubig hinstellen. Das Gericht erachtete ihn aber für überführt, erkannte jedoch nur auf die gelinde Strafe von 18 Tagen mittleren Arrest!

Frankreich.

Ein neues Unterseeboot.

Chebourg, 2. Februar. Das Unterseeboot „Marlotte“, das größte Unterseeboot der Welt, mit einer Wasserverdrängung von 1100 Tonnen, ist heute glücklich vom Stapel gelaufen.

Italien.

Die Teuerung.

Rom, 1. Februar. In der Deputiertenkammer dauert seit dem 27. Januar die Debatte über einen von dem Deputierten Canepa und 23 anderen Mitgliedern der äußersten Linken eingebrachten Antrag an. Dieser lautet: Die Kammer wolle mit Rücksicht auf die starke Verknüpfung der Lebensmittel, die durch die im Winter in mehreren Landesteilen herrschende Arbeitslosigkeit und durch die Krisis in einigen Industriezweigen noch verschärft werde, die Regierung ersuchen, Maßnahmen zu treffen, durch welche sofort und dauernd die übermäßige Verteuerung der Nahrungsmittel wie Brot, Fleisch, Fische und Zucker beseitigt werde. Ministerpräsident Luzzatti antwortete auf den Hinweis eines Sozialisten, der eine Herabsetzung der Militärlöhne verlangt hatte, daß der Führer der englischen Sozialisten gegenüber den allergrößten Ausgaben für Militärzwecke erklärt habe, er wolle hinter niemand in dem Wunsche, die Verteidigung des Landes sicherzustellen, zurückbleiben. (Lebhafter Beifall, Lärm auf der äußersten Linken.) Er erinnere daran, daß der Petroleum- und Kaffeezoll und der Preis des Getreides für bestimmte Zwecke ermäßigt worden sei, und betonte, die Regierung müsse das Gleichgewicht des Budgets aufrechterhalten und auf dieser Grundlage für die Sicherheit des Landes sorgen. Luzzatti erinnerte dann an die zur Förderung der Fischerei getroffenen Maßnahmen sowie an die Ermäßigung der Gebühren für die Einfuhr von Rindvieh aus Cretschia und dem Somaliland. Man müsse und werde die Verbilligungspolitik fortsetzen, soweit sie mit dem Budget in Einklang zu bringen sei. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Morelli und andere schlugen vor, in den Wortlaut des Antrages Canepa die Worte „Die Kammer hat Vertrauen zu dem Werke der Regierung“ aufzunehmen. Die Debatte über diesen Zusatzantrag wurde schließlich mit Zustimmung des Ministerpräsidenten auf die morgige Tagesordnung gesetzt und die Sitzung geschlossen.

Das Vertrauensvotum angenommen.

Rom, 2. Februar. Die Abgeordnetenkammer setzte heute die Debatte über den Antrag betreffend die Verteuerung der Lebensmittel fort und nahm mit 21 gegen 88 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen den gestrigen Zusatzantrag Morelli an, in dem der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird.

Steuerbeitrag.

Rom, 2. Februar. Seit mehreren Tagen beschäftigt sich die Presse ausführlich mit der Aufhebung schwerer Unregelmäßigkeiten, die auf den Lagern der Römischen Spiritus-Gesellschaft begangen worden sind, um große Mengen Spiritus der Fabrikationssteuer und den Ostrogebühren zu hinterziehen. Heute ist an die Kammer das Ersuchen gerichtet worden, die Strafverfolgung des Deputierten Montagna wegen Fälschung öffentlicher Urkunden, Beamtenbestechung und Vergehens gegen die Spiritus- und Ostrogeetze zu gestatten. Montagna ist Vorsitzender des Ausschusses der Römischen Spiritus-Gesellschaft.

Rußland.

Gefängnisarrest.

Aus Simferopol wird unter dem 28. Januar gemeldet: In dem städtischen Krankenhaus für Infektionskranke verjuchte ein am Plethysmus erkrankter Gefangener, bei einer Temperaturhöhe von 40 Grad, im Fieberzustand um 4 Uhr nachmittags zu entfliehen. Die Schildwache feuerte gegen das Fenster des Krankenzimmers, an welchem sich auch eine Wärterin und einige Kranken-dienner befanden, die den Fieberkranken festhielten. Der Gefangene war auf der Stelle tot, die übrigen blieben unverletzt.

Türkei.

Der Kujstand in Arabien.

Saloniki, 2. Februar. Nach einer amtlichen Meldung sind die türkischen Truppen zwischen Sana und Dobeida neuerlich von starken arabischen Streitkräften angegriffen worden. Infolge ihrer numerischen Schwäche waren sie im Nachteil und verloren eine Gebirgsstation. Die Kraber machten eine Anzahl Gefangene. Rechtzeitig eingetroffene Verstärkung rettete die Situation der Truppen, die nunmehr die Kraber mit einem Verlust von 200 Mann zurücktrieben, während sie selbst 60 Tote und Verwundete hatten. Die Truppen haben Befehl erhalten, sich bis zum Eintreffen von Verstärkungen auf die Defensiv zu beschränken. Von hier sind 8 Gebirgsbüchsen und 18 Maschinengewehre nach dem Yemen abgeschickt worden.

Parteitag der Arbeiterpartei.

Leicester, 31. Januar 1911. (Fig. Ver.)

Der 11. Parteitag wird morgen in dieser Stadt eröffnet werden. Leicester ist eine typische moderne Fabrikstadt. Sie ist der Sitz einer blühenden Schuhwaren- und Strumpfwarenindustrie und hat über 200 000 Einwohner. Man sieht auf den ersten Blick, daß die Stadt in den letzten 10-20 Jahren schnell gewachsen ist. Ueberall sieht man neue Gebäude, die manchmal einen recht imposanten Charakter tragen, und an der Peripherie der Stadt erstrecken sich die langen Reihen neuer Einfamilienhäuser für Arbeiter wie Fühlhörner nach allen Richtungen ins Land. Im Gegensatz zu den meisten englischen Industriestädten ist Leicester eine sehr reinliche Stadt. Diese gute Eigenschaft verdankt sie hauptsächlich dem Umstande, daß die Maschinen der Fabriken meist mit Gas betrieben werden. Ueberhaupt sind die großen Schuhfabriken der Stadt in technischer Hinsicht wahre Musterbetriebe. Das war nicht immer so. Die älteren Arbeiter können noch von den Zeiten erzählen, als die Heimarbeit vorherrschte und die Schuhmacher Leicester ihre Familienmitglieder und fremde Kinder ausbeuteten. Es waren die Amerikaner, die mit ihren modernen Arbeitsmethoden die alte Schuhwarenindustrie der Stadt aufrüsteten und in überraschend schneller Zeit einen Umsturz herbeiführten. Heute kann man jeden Morgen viele Tausende von Männern und Frauen, jungen Vorkindern und Mädchen sehen, wie sie den großen Fabriken zufließen. Einige der Arbeiterinnen sehen sehr jung aus. Es herrscht hier wie in vielen anderen industriellen Gegenden Großbritanniens unter den Arbeitern noch die Ansicht, daß die Kinder frühzeitig Geld verdienen sollten. Besonders die Mädchen werden vielfach schon mit 13 Jahren, sobald sie das nötige Schulzeugem gemacht haben, in die Fabrik geschickt. Auf diesem Gebiete ist hier noch viel Aufklärungsarbeit notwendig.

Daß der Sozialismus in Leicester Fortschritte macht, merkt man auf den ersten Blick. Nebenbei besitzt die Stadt ja auch ein sozialistisches Parlamentsmitglied in der Person des Genossen Macdonald. Einer der ersten Väden, die einem auffallen, ist das Heim der Antisozialistischen Liga. Die Liga hat sich hier den poetischen Namen „Die Freunde der roten Flagge“ zugelegt und stellt in seinen Fenstern groteske Zeichnungen aus, die bei dem Publikum Wachen vor

dem Sozialismus erregen sollen. Nach den Aussagen der Genossen in Leicester ist es den „Feinden des roten Fluges“ bis jetzt aber nur gelungen, sich lächerlich zu machen.

Dem Vortage ging heute eine Konferenz über die Abrüstung und die internationale Lage voraus. Folgende Resolution wurde von dem Parteivorstand vorgeschlagen:

„Da diese Konferenz der Ansicht ist, daß der Militarismus und der Krieg die Zivilisation und den nationalen Wohlstand vernichten, protestiert sie energisch gegen die wachsenden Rüstungskosten, die die Sozialreform aufhalten und die internationale Solidarität und das Wohlbefinden der Völker zwischen den Nationen gefährden. Sie ist ferner der Ansicht, daß der Militarismus, obwohl er gewinnbringend für gewisse finanzielle Kreise ist, auf deren Tätigkeit nicht wenig von unserer Kriegshege zurückzuführen ist, in unzulässiger Weise das Leben und die Löhne der Arbeiter besteuert und Großbritannien das Nebel der allgemeinen Wehrpflicht aufzubürden droht. Die Konferenz erklärt deshalb, daß Streitigkeiten zwischen den Nationen nicht durch die brutale Gewalt, sondern durch Vernunft und auf schiedsgerichtliche Weise beigelegt werden sollten, und fordert die Arbeiter dieses Landes auf, mit ihren Genossen in Deutschland und anderen Ländern gemeinschaftlich vorzugehen, um der Kriegshege entgegenzuwirken und eine Verständigung zwischen allen Nationen zur Erreichung des internationalen Friedens und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit herbeizuführen.“

Reir Hardie stellte zu dieser Resolution einen Abänderungsantrag, der die Vorschläge enthält, die auf dem internationalen sozialistischen Kongress zu Kopenhagen über die Förderung des internationalen Friedens gemacht worden sind. Dieser Abänderungsantrag wurde mit Ausnahme des letzten Absatzes angenommen. Dieser Absatz behandelt die Frage des Streiks als Mittel zur Verhinderung des Krieges. Er wurde mit 123 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Man wollte, wie erklärt wurde, nicht den Anschein erwecken, als wolle man den Gewerkschaften Vorschriften machen.

Eine neuer Vorführer.

Leicester, 2. Februar. Barnes wird infolge von Krankheit den Vorsth in der Arbeiterpartei niederlegen. Ramsay MacDonald hat sich bereit erklärt, an seiner Stelle den Vorsth zu übernehmen.

Aus der Partei.

Gemeindevahltag.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Braunschweig behaupteten unsere Genossen ihre alten Sitze und gewannen außerdem noch einen Sitz hinzu.

Aus den Organisationen.

Der Wahlverein für den achten hannoverschen Reichstagswahlkreis (Hannover-Linden) nahm in seiner letzten Generalversammlung einen Antrag des Vorstandes an, vom 1. April ab den Beitrag von 30 auf 40 Pf. zu erhöhen. Der Bericht über die Entwicklung der Organisation zeigt einen weiteren Fortschritt. Die Mitgliederzahl stieg von 1724 auf 1813, darunter 3129 weibliche Mitglieder. In die Kasse der Organisation wurden große Anforderungen gestellt, so wurden 5000 M. an die Volksbuchhandlung abgeführt, 4100 M. an den Bildungsausschuß, 4100 M. an den Parteivorstand, 4246 M. an den Provinzialvorstand.

Polizei und Preßgesetz.

Bei der Halleischen Polizei ist es eine beliebte Methode, unserem dortigen Parteivorstand, dem „Vollstblatt“, fortgesetzt mit Verhätigungen nach dem verhängten Paragraphen 11 des Preßgesetzes lästig zu fallen. Selbst Dinge geringfügigster Art geben Anlaß zu verächtlichen schriftlichen Leistungen. Auch der „Vorwärts“ hat ja erst im vorigen Jahre diesen Verhätigungsgeist an sich erfahren.

Im November v. J. wurde gegen das „Vollstblatt“ für Halle eine Geldstrafe in Höhe von 500 M. wegen angeblicher Verhätigung verhängt. Vor der Strafkammer wurde ein umfangreicher Wahrheitsbeweis angetragen, um darzutun, daß die Verhätigungen Schläne und Drangsalierung im Hinblick auf die Halleische Polizei nicht ungerechtfertigt seien, indes vergebens. Das Gericht erklärte den Wahrheitsbeweis als mißlungen und sprach dies im Urteil aus. Der Prozeßbericht des „Vollstblatts“ führte hierüber wörtlich aus: „Die Verhätigung habe ergeben, daß die Polizei nicht unberechtigt, sondern durchaus berechtigt vorgegangen sei. Der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen.“ fügte jedoch auch hinzu, daß die Urteilsbegründung dies unter anderem sage. Der Polizeiverwaltung von Halle war jedoch der Bericht nicht ausreißend genug; ihr Leiter, Oberpolizeiinspektor Weydemann, setzte sich auf die Sohlen und verfuhr zu dem Prozeßbericht eine Verhätigung, in der es hieß, es sei unwahr, daß die Urteilsbegründung nur die im Bericht des „Vollstblatts“ wiedergegebene Sage enthalte, sondern es stände auch noch mehr darin, nämlich, daß die Polizei in keinem einzigen Falle rechtswidrig gehandelt habe.

Die fonderbare „Verhätigung“ wurde selbstverständlich abgelehnt. Statt sich damit zufrieden zu geben, beantragte die Polizeiverwaltung den Staatsanwalt, im öffentlichen Interesse gegen das „Vollstblatt“ auf Aufnahme der Verhätigung resp. Bestrafung zu klagen. Welche sind damit gehörig abgelehnt. Zweisomal mußte wegen der Sache Termin abgehalten werden, da in der ersten Verhandlung der Richter nicht herausbekommen konnte, welchen Zweck die Polizeiverwaltung von Halle eigentlich mit der „Verhätigung“ verfolgte.

Im zweiten Termin legte der angeklagte Redakteur, Genosse Riebusch dar, daß die Verhätigung hauptsächlich an Tatsachen halte. Was nicht behauptet worden, sei keine Tatsache im Sinne des Preßgesetzes und könne nicht berichtigt werden. Wiewohl der öffentliche Ankläger glaubte, 100 M. Geldstrafe und Verurteilung zur Aufnahme der Verhätigung beantragen zu müssen, folgte das Gericht dem Angeklagten und sprach ihn frei unter Auflegung der Kosten auf die Staatskasse. Die Verhätigung entspreche, so führte es aus, weder in der Form noch in der Sache den Anforderungen des Preßgesetzes.

Soziales.

Wahrheits-Annoncen.

Ueber das Inseratenwesen bürgerlicher Tageszeitungen und Zeitschriften liegen sich ganze Bände schreiben. Es treibt die wunderlichsten Blüten. Wir hatten schon oft Gelegenheit, die eine oder andere Art bürgerlicher Annoncen zu geißeln. Erinnert sei an die Auppedellen, die sich aus bescheidenen Anfängen heraus zu langen Spalten und vielen Seiten ausgewachsen, und an keinem Wochentag, am allerwenigsten am Tage des Herrn fehlen. Ja, letzterer scheint besonders dafür in Betracht gezogen zu werden. Das „Berliner Tageblatt“, die „Morgenpost“, und wie sie alle heißen, überbieten sich, ihren Raum für den Dreismarkt zu vergrößern. Weder sei der gemeingefährlichen vielen Annoncen der „Berliner Annoncen“, die mit immer neuen Tricks harmlose, arbeitsschaffende Weser für ihre schlecht bezahlten, unbeliebten Geschäfte anlocken. Erst kürzlich wiesen wir auf die Annoncen hin, in denen Schiffsjungen für erstklassige Schiffe gesucht wurden, wie beispielsweise in der „Wode“, und daß hinter deren Angebot oft Kammer und Entladung für unsere abenteuerlustigen, wahrscheinlich nicht schlechtesten Jungen lauern, aber niemals wirklich erstklassige Schiffe. Der Bruhn-Prozess hat interessante Streiflichter auf die witzigsten gepulsten Waffens-Annoncen geworfen. Bekannt ist, was hinter den Rassen- und Rassen-Annoncen oft steht. Die witzigsten Rassen- und Rassen-Annoncen sind mit Recht über derartige Annoncen entsetzt.

Ein neuerdings ganz enorm aufstrebender Zweig bürgerlichen Inseratenwesens spekuliert auf die allgrößte Dummheit der Menschen, insbesondere des geistig blöden Teils der Bevölkerung ohne Unterschied des Geschlechts. Wir meinen den Zweig der Wahrheits-Annoncen. Das Wahrheits ist ein Erwerbszweig, der in der Hauptsache vom ganzen Geschlecht ausgeübt wird. Die Zahl der Heilbeurteilungen, Chirologinnen, Handbeurteilungen, Karrieren, Heilbeurteilungen, Aus-dem-Gi-Propheten usw. usw. ist Legion geworden. Dazu ein Beispiel. Vor uns liegt ein hoffnungsgrüner Gewand die „Berliner Hausfrau“ vom 22. Januar 1911, ein Organ, das auch in anderen Städten, wie Breslau, Hamburg usw., dort allerdings als „Hamburger Hausfrau“, „Breslauer Hausfrau“ usw. erscheint. Die „Berliner Hausfrau“, unter Leitung der bürgerlichen Frauenrechtlerin Dorothee Göbeler, bringt zweierlei Annoncen, solche mit und ohne Verantwortung der Redaktion. Während sie in der uns vorliegenden Nummer u. a. verantwortlich zeichnet für vier Annoncen zur Erzielung von Busenfülle durch Apparate, Dusencrème, Kräftpulver usw., auch für „lästige Haare“, Hämorrhoidenbeseitigung selbst in hartnäckigsten Fällen, befinden sich unter ihren unerantwortlichen Annoncen nur zwei, wahrscheinlich etwas weniger sicherwirkende Busenfüllannoncen, dagegen aber volle vierzig Wahrheits-Ankündigungen. Vierzig Annoncen, die auf die reguläre Dummheit der Menschen, in erster Reihe der Hausfrauen und Hausangestellten spekulieren. Das Annoncieren in diesem Blatt durch die Heilbeurteilungen muß sich zweifellos gut bezahlt machen, sonst würden doch alle die „weisen“ Frauen, die den blinkenden Erfolg vorhersehen, ihr Geld nicht so zum Fenster hinauswerfen.

Wenn dumme Hausfrauen, dumme Hausangestellte auf diese Weise ihr flüssiges Kapital bei diesen offiziellen Bauernfängern, die ungehindert ihr Spiel treiben dürfen, anlegen, so ist das an und für sich schon sehr bedauerlich. Doch mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. Fragt sich nur, wieviel unglückliches Elend mag wohl durch diese vierzig, außer Verantwortlichkeit der Redaktion erscheinenden Annoncen der „Kugen“ Leute angerichtet werden, da doch Selbstmorde, Ehescheidungen, Ver- und Entlassungen, Stellenwechsel, Reiseprojekte, Lotterieverluste, verkehrte Spekulationen infolge von Wahrhaftigkeiten bezw. Lügenbeurteilungen an der Tagesordnung sind. Wahrhaftig, es wäre Zeit, daß die Aufklärung diesem lieblichen aller Damenberufe, der allerdings in furchtbarer Zeit aus den ärmlichsten Verhältnissen zu ungeahntem Reichtum, aus den dunkelsten Wutiken zu eleganten Salons am Kurfürstendamm führt, ein Ende bereitet.

Vom § 10 des Reichs-Preßgesetzes.

Eine amtliche Bekanntmachung des Verbandsvorstandes des Handels- und Transportarbeiterverbandes im Verbandsorgan „Courier“, die der Verbandsvorstande Schumann unterzeichnet hatte, führte seinerzeit zu einem Verleumdungsprozess Kohnmann wider Schumann. Schumann wurde zu 20 M. verurteilt und Kohnmann auf die Widerlage ebenfalls. Dem Kohnmann wurde zugleich die Befugnis zugesprochen, den Urteilsstenor, soweit er die Verurteilung Schumanns betrifft, auf dessen Kosten im „Courier“ zu veröffentlichen. — Die Aufnahme in den „Courier“ wurde abgelehnt. Das Amtsgericht Lichtenberg als Vollstreckungsbehörde ordnete darauf die Aufnahme an. Eine Beschwerde dagegen hatte keinen Erfolg. Da die Aufnahme in den „Courier“ nicht erfolgte, so wurde Genosse Präjak als verantwortlicher Redakteur wegen Verletzung des § 10 des Reichs-Preßgesetzes angeklagt, welcher bestimmt:

„Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welche Anzeigen aufnimmt, ist verpflichtet, die ihm von öffentlichen Behörden mitgeteilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren in einer der beiden nächsten Nummern des Blattes aufzunehmen.“

Das Landgericht I als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei, weil der „Courier“ keine periodische Druckschrift sei, die Anzeigen im Sinne des § 10 des Reichs-Preßgesetzes aufnehme. Die Verleumdung habe ergeben, daß der „Courier“ Publikationsorgan des erwähnten Verbandes sei. Es werde nur an Mitglieder des Verbandes abgegeben und nehme nur Veröffentlichungen auf, die von Fachverbänden ausgingen, und Anzeigen gegen Verhätigung überhaupt nicht. Unter periodischen „Druckschriften, die Anzeigen aufnehmen“ (§ 10 Preßgesetzes), seien aber nur solche Druckschriften zu verstehen, zu deren Geschäftsbereichen es gehöre, Anzeigen gegen Verhätigung aufzunehmen. Der Zweck des § 10 sei in erster Linie darauf gerichtet, das Ansehen der Behörden zu wahren. Er wolle verhindern, daß Druckschriften, welche Privatpersonen die Aufnahme von Anzeigen regelmäßig nicht abschlagen, sie staatlichen Organen verweigern. Webe man hieron aus, so sei es nicht gerechtfertigt, die Befugnisse des Staates auf solche Zeitungen auszuweiten, welche nur von wenigen bestimmten Personen oder Verbänden Anzeigen aufnehmen. Demnach sei eine Verurteilung des Redakteurs des „Courier“ nicht möglich.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Gegen diese wendete sich in der letzten Verhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts als Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld.

Das Kammergericht gab der Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Gründe gingen dahin: Der Senat könne der Auslegung, die das Landgericht dem § 10 gegeben habe, nicht zustimmen. Aus den Feststellungen des Landgerichts sei zu entnehmen, daß der „Courier“ von verschiedenen Verbänden und Personen, wenn auch nur von wenigen und nur unregelmäßig, Anzeigen aufnehme. Damit sei genügend festgestellt, daß der „Courier“ zu den periodischen Druckschriften in der Art des § 10 gehöre. Daß es sich bei Anzeigen im Sinne des § 10 nur um gegen Entgelt aufgenommene Anzeigen handeln müsse, sage der Paragraph nicht. — An sich würde hier die Strafbartigkeit gegeben sein. Nun sei die Verhätigungsfrage angesetzt worden, wie auch in der Vorinstanz, die sich jedoch damit noch nicht befaßt habe, weil sie aus anderen Gründen freisprach. Der Senat stehe auf dem Standpunkt, daß Defizite der vorliegenden Art keine Dauerdefizite seien, die Verhätigungsfrist also zu laufen beginne, nachdem die zweitnächste Nummer des Blattes ohne die Veröffentlichung erschienen sei. Darüber stehe nichts Näheres fest. Deshalb müsse die Vorinstanz dieser Frage auch näher treten.

Aus Industrie und Handel.

Die chemische Industrie.

Eines der jüngsten Kinder der kapitalistischen Produktion — die chemische Industrie — zeigte im verfloffenen Jahre ein recht bewegtes Bild. Die höchsten Dividenden und die sicherhafte Grünberäntigkeit parton sich hier mit manchem Krach, der vielen allzu hoch geschätzten Spekulationen ein jähes Ende bereite. Soweit die Geschäftsabfälle vorliegen, bewegen sich die Dividenden auf einer geradezu schwindelhaften Höhe. Deutsche Zellulose-Fabrik A.G., Leipzig zahlte 18 Proz. (im Vorjahre 12 Proz.), Höpster Harzwerte 27 Proz. (wie im Vorjahre), Badische Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen 27 Proz. (im Vorjahre 24 Proz.), Witteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis-Veter A.G., Frankfurt a. M. — 25 Proz. (wie i. V.), Chemische Fabriken vorm. Seiler-ster Meer, Herdingen (Riedersheim) — 12 Proz. usw., um. Dabei nehmen die meisten von den größeren Firmen Neubauten und Geschäftserweiterungen vor.

Die große Gründertätigkeit hält auch im laufenden Jahre an. So ist im Januar d. J. von nicht weniger als 26 Neugründungen berichtet worden. Darunter befinden sich: Deutsche Mineralindustrie A.G. in Wiehe bei Celle mit 16 Millionen Mark Aktienkapital, Pure Oil Co., G. m. b. H. Bremen mit 10 Millionen Mark, Chemische Fabrik Wesseling A.G. mit 15 Millionen Mark, Chemische Werke

Senke u. Gaertling A.G., Bremen mit 6,5 Millionen Mark. In allen diesen 26 Neugründungen ist mehr als 31 Millionen Mark investiert worden.

Submissionschwindel.

Daß die sogenannten Submissionen meist nur Farce sind, konnte schon oft nachgewiesen werden. Schugmaßnahmen gegen Lieberverteilungen sind zum Teil ohne Wirkung. Die Öffentlichkeit erfährt gar nicht, welche geheimen Abmachungen zwischen den „konkurrierenden“ Firmen bestehen. Bekannt ist ja, daß gerade die Großelektizitätsindustrie die raffiniertesten Geheimverträge dieser Art fabriziert. Die Submissionspreise sind bei den geheimen Abmachungen vorher festgelegt, es wird sogar bestimmt, welcher Firma der Auftrag zugesagt werden soll; die leer ausgehenden erhalten von den „ehrlich“ erkonkurrierten Preisen gewisse Prozente als Beuteanteil. Eine Submission, bei der es anscheinend nicht so zugegangen ist, hatte kürzlich die Eisenbahndirektion Kassel ausgelastet. Es handelt sich hier um den Bau einer tunnelartigen Unterführung des Frankfurter Schnellzuggleises auf dem Bahnhof Kassel-Oberstadt. Bei rund 4000 Meter Länge waren 25 000 Kubikmeter Erdmasse und 11 000 Kubikmeter Beton zu bewältigen. In den Verhandlungsanschlüssen hatte die Eisenbahnbauabteilung Kassel, um sich zu decken, den Postus eingefügt, daß sich nur solche Bewerber melden sollten, die „ausreichende Erfahrungen besitzen“ und „den Nachweis darüber im voraus schriftlich oder mündlich führen“ können.

35 Firmen beteiligten sich an der Ausschreibung. Der Mindestfordernde verlangte 83971 M. und die beiden Höchstfordernden 831522 M. und 862824 M. Die Differenz zwischen diesen Angeboten beträgt also „nur“ 380 Prozent. Solche Beispiele sind die beste Begründung für die Forderung der eigenen Regie bei gemeindlichen und staatlichen Arbeiten.

Fuselkonsum.

Wenn auch die Brannweinstatistik keinen ganz sicheren Maßstab für den Schnapskonsum liefert, indem das Spiritusyndikat die Ausweise nach seinen Bedürfnissen beeinflussen kann, so erlaubt die Statistik doch einige Schlussfolgerungen. So viel sieht fest: der Schnapskonsum hat stark nachgelassen. Das bestätigt die nachfolgende Aufstellung. Es betrug:

	1. Oktober bis 31. Dezember	der Alkohol-Produktion in Hektolitern	der Trinkverbrauch	der gewerblichen Verbrauch
1910	1 029 235	530 448	324 948	
1909	1 146 370	420 394	474 088	
1908	1 450 810	637 121	430 268	
1907	1 246 792	644 345	423 084	
1906	1 248 008	631 800	368 132	

Als wichtigstes Resultat dieser Gegenüberstellung der letzten fünf Jahre ergibt sich, daß die Produktion andauernd zurückgegangen ist, nachdem sie 1908 wegen der in Aussicht stehenden Steuern einen Sprung nach oben gemacht hatte. Der gewerbliche „Verbrauch“ war im Vorjahre absonderlich stark gestiegen, weil auf diese Art der Lieberlust an Alkohol „verschwinden“ sollte. Jetzt sind die Spirituslager völlig überfüllt und können nicht mehr fassen. Inzwischen wird versucht, den Brannweinkonsum wieder zu heben. Alle die, welche da mit um ihre Fuselproffite kämpfen und kämpfen, müssen durch den einmütigen Willen der Arbeiter merken, daß sie nicht gegen die Kultur können. Abhängig ist dieser Erfolg aber davon, ob jeder Arbeiter seine Pflicht erfüllt und den Schnaps, die freiwillige Fronleistung an Junker und Staat, konsequent meidet.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen in der Schweizer Heimarbeit.

Die Schweizer Hausindustrie nahm bereits vor 600 Jahren ihren Anfang, als das Seidenhandwerk und etwas später die Leinwanderei sich aus dem Handwerk teilweise zur Hausindustrie entwickelten. Die Gesamtzahl der Heimarbeiterin wurde 1904 von dem eidgenössischen Fabrikinspektor Dr. Schuler auf 133 000 geschätzt; das sind 4 Proz. der schweizerischen Bevölkerung. Auf 100 Arbeiter, die dem Fabrikgesetz unterliegen, entfallen nicht weniger als 54—55 Heimarbeiter. Eine 1908 vorgenommene Betriebszählung ergab nur 92 192 Hausindustrielle, aber dieses Ergebnis kann aus verschiedenen Gründen nicht als erschöpfend angesehen werden. Wie überall in der Heimindustrie, so ist auch in der Schweiz die Zahl der in ihr beschäftigten Frauen weit größer als die der Männer. Einer Reihe von Tabellen, die das Reichs-Arbeitsblatt in seiner Dezember-Nummer veröffentlichte, entnehmen wir folgende Einzelheiten: In der Textilindustrie, welche mit 63 725 Personen zwei Drittel aller 1906 gezählten Heimarbeiter beschäftigt, sind allein 53 000 Frauen tätig. Auf 9241 Kleidung und Schuh herstellende Hausindustrielle kommen 7554 weibliche. Selbst in der Metallindustrie, die hauptsächlich die Herstellung von Uhren pflegt, entfällt fast die Hälfte aller Heimarbeit auf Frauen. Nur in der hausindustriellen Holz- und Eisenblechindustrie ist der Anteil der Frauen ein vergleichsweise sehr geringer.

Schweizer Stickeren und Seidentoffe sind in der ganzen Welt bekannt. In den Schaufenstern der luxuriösen Schweizer Fremdenzentralen sieht man Produkte der hausindustriellen Heißes, die, was Feinheit, Schönheit und geschmackvolle Ausführung anlangt, wahrhaft bewundernswürdig genannt werden müssen. Dabei sind sie durchaus nicht teuer zu nennen. Freilich, wenn man die Löhne kennt, die den Verfertigerinnen all dieser Herrlichkeiten gezahlt werden, dann wird einem klar, warum sie verhältnismäßig wohlfeil verkauft werden können. Nach Ermittlungen der Gewerbeinspektoren beträgt der durchschnittliche Tagesverdienst der Bleistiftverfertigerinnen 1—1,50 Frs. (80 Pf. bis 1,20 Mark), der Brust- und Jacquardweberinnen 1,20—1,50 Frs. (96 Pf. bis 1,20 Mark), der Seidenweberinnen 0,70—1.— Frs. (56—80 Pf.), der Seidenstickereinnen und -Andreherinnen 1,25—1,85 Frs. (1,02 bis 1,48 M.), der Handstickereinnen 1—2 Frs. (80 Pf. bis 1,60 M.), der Kettenstickereinnen 0,50—1,50 Frs. (56 Pf. bis 1,44 M.). Ähnlich liegen die Dinge in anderen Zweigen der Hausindustrie. Nur in der Seidenbandwebererei erheben sich die Frauenlöhne auf 3 Frs. (2,40 M.) und etwas darüber. Eine Uhrenarbeiterin kann es bis auf 2,85—2,85 Frs. (2,12—2,24 M.) pro Tag bringen. Dagegen verdient eine um die Erhaltung der Religiosität zu verdiente Person wie die Verfertigerin von Rosenkränzen nur bis zu 1 Frs. (80 Pf.) per Tag. Die Ermittlungen für den Heimarbeitersubstanz von 1906 ergaben Stundenlöhne für keine Handstickere von 10 bis höchstens 20 Cts. (8—16 Pf., für Ausnahmefälle 3—4 Cts. (2½—3 Pf.), höchstens 12—15 Cts. (10—12 Pf.), für Seidenstoffweberin 84 Cts. (6½ Pf.), für Strohhäckerin im Teffin 2—3 Cts. (1½—2½ Pf.). Eine Folge so niedriger Arbeitslöhne ist das starke Heranziehen der Kinder zum Mitverdienen. Die Zahl der in der Hausindustrie beschäftigten Kinder unter 14 Jahren wird auf rund 25 000 geschätzt, eine für ein so kleines Land wie die Schweiz außerordentlich große Zahl. Eine so intensive Ausbeutung von Frauen- und Kinderarbeit muß naturgemäß schwere Mißstände für die Volksgesundheit zeitigen. In den schönsten Teilen dieses von der Natur so bevorzugten Landes findet man oft einen auffallend verkommenen Menschenzweig, Kinder mit welken alten Gesichtern, Männer und Frauen, die, obwohl noch in den besten Jahren, den Eindruck gebrechlicher Geesse erwecken. Lieberarbeit, Unterernährung und elende Wohnungsverhältnisse haben sie vor der Zeit dazu gemacht. Fast widerstandslos ist die Schweizer Heimarbeiterschaft bisher der kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben, da ihre Organisation noch in den allerersten Anfängen steht. Um so dringender ist die Erfüllung der von der organisierten Arbeiterchaft an die eidgenössische Regierung gerichteten Forderungen nach Unterstützung der Heimarbeitergewerkschaften bei der Abschließung von Tarifverträgen, nach Ausdehnung aller Zweige der Arbeiterversicherung auf die Hausindustriellen, sowie nach Einführung einer besonderen Heimarbeit-Inspektion zur Durchführung eines besonderen Heimarbeitergesetzes.

Gewerkchaftliches.

Die gestörte „Amtshandlung“.

Die Metallarbeiter streifen bei der Firma Siemens-Schuckert. Die Siemenswerke liegen in nächster Nähe von Moabit, und scheint es, als ob der Ausgang der Moabiter Prozesse für die Polizei keinerlei Lehre gewesen ist, denn sonst wäre folgender Vorgang nicht zu verstehen.

Am 31. Januar ging ein Streikposten ruhig seiner Pflicht nach, ohne irgendwie jemanden zu belästigen. Wöglich kam ein Schutzmann auf den Streikposten zu und stieß ihn ohne irgendwelche Veranlassung und ohne eine Bemerkung zweimal mit solcher Gewalt in die Seite, daß er zur Seite taumelte. Nun war aber ein einwandfreier Zeuge in der Nähe, nämlich ein Angestellter des Metallarbeiterverbandes, der bezeugen konnte, daß aber auch nichts vorgekommen ist, was irgendwie dem Schutzmann zu seinem Vorgehen berechtigte Veranlassung gegeben hätte. Der Angestellte des Verbandes bemerkte das auch dem Schutzmann gegenüber in ruhigen Worten. Doch machte das den Schutzmann in seinem Auftreten nicht irre, im Gegenteil, der Schutzmann fihierte nunmehr den Streikposten. Dem Verbandsvertreter gegenüber machte der Schutzmann dabei die Bemerkung:

„Stören Sie mich nicht in meiner Amtshandlung!“
Also es ist eine Amtshandlung (!), ruhige Passanten auf der Straße zu mißhandeln. Wer mag den Schutzleuten wohl derartige Instruktionen erteilen?

Der Organisationsvertreter hat ja nun ob dieser flagranten Belästigung des Streikpostens durch einen Schutzmann nicht gleich das vom Landgerichtsdirektor Unger zugestandene Recht ausgeübt, sondern begab sich nach dem Polizeirevier, um den Namen des seine Funktionen verlegenden Schutzmannes zu erhalten. Nach einigen Schwierigkeiten gelang das auch, und wird nun selbstverständlich gegen den betreffenden Schutzmann Beschwerde geführt werden. Bei der Unterredung auf dem Revier gestand der Polizeileutnant zu, daß er sich selbst davon überzeugt habe, daß die Streikenden sich musterhaft betragen und einen durchaus guten Eindruck machen. Der Leutnant erklärte weiter, er bedauere das Verhalten des Schutzmannes. Selbstverständlich ist, daß die Streikenden sich durch die ungesetzhafte Behandlung, die sich Schutzleute erlauben, nicht von der Ausübung ihres Rechtes, Streikposten zu stellen, abhalten lassen.

Der Streik selbst besteht fort, und ersucht der Metallarbeiterverband, den Betrieb streng zu meiden, was ja angesichts der gelben Anrüchlichkeit der Firma für jeden anständigen Arbeiter selbstverständlich ist. Es wird sich in den nächsten Tagen auch noch eine Versammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Berlin und Umgegend.

Ueber Maßregelungen in der Zigarrenfabrik von Juhl in Pantow
führt der Verband der Tabalarbeiter Beschwerde. Vor etwa drei Wochen fand eine Fabrikbesprechung statt, die sich mit den Zuständen in der Kantine und mit den Organisationsverhältnissen der Arbeiterschaft bei Juhl beschäftigte. Zwei Tage später wurden 14 Personen entlassen, darunter eine wichtige Arbeiterin, die schon 3 1/2 Jahre für die Fabrik arbeitet, und ein vor 2 1/2 Monaten von Leipzig geholter Arbeiter, dem dauernde Stellung zugesichert war. Die Entlassung dieser beiden betraufte der Verband als eine Maßregelung wegen ihres Eintretens für bessere Organisation der Arbeiter. Vertreter des Verbandes wurden bei Juhl vorstellig, der eine Untersuchung der Angelegenheit versprach, später aber ablehnte, die Entlassung zurückzunehmen. Am Mittwochmorgen wurde den Arbeitern eine Liebererklärung zuteil, als Herr Juhl die Schlichtungskommission in seiner Fabrik mit nach dem Gewerbegebiet nahm und sich dort eine Erklärung geben ließ, die dahin lautete, daß nach Ansicht der Kommission eine Maßregelung nicht vorliege und daß Herr Juhl der Organisation keine Schwierigkeiten bereite. Mit diesem Stand der Dinge beschäftigte sich eine öffentliche Tabalarbeiterversammlung, die am Mittwochabend in den „Sophienhallen“ tagte. Alwin Schulze referierte. Er legte dar, daß es sich hier nur um Maßregelungen handeln konnte, trotz der Erklärung der Schlichtungskommission, die gegeben wurde ohne vorherige Rücksprache mit den Arbeitern, und die man nur als Produkt einer Lieberumpelung ansehen könnte. Der Vorsitzende Börner betonte, daß die Kommission kein Recht zu einer solchen Erklärung gehabt habe; es wäre Sache der Arbeiterschaft gewesen, dazu Stellung zu nehmen. Wenn Herr Juhl wiederholt behauptete, daß er nichts gegen den Verband einzuwenden habe, so müßte es jetzt Sache der Arbeiter sein, dem Verbande geschloffen beizutreten. Er legte dann eine Resolution vor, die nach der Diskussion, an der sich auch Mitglieder der Schlichtungskommission beteiligten, angenommen wurde. Die Resolution lautet:

„Die in den „Sophienhallen“ tagende öffentliche Tabalarbeiterversammlung spricht ihre tiefste Enttäuschung aus, über die Art und Weise, wie den Arbeitern der Juhlschen Zigarrenfabrik in Pantow das Koalitionsrecht durch Maßregelung organisierter Kollegen geschnitten wird. An diesem Tatbestand ändert es nichts, wenn die Firma verliert, durch aufrichtiges Veronen ihrer „Humanität“, die Arbeiter gefällig zu machen. Der Umstand, daß man gerade diejenigen mit entlassen hat, die sich erlaubten, in einer Fabrikbesprechung Kritik zu üben an den Kantineverhältnissen des Betriebes, wie an der mangelhaften Organisation der Arbeiter bei Juhl, beweist deutlich, daß es dem Herrn Juhl hauptsächlich darum zu tun ist, auch den leisesten Regungen der Arbeiter mit ganzer Gewalt entgegenzutreten. Daran ändert auch der Fabrikanklag nicht, worin Herr Juhl unter Hinweis auf sein gutes Unternehmertum den Arbeitern die Versicherung gibt, dieselben alle „versuchsweise“ weiter zu beschäftigen. Herr Juhl sollte wissen, daß sich die Arbeiterschaft Berlins nimmer dazu verziehen wird, ihre ohnehin schon bemessenen Rechte auf diese Weise verliert zu lassen.

Die Versammlung erwartet von den bei der Firma beschäftigten Arbeitern, daß dieselben von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen und in Masse sich der Organisation anschließen.“

Zu der Versammlung befand sich ein Kriminalschutzmann, ein „guter Bekannter“ eines anwesenden Vertreters der Firma Juhl. Als dies bekannt wurde, erhob sich ein Lärm, denn die Versammelten betrachteten die beiden mit Mißtrauen, und der Vorsitzende wies den Kriminalbeamten aus dem Saal.

Die Hausdiener und Voder der Firma G. Heibisch, Treptow, befehlen sich seit Dienstag, den 31. Januar im Streik. Auch bei diesen Streik trat die im Handelsgewerbe leider immer wiederkehrende Erscheinung zutage, daß die Handlungsgehilfen und Expedienten bei Lohnbewegungen der Hausdiener diesen in den Rücken fallen, und die Tätigkeit derselben verrichten, ja selbst zur Arbeitsleistung von Arbeitswilligen angestregt sind. Die vier arbeitswilligen Hausdiener und Voder erstreuen sich eines besonderen polizeilichen Schutzes durch einen Gendarmen und Polizisten und wurden von vielen nach ihren Wohnungen begleitet. Auch fielt der sonst nicht so lebenswürdige Unternehmer Heibisch sein Privatauto zur Beförderung der Arbeitswilligen zur Verfügung. Von den im Betriebe noch beschäftigten Hofarbeitern wurde verlangt, gegen einen Lohn von 18 M. pro Woche die Arbeit der Hausdiener zu verrichten. Das lehnten die Betroffenen ab, und verließen den Betrieb. Derselbe ist nach vor zu meiden.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Insepatenteil verontw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, r. u. Verlagsanstalt

Deutsches Reich.

Der Streik der Former und Tischlerarbeiter bei der Firma E. Föhne in Landsberg a. S. ist durch Verhandlung mit der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes beigelegt. Die Arbeit wurde am 2. Februar in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Sperre über den Betrieb ist hiermit aufgehoben.

„Vaterländische“ Niedrigkeit.

Kürzlich starb der Brauereidirektor Haude von der Aktien-Brauerei in Altenburg (S.-A.). Er war ein Arbeitgeber von sozialen Verständnis, der die Ueberzeugung seiner Arbeiter achtete, sie in ihrer Organisationsbetätigung nicht zu hindern versuchte und sich bemühte, alle Differenzen in Verhandlungen mit der Organisation der Arbeiter in Güte zu erledigen und den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Der Betrieb hatte davon sicher seinen Nutzen. Das Personal gehörte fast ausschließlich dem Zentralverbande der Brauereiarbeiter an.

Das konnten die Vaterländischen Herrn Haude nicht vergehen. Und wie sehr sie ihn deswegen haßten, zeigt der ihm geltende Nachruf. In der „Wochenzeitung für Vaterlandsfreunde jeden Standes“ wird bei Besanngabe des Ablebens Haudes gesagt, daß „für das unter seiner Leitung in das rote Lager getriebene Brauereiarbeiterpersonal kein Grund vorliegt, sich der aufrichtigen Trauer anzuschließen, und auch für die Vaterländischen sich das Grab über einen Mann geschlossen habe, dem wir nicht in allen Beziehungen nachrühmen können, seine höchste Pflicht in vaterländischer Mitarbeit erfüllt zu haben, was wir ihm auch über das Grab hinaus nicht vergehen können.“

Herr Haude hatte das „vaterländische“ Verbrechen begangen, die freie Ueberzeugung seiner Arbeiter zu achten. Vaterländisch hätte er gehandelt und sich das Lob der Gelben verdient, wenn er das nicht getan hätte und die Arbeiter in das nationale Lager getrieben hätte. Diese vaterländische Mitarbeit erwarten die Gelben jetzt von seinem Nachfolger. Sie machen den Aufsichtsrat deshalb in folgender Art scharf:

„Jetzt liegt es an dem Aufsichtsrate, dessen Mitglieder den ersten Gesellschaftsreisen Altenburgs angehören und deren streng nationale Gesinnung verbürgt ist, durch die Wohl des Nachfolgers dem bisher eigentümlichen Verhalten der Direktion entsprechenden Einhalt zu tun.“

Das bisher „eigentümliche“ Verhalten der Direktion“ hatte ein sehr gutes Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Personal gezeigt. Die Vaterländischen wünschen, daß es jetzt anders wird. Den Toten begehrten sie und seine Nachfolger helfen sie zur Unterdrückung der Gesinnung des Personals auf.

Einen Döwädigen Streik mit Erfolg beendet haben am Dienstag dieser Woche die Tischler in Rülhausen i. E. Es handelt sich um den Streik, der vor etlichen Monaten die feinerzeit gemeldeten Polizeiaufgebote und Anläufe mit blutigen Zusammenstößen in Dornach bei Rülhausen zur Folge gehabt hat. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters von Rülhausen kam jetzt eine Einigung zustande, der zufolge der Stundenlohn um 4. für das nächste Jahr um weitere 2 Pf. erhöht und die wöchentliche Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden herabgesetzt wird. Die Tischler sind — von den Zuschauern und den städtischen Arbeitern abgesehen — die erste Gewerkschaft in Rülhausen, die eine kürzere als die zehnstündige Arbeitszeit erkämpft haben. Der abgeschlossene Tarifvertrag dauert bis 1913. Nur ein paar kleinere Innungsmeister leisten noch Widerstand, in der ganzen Baubranche ist der Schreinerstreik damit beendet.

Ausland.

Ausperrung der englischen Buchdrucker.

Die Vereinigung der englischen Druckermeister hat, nach dem Volksschen Bureau, beschlossen, zur Unterstützung der Londoner Druckermeister in ihrem Streite mit den Angestellten hinsichtlich der Arbeitsstunden für ganz England die Ausperrung zu erklären. Die 14tägige Kündigung soll am 11. Februar ausgesprochen werden, doch dürften die führenden Provinzialblätter nicht betroffen werden.

Beginnende Lohnkämpfe in Dänemark. Die Tarifverhandlungen, die gegenwärtig in Dänemark stattfinden, haben bis jetzt in keinem der verschiedenen Berufe und Gruppen zu einer endgültigen Einigung geführt. Es scheint mehr und mehr, daß größere Kämpfe ausbrechen werden. In der Konfektionsindustrie Kopenhagens ist die Arbeit am Mittwoch bereits eingestellt worden. Zuerst traten die Schneider in den Streik, sie konnten sich nicht mit dem Angebot der Arbeitgeber auf 28 Kronen Wochenlohn zufrieden geben. Durch diese Arbeitsniederlegung war es den ungefähr 1500 Schneiderinnen und Schneidern sowieso schon unmöglich gemacht, die Arbeit fortzusetzen. Für sie lag im übrigen die Sache so, daß die Arbeitgeber nur so viel auf die seit 12 Jahren geltenden Akkordpreise zulegen wollten, daß die inzwischen eingetretene Steigerung der Preise für Garn und andere Zutaten, die die Arbeitnehmer bezahlen müssen, kaum dadurch wettgemacht wurde. Die Verhandlungen werden zwar trotz der Arbeitseinstellung noch fortgesetzt, ob der Kampf aber vielleicht nach kurzer Dauer sein Ende erreicht, scheint mindestens zweifelhaft. Durch die Tarifverhandlungen der Maurer in den Provinzen, die in Aarhus stattgefunden hatten, war es bis auf einige Kleinigkeiten zu einer Einigung gekommen. Die Maurer wollten sich mit einer Erhöhung der Stundenlöhne um vier Dore, verteilt auf drei Jahre, bei dreijähriger Tarifdauer zufrieden geben, und auch die Meister hatten sich damit einverstanden erklärt. Da jedoch die dänische Arbeitgebervereinigung die Sache in die Finger und sie besteht nun darauf, daß mit denselben minimalen Lohnsteigerungen ein fünfjähriger Tarifvertrag abgeschlossen werden soll. Es ist also hier wiederum die Zentrale des dänischen Unternehmertums, die als Vorwand der beteiligten Arbeitgeber und als Friedensstörer auftritt. Die Verhandlungen in der Eisenindustrie, bei denen es sich um einen neuen Tarifvertrag mit dem Arbeitsmannsverband handelte, sind gescheitert; was die Fabrikanten hier den Arbeitseuten boten, war so gering, daß eher eine Herabsetzung als eine Erhöhung ihres Durchschnittsverdienstes dabei herausgekommen wäre. Die Sache ist nun den Parteioorganisationen beider Parteien zu weiterer Verhandlung überlassen. In der Textilindustrie sind die Verhandlungen über die Löhne, soweit sie in Odense stattfanden, ebenfalls gescheitert, und der Vorstand der Fabrikantenvereinigung hat bereits die allgemeine Ausperrung beschlossen. Die Arbeiter der Riesgruben und Steinschuttfabriken haben den Streik, die Arbeitgeber in dieser Berufsgruppe die Ausperrung und allgemeine Vohlotterierung der Arbeiter beschlossen. Die Ursache des Kampfes ist hier, daß die Unternehmervereinigung ohne weiteres die Stundenlöhne von 82 auf 80 Dore herabsetzte.

Versammlungen.

Die Kaufmannsgerichtswahl.

Am Mittwoch sprach Abg. Röllkenhuh in einer großen Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in Rellers Neuharmonie über die Kaufmannsgerichtswahl und über die Verhöhung der Handlungsgehilfen durch den Entwurf zur Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Röllkenhuh, der ausgezeichnete Kenner der Entwicklungs-geschichte der sozialen Gesetzgebung, erntete für seinen Vortrag stürmischen, langanhaltenden Beifall.

Ein Diskussionsredner konstatierte die Tatsache, daß der Zentralverband der Handlungsgehilfen es gewesen sei, der beim Ausschuh des Berliner Gewerbegerichts den Antrag gestellt hatte, sich mit der Privatangestelltenversicherung zunächst zu beschäftigen.

tigen. Der Redner geistelte auch das Verhalten des „Verbandes der Handlungsgehilfen von 1888“, dessen Vertreter im Ausschuh des Kaufmannsgerichts gerade bei wichtigen Sitzungen, so bei Behandlung der Privatangestelltenversicherung, wiederholt es nicht für notwendig gehalten habe, zu erscheinen oder einen Stellvertreter zu entsenden. Und da wage dieser Verband noch, für die von ihm herausgegebene Liste 4 zur Kaufmannsgerichtswahl an den Plakatsäulen mit dem Hinweis auf sein angebliches sozialpolitisches Wirken Reklame zu machen!

Ein anderer Redner gab als Charakteristikum für den „Verein der deutschen Kaufleute“ die Tatsache bekannt, daß dieser Verein einen Mann an die Spitze der Liste (5) für die Kaufmannsgerichtswahl setzte, der sich der einen Angestellten entwerdenden Handlung des Streikbruchs schuldig gemacht habe. Neben den Listen der einzelnen Organisationen seien auch eine Menge Branchenlisten erschienen. Alle die angebliehen Vorzüge dieser Listen seien jedoch in der Liste 3 des Zentralverbandes vereinigt, in welcher Vertreter aller Branchen vertreten sind. Die Personen der Liste 3 haben sich auch zur Aufgabe gesetzt, die Masse der weiblichen Angestellten für die Organisation zu gewinnen und ihr das Wahlrecht für das Kaufmannsgericht zu verschaffen. Mit der Aufforderung, Mann für Mann für die Liste 3 zu stimmen, wurde die Versammlung geschlossen. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung erklärt nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Röllkenhuh:

Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte, veröffentlicht im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 16. Januar 1911, erfüllt in keiner Weise die berechtigten Ansprüche der Privatangestellten. Die Beiträge sind selbst für die niedrigsten Einkommen außerordentlich hohe, und die Leistungen geben weder den Versicherten nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit noch ihren Hinterbliebenen die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens. Mithin ist an diesem wertlosen Ergebnis jahrelanger Arbeit aller Beteiligten und derjenigen Angestelltenverbände, die unter Führung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes für die Sonderversicherung und gegen die Forderung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen auf Ausbaur der Invalidenversicherung eingetreten sind.

Angesichts dieser Tatsache sowie in Anbetracht der Bedeutung der Kaufmannsgerichte in ihrer Tätigkeit als Gutachterauschüsse und in sozialer Rechtspflege hält die Versammlung in Uebereinstimmung mit dem Referenten die bürgerlichen Verbände ohne Unterschied des Namens für ungeeignet zur Vertretung der Handlungsgehilfen im Kaufmannsgericht. Nur die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, die Liste 3, garantiert ihren Wählern eine sachkundige, rückgratigste Interessenwahrung im Berliner Kaufmannsgericht.

Der Fabrikarbeiterverband hielt am Sonntag seine Generalversammlung für das 4. Quartal 1910 ab. Aus dem von Brunß gegebenen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß auch die im Quartal geführten Bewegungen mit leidlichen Erfolgen für die Beteiligten abzuwickeln. Aufgeklärt sind die Beiträge in der Kunststeinbranche, und wird bestimmt damit gerechnet, daß es in diesem Jahre möglich ist, den Einheitslohn durchzuführen, da im Jahre 1910 anlässlich der Bauarbeiterausperrung sich die Beiträge um ein weiteres Jahr verlängerten, d. h. von seiner Seite aufgekündigt wurden. Noch immer machen sich die Nachwehen des Streiks der Hartsteinwerke in Niederlehme bemerkbar, und es erweckt den Anschein, als wenn man von seiten der Betriebsleitung direkt darauf hinarbeitet, einen neuen Ausnahmeheraufzubezwecken. Interessant war ein Rückblick, den Redner gab bei Gegenüberstellung der Jahre 1909 und 1910. Danach wurden im Jahre 1909 270 316 Beitragsmarken verkauft; im Jahre 1910 345 771, also ein Mehr von 75 455 Beiträgen. Neuaufgenommen wurden im Jahre 1909 2301, dagegen im Jahre 1910 3768 Personen, also ein Mehr von 1407. An Einnahmen waren im Jahre 1909 für die Hauptkasse 114 745,90 M. zu verzeichnen, im Jahre 1910 betrug die Einnahme 142 025,05 M., also auch hier ein Mehr, und zwar von 27 279,15 M. Ausgegeben für die Hauptkasse wurden im Jahre 1909 an Unterabteilungen 66 098,63 M., für 1910 78 753,56 M. An die Hauptkasse gefandt wurden 1909 25 991,27 M., 1910 38 104,41 M. Die Einnahmen für die Lokalkasse betragen 1909 56 670,57 M., 1910 81 278,16 M. Ausgegeben wurde von der Lokalkasse 1909 die Summe von 39 902,80 M., 1910 56 029,30 M. Der Kassenbestand für die Lokalkasse war 1909 19 767,77 M., für das Jahr 1910 25 248,86 M. — In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Brunß als Bevollmächtigter, Rühle als Kassierer, Lange, Obid, Wittsoch als Revisoren, Wohl, Räder, Strohle, Kräger und Schubert als Beisitzer. In den Bauvorstand wurde als Ergänzung Dreitzel gewählt.

Letzte Nachrichten.

Die Debatte über die Verteuerung der Lebensmittel.

Rom, 2. Februar. (B. Z. W.) Nachdem sich in der heutigen Kammer Sitzung bei der Debatte über das Vertrauensvotum verschiedene Redner gegen die Regierung ausgesprochen hatten, erklärte auf die Ausführungen eines sozialistischen Redners der Ministerpräsident Luzzatti, die konservativen Kräfte der menschlichen Gesellschaft seien allen denen überlegen, die mit ihnen in Wettbewerb träten, und wenn diese Kräfte einen legitimen Wunsch des Landes zu befriedigen suchten, so triumphierten sie über aprioristische Doktrinen. Einem anderen Redner gegenüber betonte Luzzatti, die Regierung werde ihre Versprechungen einhalten und der Kammer die angeklügten Reformen unterbreiten. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde, wie bereits unter „Politische Ueberblick“ gemeldet, das Vertrauensvotum angenommen und sodann der sozialistische Antrag über die Verteuerung der Lebensmittel abgelehnt.

Sturmschäden auf dem Schwarzen Meere.

Satum, 2. Februar. (B. Z. W.) Großer Sturm und schwere See haben hier viel Schaden angerichtet. Eine große Zahl kleiner Schiffe wurde vom Sturm auf Land geschleift. Das Gängnisgebäude ist unterspült, so daß der Einsturz befürchtet wird. Die Telegraphenlinie Indien—Europa ist an vielen Stellen beschädigt worden.

Eine neue Rapsfontäne.

Zekaterinodar, 2. Februar. (B. Z. W.) In der Nähe von Raifoy im Kubangebiet hat sich im Kosakendorf Apsheron eine neue Rapsfontäne gebildet, die täglich eine halbe Million Kub Rapsa herauswirft.

Gemafregelte Studenten.

Zomst, 2. Februar. (B. Z. W.) 375 Studenten des hiesigen Technologischen Instituts, die an einer nicht erlaubten Studentenversammlung teilgenommen hatten, sind vom Institut ausgeschlossen worden.

Die Opfer der jüngsten Vulkanansbrüche.

Manila, 2. Februar. (B. Z. W.) Nach neueren Angaben beträgt die Zahl der bei dem jüngsten vulkanischen Ausbruch bei Taal und der damit verbundenen Springwellen ums Leben gekommenen Personen etwa sechshundert.

Paul Singer & Co., Berlin SW. 2. Vier zu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zum Tode Paul Singers.

Die Aufbahrung.

Im letzten Hofe des ausgedehnten Gebäudes des „Vorwärts“ ist ein kleiner Saal für die Aufbahrung der Leiche Paul Singers in würdiger, schlichter Weise hergerichtet. Gedämpftes Licht empfängt den Eintretenden; schwarz sind Decke und Wände des Raumes ausgeschlagen. An den Wänden stehen Vorbeerbäume. An der Rückwand, inmitten einer Palmengruppe, deren saftiges Dunkelgrün nur von wenigen rot leuchtenden Azaleen unterbrochen wird, ruht der tote Kämpfer. Ruhiger Friede liegt auf dem Gesicht; ein Zeugnis, daß unser Genosse trotz seines schweren Ringens mit dem Tode sanft entschlummert ist.

Keinen besseren Ort kann man sich für die Aufbahrung unseres teuren Toten denken. Ist doch das „Vorwärts“-Unternehmen eines der Lieblingskinder Singers gewesen. Manche Stunde hat der Tote im Betriebe geweilt, um mit zu raten und zu taten, wie das Werk der Berliner Arbeiterschaft weiter ausgebaut und entwickelt werden könne, und alle, die hier im Dienst der Arbeiterschaft ihr Werk verrichten, wissen, wie viel sein kluger Rat, seine hilfreiche Tat zur wachsenden Größe beigetragen haben.

Die Liebe und Verehrung, die der dahingegangene Kämpfer bei der Arbeiterschaft Berlins genoß, kam an diesem düsteren Tage der Aufbahrung zu beredtem Ausdruck. Im Laufe des gestrigen Tages war das Vorwärts-Haus das Ziel vieler Laufender Männer und Frauen, die noch einmal die markanten Züge Singers sehen, die ihrem toten Genossen und Führer, der sie so oft in begeisternden Worten zum Kampfe angefeuert hatte, einen letzten Abschiedsgruß weihen wollten.

Bis in die Abendstunden hinein pilgerten die Massen an der Bahre Singers vorüber; Schmerz und Trauer über das Hinscheiden des allzeit Getreuen spiegelte sich auf den Gesichtern der Männer und Frauen wieder.

Einen Augenblick verweilen die Eintretenden in stillem Schmerze an der Bahre des gefallenen Mitstreiters. Im Geiste geloben sie, die Fahne, die dem toten Mitstreiter entfallen ist, aufzunehmen, damit in nicht allzu später Zukunft das Menschheitsideal erfüllt werde, das Paul Singer ersehnte und wofür er ein langes Leben so treu und unerschrocken gekämpft hat.

Friedlich und still liegt der Tote, der im Leben ein unermüdblicher Kämpfer war. Dunkel leuchten die Lampen. Und alle die von dieser Bahre gehen, wissen, daß ein großer Verlust die Sache der Arbeit getroffen hat.

Weileidskundgebungen.

Beim Parteivorstand und der Redaktion des „Vorwärts“ häufen sich die Weileidstelegramme. Wir wollen folgende hervorheben:

London, 2. Februar. Die sozialistische Partei Groß-Britanniens betrauert den Verlust, den die internationale sozialistische Bewegung durch den Tod Singers erlitt.
Lee, Sekretär.

Paris, 1. Februar. Die französische Sektion der Arbeiter-Internationale betrauert mit Euch den Tod Singers und schickt Euch anlässlich dieses Trauerfalls den Ausdruck ihrer besten Solidarität.
Dubreuilh, Sekretär.

Zürich, 2. Februar. Zu dem herben Verluste Ihres langjährigen Vorkämpfers Paul Singer sprechen wir unser tiefstes Weileid aus.
Landesparteivertretung Tirol: Holzhammer.

Bonn, 2. Februar. Wir teilen mit den deutschen Arbeitern den Schmerz über den Verlust des treuen Vorkämpfers für die Sache des internationalen Proletariats, Paul Singer.
Eine Gruppe von Proletariern.

Lemberg, 2. Februar. Tief ergriffen durch das Hinscheiden des großen Führers der deutschen Sozialdemokratie sprechen wir unser innigstes Weileid aus.
Jüdische sozialistische Jugend.

Außerdem geben ihrer Teilnahme Ausdruck: die Kreisleitung von Vödenbach a. Elbe; Berliner Monteur in Wien; die Redaktion des „Proletar“ in Brünn; die russische sozialdemokratische Gruppe in Genf; reichsdeutsche Genossen in Linz; Genosse Daszynski für den polnischen sozialdemokratischen Klub in Kratau; die Vertretung der deutschen Sozialdemokraten Währens; die russischen Sozialdemokraten in Kaufmanne, und die jüdische sozialdemokratische Partei Galiziens.

Die Beerdigung.

Auf dem Hofe der Buchdruckerei Vorwärts, Lindenstraße 69, versammeln sich neben den Angehörigen des Verstorbenen:

1. die sozialdemokratische Reichstagsfraktion;
2. die sozialdemokratische Landtagsfraktion;
3. der Parteivorstand;
4. die Kontrollkommission;
5. die Redaktion;
6. die Generalkommission der Gewerkschaften;
7. die Reuenerkommission;
8. das Pressebureau;
9. die auswärtigen Deputationen.
Eintritt ist nur den Karteninhabern gestattet.
In der Lindenstraße, von der Jerusalemstraße nach der Kommandantenstraße zu, versammeln sich:
10. Deputationen und sonstige Mitglieder öffentlicher Körperschaften;
11. die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion und die Deputationen der übrigen Gemeindevertreter Groß-Berlins;

12. der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins;
13. die Berliner Gewerkschaftskommission;
14. die Partei- und Gewerkschaftsschule.

Die Lindenstraße zwischen Junfer- und Jerusalemstraße bleibt auf beiden Seiten ausschließlich für die Angehörigen reserviert.

Aufstellung der Kreise.

- a) In der Ritterstraße: der 4. Kreis, mit der Spitze nach der Prinzenstraße.
- b) In der Alten Jakobstraße, zwischen Ritter- und Oranienstraße, unter Mitbenutzung der Feilnerstraße: Nieder-Barnim, mit der Spitze nach der Ritterstraße.

c) In der Alten Jakobstraße, zwischen Ritter- und Girschinerstraße: Teltow-Beeskow, mit der Spitze nach der Ritterstraße;

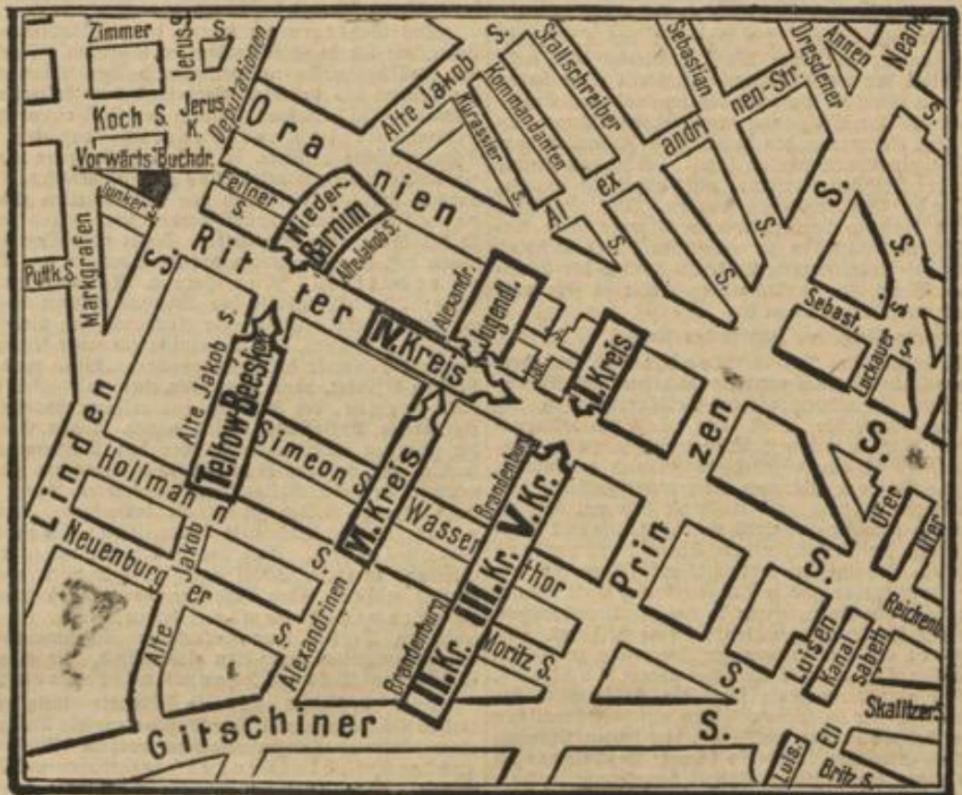
d) In der Alexandrinenstraße, zwischen Ritter- und Girschinerstraße: 6. Kreis.

e) In der Alexandrinenstraße, zwischen Ritter- und Oranienstraße, unter Mitbenutzung der Matthieustraße: Die Jugendlichen.

f) In der Brandenburgstraße, zwischen Ritter- und Wasserstraße: 5. und 3. Kreis.

g) In der Brandenburgstraße, zwischen Wasser- und Girschinerstraße, unter Mitbenutzung der Moritzstraße: 2. Kreis.

h) In der Brandenburgstraße, zwischen Ritter- und Oranienstraße: 1. Kreis.



Aufmarsch des Zuges.

An der Spitze der 4. Kreis, dann die Reichstagsfraktion, die Landtagsfraktion, Parteivorstand, Kontrollkommission, Redaktion, die Generalkommission, die Reuenerkommission, das Pressebureau und die auswärtigen Deputationen. Hierauf der Leichenwagen, die Angehörigen, die Deputationen und sonstigen Mitglieder öffentlicher Körperschaften, die Berliner Stadtverordnetenfraktion, der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine, die Berliner Gewerkschaftskommission, die Partei- und Gewerkschaftsschule, und dann beim Vorbeimarsch sich anschließend: Nieder-Barnim, Teltow-Beeskow, der 6. Kreis, die Jugendlichen, der 5., 3., 2. und 1. Kreis.

Der Zug bewegt sich: durch die Ritterstraße bis zu Ende, die Reichenbergerstraße, Skaltherstraße, Oberbaumstraße, Warschauerstraße, Frankfurter Allee nach dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde.

Vor dem 4. Kreis, der Reichstagsfraktion, dem Leichenwagen, Nieder-Barnim, dem 6. Kreis, den Jugendlichen und dem 2. Kreis marschiert je ein Musikchor.

Alle Gewerkschafts-Genossen und Parteifreunde sowie alle Frauen werden gebeten, sich den Kreisen anzuschließen, in denen sie wohnen.

Der Stand der betreffenden Kreise wird durch Tafeln kenntlich gemacht. Wir erlauben, sich in Reihen zu je 5 Mann aufzustellen.

Alle Kranzdeputationen der Fabriken, Vereine, aus den verschiedenen Gewerkschaften und -Gruppen schließen sich gemeinschaftlich mit den Wahlvereinen wie folgt an:

1. beim 1. Kreis: die Bekleidungs- und Leder-Industrie;
2. " " Graphisches und Baugewerbe;
3. " " Handels- und Transportarbeiter;
4. " " Holzarbeiter;
5. " " Fabrikarbeiter, Nahrungsmittel-Industrie und allgemeine Gruppe;
6. " " Metallarbeiter;

bei Nieder-Barnim und bei Teltow-Beeskow die in den Kreisen liegenden Unterkommissionen und Spandau.

Der Zug setzt sich Punkt 12 Uhr in Bewegung. Wir bitten die Genossen, sich so weit wie möglich in ihren Zahlabend-Lokalen zu treffen und unter Führung des Bezirksleiters so rechtzeitig von dort fortzugehen, daß an dem Standort der Kreise keine Stauung eintritt. Die Ordner stellen jeder Kreis. Sie sind kenntlich an den roten Armbinden, und wir bitten alle Teilnehmer dringend, sich deren Anordnungen zu fügen.

In der Straße von der Frankfurter Chaussee zum Zentralfriedhof bitten wir den Fahrdamm freizulassen, um den Zutritt der Kranzdeputationen ungehindert und schnell zu ermöglichen.

Auf dem Friedhof haben außer den Angehörigen und den Kranzdeputationen der Partei und Gewerkschaften in Stärke von je 2 Mann nur die mit Karten versehenen Personen Zutritt. Allen anderen Personen, auch wenn sie sich mit Kränzen versehen, kann der Zutritt nicht gestattet werden. Schriftliche Gesuche um Karten sind mit Angabe des Berechtigungsgrundes an den Genossen Eugen Ernst, Lindenstraße 69, zu richten. Mündliche Gesuche sind zwecklos. Karten können nur in ganz beschränkter Anzahl ausgegeben werden.

Die offizielle Feier findet bei schlechtem Wetter in der Reichenberghalle, sonst auf dem Platz vor derselben statt.

Vor dem Grabe sind nur ganz kurze Widmungsworte der Kranzträger gestattet.

Die Genossen, welche nachher die Grabstätte besuchen wollen, werden dringend gebeten, nach der offiziellen Feier in geschlossener Reihe vorbeizugehen.

Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags 5 Uhr.

In den Ausschuss für die Vorlage wegen neuer und erhöhter Zuschüsse an gemeinnützige Anstalten und Vereine sind auch die Stadtv. Dupont, Ritter, Stadthagen und Dr. Wehl (Soz.) deputiert.

Der Vorsitzende Richelet eröffnet die Sitzung nach 5¹⁵ Uhr mit folgender Ansprache:

Meine sehr geehrten Herren! In der letzten Zeit hat unsere Versammlung schwere und schmerzliche Verluste zu beklagen gehabt, indem drei Mitglieder hintereinander durch den Tod aus dem Leben abberufen worden sind. Am letzten Sonntag starb, 67 Jahre alt, nach längerer Krankheit der liebe Kollege Wertens, nachdem er seit 1894 Mitglied gewesen war. Wenn er auch hier nicht öffentlich aufgetreten ist, so war er doch ein fleißiges und tätiges Mitglied in der Verwaltung; überall in den Deputationen usw. hat man ihn wegen seiner gewissenhaften Pflichterfüllung geschätzt.

Tags darauf schon traf uns ein neuer Verlust in der Person des Herrn Kollegen Voigt, der in dem verhältnismäßig jugendlichen Alter von 51 Jahren dahingegangen ist. Wenn er auch bloß acht Jahre Mitglied der Versammlung war, so ist ihm doch daselbst nachzuträumen wie dem Kollegen Wertens. Er hat seine volle Kraft für die Erfüllung seiner Pflichten als Mitglied der Steuer- und der Brennmaterialien-Deputation eingesetzt. Auch er hat sich eifrig und redlich bemüht, seinen Wählern zu beweisen, daß er ihr Vertrauen rechtfertigte, das sie ihm erzeigten, als sie ihn mit dem Mandat betrauten.

Aber der schmerzlichste Verlust, der uns getroffen hat, war, daß das den Dienstjahren nach zweitälteste Mitglied, Herr Paul Singer,

vorgestern seinem langen qualvollen Leiden erlegen ist. Geboren 1844 und Mitglied der Versammlung seit 1884, trat er bald darauf bei seiner aufopferungsvollen Tätigkeit für das Wohl unserer Stadt, bei seinen großen parlamentarischen Erfahrungen und bei seinem anerkannten praktischen Sinn, der ihm noch durch sein bewegtes Leben gestärkt worden ist, in die vordersten Reihen der Vertreter unserer Hauptstadt ein. Paul Singer hat sehr redigend seine Ueberzeugung treuen Ausdruck gegeben, in Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit, und wenn er auch hier den Vertretern gegenteiliger Meinungen gegenüber viele Gegner gefunden hat, so kann doch von keiner Seite behauptet werden, daß er unter und auch nur einen persönlichen Feind hatte. Denn er war im gefälligen Verkehr ein offener, ehrlicher, formgewandter Charakter, der, wenn auch offen und scharf in der Kritik, doch niemals die Grenzen des Zulässigen über-

(Kritiken hat, Reich sachlich ist und niemals persönlich gegen jemand von uns geworden ist. Sein Verlust ist ein großer, nicht allein für unsere Versammlung und Stadt, nein, weit darüber hinaus, und so wird sein Tod in vielen Kreisen auch außerhalb ebenso wie hier tiefe Klagen und tiefe Trauer wecken.

Ich konnte Ihnen nur mit wenigen kurzen Strichen den Stadtverordneten Paul Singer zeichnen. So hat er und jederzeit vor Augen gestanden, so haben wir ihn kennen, achten, schätzen gelernt und so wird er noch lange uns vor Augen stehen. Wir werden ihn oft noch in den Debatten vermissen, unsere Blicke werden sich oft noch nach dem Plaze richten, der jetzt verwaist ist.

Wir werden auch ihm allezeit ein liebes, treues Gedenden bewahren.

Die Versammlung hat die Ansprache des Vorstehers stehend angehört und begleitet sie am Schluß mit allseitigem lebhaftem Beifall.

An das Schreiben des Magistrats, welches der Versammlung zur Kenntnis bringt, daß die Regierung abgelehnt hat, mit dem Magistrat wegen Uebernahme weiterer Zweige der Polizei erneute Verhandlung zu pflegen, haben die Stadtv. **F r a u s** u. **G e n.** (Soz.) folgenden Antrag gefaßt:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat:

a) mit den Staatsbehörden zwecks Uebertragung sämtlicher Zweige der Polizei auf die Stadt in Verhandlungen zu treten;

b) die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Bürger gegen Ausschreitungen von Polizeibeamten für die Zukunft zu schützen.“

Stadtv. **D r. Rosenfeld** (Soz.): Die Antwort des Oberpräsidenten hat meine Freunde in keiner Weise befriedigt und wohl auch nicht die Mehrheit der Versammlung. Fast ein Jahr haben vier Ministerien über die Anfrage beraten und das Ergebnis ist lediglich, daß von der Einleitung neuer Verhandlungen abgesehen wird, „da eine Veränderung des bestehenden Zustandes zurzeit nicht in Aussicht genommen werden kann“. Schlechter konnte auch der Magistrat der kleinste Kommissar nicht abgeleitet werden; nicht einmal Gründe sind angegeben worden. Der Magistrat hat doch gewiß seine Anfrage begründet, und es wäre schon Anstandslos gewesen, mit Gründen zu antworten. Der Beschluß von 1900 ging nur auf Uebertragung weiterer Zweige der Wohlfahrtspolizei an die Stadt, die Versammlung wollte ja sehr vorsichtig sein. Wir fordern heute erneut die

Uebertragung sämtlicher Zweige der Polizei.

Das heutige Polizeisystem hat sich in Roabit und auf dem Wedding als ganz unzulänglich erwiesen und muß von Grund aus reformiert werden. Es widerspricht der Selbstverwaltung, daß Angelegenheiten der Gemeinde nicht von Selbstverwaltungskörpern, sondern von einer fremden Behörde wahrgenommen werden. Allgemein wird es als ein unwürdiger Zustand empfunden, daß die Gemeinde die Kosten zu tragen, aber nichts zu sagen hat. Wir wollen mit unserem Antrag zum Ausdruck bringen, daß die Antwort der Regierung ganz unzureichend ist, daß gerade mit Rücksicht auf jene Vorgänge die Polizei in dem Sinne reformiert werden muß, daß kein Schutzmann mehr sich als Organ gegen die Bürger fühlt. Auch früher gab ja die Regierung nicht einmal Gründe für ihre ablehnende Haltung an; da hat die Versammlung mannhafte Worte des Protestes gefunden. Heute heißt es, eine würdige Antwort auf die Haltung der Regierung zu finden. Ueberweisen Sie diesen Teil unseres Antrages einem Ausschuß.

Der zweite Teil aber kann heute schon die Zustimmung der Versammlung gewinnen. Er ist zurückzuführen auf die schrecklichen Entlassungen über Polizeizustände, welche bei den letzten Krawallprozessen an den Tag gekommen sind. So schwere Beschuldigungen sind noch niemals gegen die Berliner Polizei vorgebracht worden, und das will viel sagen, wenn man sich des Brausewetterprozesses und anderer in der Vergangenheit liegender Feststellungen, u. a. über das Verhalten der Polizei bei den Wahlrechtsdemonstrationen, erinnert. Schon 1894 sagte Herr v. Jagow, die Erregung der deutschen Soldaten in Frankreich sei nicht so groß gewesen, wie die der Schutleute auf der Straße. Ganz ähnlich sprach sich im Roabitier Prozeß ein alter Veteran aus; im Kriege hätten die Offiziere die Mannschaften angewiesen, Frauen und Kinder zu schonen, in Roabit hätten die Schutleute Frauen und Kinder nicht geschont. Wir brauchen aber nicht Einzelfälle, wir haben das Gerichtsurteil, welches klar ausspricht, daß Mißgriffe von Polizeibeamten vorgekommen sind, Uebergriffe und Mißgriffe, und zwar in größerer Zahl. Dieser eine Satz genügt, dem Unbefangenen klar zu zeigen, welche Zustände in Roabit geherrscht haben und wie notwendig Vorbeugungsmaßnahmen für die Zukunft sind. Und das war ein Gericht, welches die Angeklagten zweimal wegen des Argwohns der Befangenheit abgelehnt hatte! Mit diesem Urteil des Landgerichts

stehen in Uebereinstimmung die Urteile der höchsten Polizeibeamten, so des Polizeimajors Klein, der vor dem Schwurgericht seine Stellungnahme vor der Strafkammer wesentlich zu modifizieren gezwungen war; die Antwort über die Tätigkeit der Kriminalbeamten hat er, ihm zu erlassen. Ganz ähnlich ließ sich Polizeihauptmann Joite aus. Wie muß es da um die Polizei bestellt gewesen sein! Das ist ja noch nicht dagewesen, daß die Schutleute von ihren höchsten Vorgesetzten so desavouiert worden sind! Diese beiden Aussagen könnten ja schon für unseren Antrag genügen; aber eine kurze Uebersicht über die Einzelstellungen ist doch erforderlich. Ganz gewiß hat auch der Nob eine Rolle gespielt. Tatsache ist aber, daß schändliche Beschimpfungen von Frauen, selbst durch Polizeioffiziere, erfolgt sind. Kann es etwas Schimpflicheres geben als die Beschimpfung von ehrbaren Frauen als „Dienen“ und „Huren“? Es ist charakteristisch für die ganze Rücksichtslosigkeit des Auftretens der Polizei, daß selbst eine Frau, die eine Debatte für eine in Kindesnöten sich befindende Frau holen wollte, zugerufen wurde: „Heute wird kein Vardon gegeben, und wenn Kinder kommen!“ Aber es sind auch Frauen geschlagen worden, auch noch als sie schon am Boden lagen, erhielten sie Säbelhiebe. Aber Herr v. Jagow weiß es: Die Polizei hat sich tadellos benommen; sie hat nur ihre Pflicht getan! Männer sind ohne Grund niedergeschlagen und am Boden liegend weiter mit der Waffe mißhandelt worden. Soll ich ferner erinnern an den Ueberfall auf die englischen Journalisten, an den Mann, der in

1½ Stunden über 100 Mißhandlungen gesehen hat,

an die regelrechten Menschenjagden, die beweisen, daß in Roabit die Diktatur des Polizeisäbels herrsche, von dem selbst Kriminalbeamte getroffen wurden, die sich nicht schnell genug legitimierten konnten?

Das Schlimmste waren die unglücklichen Ueberfälle auf Leute, die sich in Gastwirtschaften befanden. Denken Sie auch an den Fall des völlig unbeteiligten braven Arbeiters **H e r m a n n**, der infolge des brutalen Vorgehens der Polizeibeamten zu Tode gekommen ist! (Medner schildert den Fall eingehend.) Dieser Fall Hermann ist so ungeheuerlich, daß der Vorsitzende des Schwurgerichts erklärte, in diesem Falle wäre als Kommissar selbst ein wohlgeleiteter Revolvermann zulässig gewesen! Der Oberstaatsanwalt **K r e u z** selbst sprach von den Roheiten eines Schutzmannes, die in diesem Falle verübt worden seien. Und dieser Schutzmann ist bis heute nicht ermittelt! Dabei steht Ort und Zeit der Tat genau fest, aber der Polizeipräsident erklärt, der Räuber sei nicht zu ermitteln. Nur Herr v. Jagow kann demgegenüber sagen: „Der Ehrenschild der Schutzmansschaft ist rein!“ Es lam in Roabit sehr deutlich zum Ausdruck, daß viele Beamte, Schutzleute wie Offiziere, ihre Befugnisse gar nicht kennen. Der Polizeileutnant **S c h i m m e r** hat ausgesprochen: „Wenn man sich in Gesehtsstellung befindet, dann haut man eben zu!“ Und es war ein **G e s c h w o r e n e r**, der aufstand und erklärte, das sei doch eine etwas eigenartige Auffassung. Was nützen solchen Befehlen gegenüber die schönsten Bestimmungen über den Waffengebrauch? Die Letzteren und anderes städtisches Eigentum sind nicht geschützt worden, weil die Polizeibeamten meinten, durch das Einschlagen von Laternen sollten sie in die betreffende Straße hineingelockt werden; da hat man also lieber städtisches Eigentum zerstören lassen. Auch die Stadt hat wegen des angerichteten Schadens in ihren Säckel gegriffen und wird noch weiter hincingreifen müssen. Aber nicht nur die uniformierten Beamten, auch die Kriminalbeamten haben durch ihr Verhalten den schärfsten Protest herausgefordert; Schutzmanssäbel und Kriminalbeamtenstoch herrschten gleichmäßig. So lang man denn auch in Roabit: „Das ist Jagows wilde verwegene Jagd!“

Auch **L o d p i h e l** sind in Roabit tätig gewesen; gleichviel ob Kriminalbeamte oder Vigilanten; die Tatsache ist von vielen einwandfreien Zeugen erwiesen worden. Diese Elemente haben auch den Ruf **„B l u t u n d e!“** ausgestoßen und damit die uniformierte Polizei zum Einschreiten veranlaßt; kamen sie selbst in Gefahr, geschlagen zu werden, so riefen sie: „Halt, Kollege!“ Es ist ja auch nicht das erstmal, daß **L o d p i h e l** in Berlin tätig waren. Selbst in dem Weddingprozeß ist es gelungen, nachzuweisen, was diese **L o d p i h e l** für Elemente sind. Einer von ihnen war wegen schwerer Diebstähle im Rückfalle und wegen anderer Delikte zu langwierigen Gefängnisstrafen verurteilt worden; und dieses Individuum war „auch sonst für die Polizei tätig“, wie es in den Akten steht. Dieser Mann ist denn auch vom Gericht als absolut ungläubwürdig erklärt worden. Alle diese Vorfälle haben zu unseren Anträgen geführt. Solche Anträge sind hier schon früher gestellt und angenommen worden, 1898 beschloß auf Antrag **C a s s e l** die Versammlung etwas ganz Ähnliches; aber alles vergeblich. Angehts der Beschimpfungen und Mißhandlungen ruhiger Bürger, die

wie die Hunde niedergeschlagen werden sind, muß verlangt werden, daß die Bürgerchaft geschützt wird. Die Empörung ist allgemein; die Presse aller Parteien ist einmütig

darin, daß diese Prozesse Zustände enthielt haben, die noch Abhilfe schreien. 1894 wurde ein ähnlicher Antrag abgelehnt, weil eine Untersuchung in sicherer Aussicht stände. Diesmal kann man damit nicht kommen, denn die Untersuchung hat stattgefunden, durch die Gerichte und durch den Polizeipräsidenten. Was von einer Untersuchung durch diesen zu halten ist, das hat Singer 1894 ausgesprochen: „es hieße den Teufel bei seiner Großmutter verklagen, wenn man von dem obersten Kommandeur der Schutzmansschaft eine unparteiische Untersuchung erwarten wollte“. **R ö d e** Herr v. Jagow bei allen künftigen Kaisergeburtstagen seine Rede wiederholen, damit wird das unparteiische Gerichtsurteil, das für die Polizei vernichtend ist, nicht aus der Welt geschafft. Der Schrei der Empörung der Bürgerchaft muß in unseren Beschließen einen Widerhall finden. Unser Antrag wird ja die Gefahr, in welcher das Bürgertum heute schwebt, nicht mit einem Schlag aus der Welt schaffen; aber es ist ein Versuch, die Wiederkehr solcher Ausschreitungen künftig zu verhindern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es geht ein Antrag **C a s s e l** - **R o m m e n** - **R o s e n o w** Deutsch ein:

„Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß von den zuständigen Behörden geeignete Maßnahmen getroffen werden, um zu verhüten, daß bei etwa erforderlichen Eingreifen der Polizei zur Wiederherstellung der Ordnung Uebergriffe erfolgen und insbesondere Unbeteiligte zu Schaden kommen.“

Stadtv. **C a s s e l** (A. L.): Das Verlangen nach Uebertragung der Wohlfahrtspolizei auf die Stadt ist seit Jahrzehnten erhoben, so schon 1857 von der ultrakonserativen Reaktion **S t a h l** im Herrenhause. Selbst der Minister **H e r r j u r t h** stand 1892 auf diesem Standpunkt. Die Haltung der Regierung hat aber gewechselt, und 1908, bei dem letzten Polizeioffiziengesetz, herrschte die entgegengesetzte Auffassung. Ohne Angabe von Gründen ist die Anregung des Magistrats abgelehnt worden. Dennoch können wir den ersten Antrag **B r u n s** nicht annehmen, denn wir können so etwas dem Magistrat schon mit Rücksicht auf seine eigene Würde nicht zumuten. Die Mißgriffe und Uebergriffe der Polizei in Roabit, die Mißhandlungen und Willkürakte, die festgestellt worden sind, bedauern und mißbilligen wir aus allerhöchster. Das Recht der Polizei, Unruhen und Verwirrungen gegen die Ordnung und Sicherheit zu unterdrücken, erkennen wir ebenso an wie die Berechtigung des Verlangens, daß bei Streiks Arbeitswillige nicht körperlich bedroht und geschädigt werden (Zustimmung), wir müssen aber verlangen, daß die Polizeioorgane so gebildet sind, daß Mißgriffe und Uebergriffe nicht vorkommen, daß Unbeteiligte nicht zu Schaden kommen. Die vorgekommenen festgestellten Brutalitäten sind empörend. Es sind so viele Ausschreitungen begangen worden, daß etwas geschehen muß. Wie soll das aber der Magistrat machen? Uns bleibt nichts übrig, als Protest einzulegen und die Erwartung auszusprechen, daß solche Ausschreitungen in Zukunft unterbleiben. Darum haben wir den Antrag gestellt, den wir Sie angunehmen bitten. (Beifall.)

Oberbürgermeister **R i r s h n e r**: Ich wollte Sie auch bitten, den Antrag **B r u n s** abzulehnen und den Antrag **C a s s e l** anzunehmen. Auch ich bedauere es aus lebhaftester, daß auf unsere Anregung eine Abfrage erfolgt ist ohne irgendwelche Angabe von Gründen. Der Bescheid läßt erkennen, daß in den Kreisen der beteiligten Minister eingehende Beratungen stattgefunden haben; die Herren Minister müssen sich also Klarheit darüber verschafft haben, welche Gründe vorliegen, um unser Ersuchen abzulehnen. Wenn uns die Mitteilung dieser Gründe vorzögen, so kann ich das nur als einen „R a n g e“ der nötigen Rücksichtnahme bezeichnen (Zustimmung), die wir von Staats wegen zu erhalten berechtigt sind. (Erneute Zustimmung.) Ich bin der Meinung, der geringste im Volke, wenn er einen Antrag stellt, muß beschieden werden, und zwar wenn ablehnend unter Mitteilung der Gründe der Ablehnung. Das liegt nicht nur in der Natur der Dinge, sondern hat einen tiefen, inneren Grund. Jede Behörde, die einen ablehnenden Bescheid erteilt, müßte das Bedürfnis empfinden, diesen zu rechtfertigen, um in dem Beschiedenen nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, es geschehe willkürlich, ohne sachliche Begründung. (Zustimmung.) Und die Behörde muß sich sagen, wenn sie diese Begründung unterläßt, muß bei dem Beschiedenen ein Gefühl der Ungerechtigkeit und Zurücksetzung eintreten. (Sehr richtig!) Wenn die Regierung den Magistrat und die Stadtorordnetenversammlung ohne diese Begründung läßt, so muß man annehmen, es liegt ihr nichts daran, ob in diesen Kreisen das Bemühen, Blay greift, die Anträge der städtischen Behörden werden abgewiesen, ohne daß sachliche Begründung zu erfolgen braucht. Das ist tief zu bedauern. Es entspricht aber früheren Vorgängen; wir sind auch in anderen Fällen auf wohlmutwillige Anträge und Bitten ohne Bescheid geblieben, ich erinnere nur an die Eingemeindungsfrage, wo wir keinen Bescheid erhielten und auf weitere Bitte beschieden wurden, daß Begründung verlagert wird.

Aber Sie können dem Magistrat nicht zumuten, jetzt wieder neue Schritte zu tun. Darüber muß an anderer Stelle, im Parla-

Kleines feuilleton.

Polizei und Prostitution. Von dem Verhältnis der Polizei zur Prostitution gibt Kurt **B o l z e n d o r f** eine geschichtliche Uebersicht in einem Aufsatz, dessen erster Teil in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ eben erschienen ist.

Im Altertum betrachtete man die Prostitution lediglich unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Ordnung. Man läßt keine Sittenspolizei, sondern Staatsaufsicht. Nicht weil die Prostitution „unständig“ ist, sondern weil ihre Elemente ordnungsgemäß sind, wird sie überwacht. Man sondert die Prostitution von der bürgerlichen Gesellschaft. Was niemals hindert, daß diese bürgerliche Gesellschaft von der Prostitution durchsieht wird. In der Zeit der Perleerriege wurde die zumstammig geordnete Prostitution in drei Klassen eingeteilt: Die vornehmen Hetären durften im besten Stadtteil wohnen, eingeschränkt waren die Blütenbläserinnen, strenger beauftragt waren die Dilletanten, die in einem Vorstadtviertel eingesperrt waren.

Auch in Rom wurde die Prostitution lediglich aus Gründen der öffentlichen Sicherheit überwacht: Abschließen, besondere Kleidung waren die üblichen Mittel. Es gab auch humanere Verordnungen; so wurde unter Kaiser **J u s t i n i a n** die Aussperrung der Prostitution aus der bürgerlichen Gesellschaft aufgehoben, die Heirat mit Prostituierten gestattet.

Alle Schrecken und Grauel polizeilicher Willkür begannen erst im Mittelalter, als man unter kirchlichem Einfluß die Prostitution aus sittliche n Gründen verfolgte, radikale Verbote der Prostitution, grausame Bestrafung unehelichen Geschlechtsverkehrs, zugleich skamlose wirtschaftliche Ausbeutung der Prostitution, ihre Begünstigung und Bevorzugung, und diehische Ausdehnung wucherten auf dem gleichen Boden. Man achtete die teuflische Heischelust und frönte ihr um so zügelloser. Kirchliche und weltliche Macht weitverbreiteten in der Mißhandlung und Verungung der Prostitution. In Paris bildet die Prostitution seit dem 8. Jahrhundert ein entwickeltes Zustellen — samt Professionen und Schuppeligen. Mit dem heiligen **L u d w i g** beginnt dann die sittliche Hebe. Er verbot zuerst 1254 die ganze Unzucht. Die Dirnen wurden in geistliche Gewänder gekleidet, in denen sie nun erst recht ihre Gewerbe ausübten. Die Verbote wiederholten sich in den nächsten Jahrhunderten, mit dem Erfolge, daß die Prostitution immer gewaltiger answoll. „Einer Zeit der Zulassung folgt eine Zeit der absoluten Unterdrückung und schonungslosen Verfolgung: das ist das allgemeine Bild der mittelalterlichen Prostitutionspolizei, in Frankreich wie in Deutschland, in Italien wie in Spanien.“

Die künstlerische Organisation war in den deutschen Städten durchgeföhrt. 1492 beschwerten sich die Dirnen beim **K a r z u R a r n** - **B e r g** über die Schmutzloshaltung nichtprivilegierten Dirnen, und 1508 durften sie mit Erlaubnis des Rats ein Winkelbordell führen. Die Mädchen hatten sogar Ehrenrechte; so durften sie bei **K a i s e r** - **m a g e s t r a t e n** mit Blumenkränzen erscheinen, mußten freilich dafür

hohe Abgaben zahlen. Die Dirnensteuern wurden obligen Herren zu Lehen gegeben, wie z. B. der Bischof von Würzburg die Grafen von **G e n n e b e r g** mit den Einkünften aus der sündhaften Heischelust besetzten. Weder die weltlichen noch die geistlichen Fürsten verzichteten auf die äppigen Erträge der Unzuchtsteuer, und die groenhaltige Rechtslosigkeit unter der Polizeiwilktär machte diese Abgaben durch Erpressungen um so extragreich. Um das Geschäft noch rentabler zu gestalten, nahm vielfach die kirchliche Obrigkeit das teuflische Laster in eigene Verwaltung; sie betrieb die Unzucht in eigener Regie oder durch Pächter. Die Dirnen hatten auch sonst öffentliche Pflichten. Als Kaiser **S i g i s m u n d** seinen Einzug in **B e r n** hielt, befahl der Rat der Stadt den „schönen Frauen im Säblein“, die Herren vom königlichen Hofe ohne Entgelt freundlich zu empfangen. Auf dieselbe Weise wurde der **A u s t r i e** **D i e t r i c h** von **L u i s o w** 1410 von den **B e r l i n e r n** geehrt. Die Universität **T o u l o u s e** lebte geradezu von den Einkünften der ihr gehörigen Bordelle. Auf dem **K o n s t a n z e r** **K o n z i l**, dessen Beschlüsse der **R o b e r t s t e n e n** noch schätzt, wirkten 1400 jahrende Fräulein mit. Die Prostitution hatte eben das ganze bürgerliche Leben durchseht. Das alles unter der „Sittenspolizei“, jenem selben Regime, daß den einfachen außer-ehelichen Verkehr, das leidenschaftliche Helwöhnen, mit den härtesten Strafen verfolgte, die unglückliche Kindesmörderin mit den grausamsten Todesstrafen bestrafte und der Dirne, die die zum Schutze spießbürgerlicher Zucht erlassene Kleiderordnung übertrat, mit den willkürlichsten und entsetztesten Strafen verfolgte. Mit Säulen, Gefängnis, Gassenhaken, Landesverweisung, Pranger, Grand-machung, Felsrit und welches immer die entsetzenden und beschimpfenden Strafen waren, wurden die Dirnen verfolgt, während andererseits weder Bürger noch Behörden den Umgang mit ihnen scheuten.“

In dem Polizeistaat der neuen Zeit wurde dieses System nicht nur beibehalten, sondern noch mehr ausgebildet. Die Sittenspolizei wurde für die privaten Interessen und Racheakte der Herrschenden benutzt. Im Frankreich **L u d w i g** **X I V**. nicht weniger als im Preußen **F r i e d r i c h** **W i l h e l m** **I**. Das aus dem Puhl der Sittenspolizei gespeiste, alles private Leben durchbringende Spionagewesen richtete schlimmere moralische Verheerungen an, als die Unzucht selbst, zu deren Bekämpfung der schmutzige Apparat aufgebaut wurde. Den Gipfel des Abwurdes erreichten dann die **K r e u z z e i t** - **k o m m i s s i o n e n** des 18. Jahrhunderts, wie sie **M a r i a** **T h e r e s i a** in **O e s t e r r e i c h** und der Bischof von Würzburg einrichteten. Die ehrenwerten Mitglieder der **T h e r e s i a n i s c h e n** Sittenspolizei verbandeten sich mit den Dirnen, konnten als ihre Hülfiler die **M e n s c h e i t s d e l i k t e** nicht nur bequem entdecken, sondern sie auch selbst herbeiföhren und dann ihre Wissenschaft erpresserisch ausbeuten. Im Polizeistaat wurde die Prostitution ein politisches Nachtmittel.

Eine **V e r l a g s g e n o s s e n s c h a f t** der **R o m a n d i c h t e r**. Ein interessanter Plan, der in der Schriftstellerwelt besonders Interesse beansprucht, ist nun der Vollendung nahe: die spanischen und südamerikanischen Romandichter werden sich zu einem Verbands zusammenschließen, der es übernimmt, die Werke der Mitglieder zu verlegen und zu ver-

treiben. Die Organisation wird ein Gegenstück zu dem in den mitteleuropäischen Kulturstaaten bestehenden Verbände der Dramatiker bilden, die ja ihrerseits bereits tatkräftig am Werke ist, die Vermittelungstätigkeit der Theaterverleger zu beschränken und den Schriftsteller so die Erträge seiner Arbeit möglichst ohne Abzüge voll genießen zu lassen. Der Verband will die Drucklegung und den Vertrieb der Werke ausführen und den Mitgliedern am Schluß des Jahres genaue Bericht und Abrechnung über die verkauften Exemplare erteilen. Zugleich soll dem Verband die Aufgabe zufallen, Plusterangaben der **K l a s s i k e r** zu veranstalten. Auch die Ausführung von Uebersetzungen in fremde Sprachen würde durch den Verband zu bewerkstelligen sein, der in allen fremden Kulturstaaten mit Verlagsunternehmern in Verbindung treten würde, um dort die Werke seiner Mitglieder zu vertreiben. Mit dem Buchhandel würde die Genossenschaft direkt als selbständiger Verlag in Verbindung treten.

W i e **a u s** **30** **P f.** **600000** **M.** **w e r d e n**. Es ist eine Binsenwahrheit, daß die meisten ökonomischen Werte durch Veredelung von Rohmaterial erzeugt werden. Trotzdem ist es sehr lehrreich, die Wertsteigerungen des Rohmaterials je nach Art der Verarbeitung ziffernmäßig zu vergleichen. In der **N a t u r** **W o c h e n s c h r**. zeigt eine von **G o t t f r i e d** aufgestellte Tabelle die Wertsteigerung des **H o l z e s** durch Verarbeitung. Das Rohmaterial, 1 Kubikmeter Holz, hat im Walde einen Wert von 10 M.; das daraus erzeugte Schmittmaterial kostet 20 M.; die aus dem Holz erzeugten 200 Kilogramm Zellulose kosten 34 M.; das daraus erzeugte Papier 50 bis 85 M. Durch Verspinnen der Zellulose würde man Zellulosefaser erhalten im Werte von 75 bis 155 M.; wenn aber die Zellulose in **V i s k o s e** verwandelt und daraus Kunststrohhaut erzeugt wird, 2000 M.; auf **V i s k o s e** verarbeitete, steigt der Wert bis zu 3400 M.; acetisiert und in **A c e t a t s e i d e** verwandelt, auf 6400 M. Noch weit größer aber ist die Wertsteigerung des **E i s e n s** durch Verarbeitung. Ein **P e n t e r** **E i s e n e r** kostet 0,80 M., als **R o b e i s e n** 3 M., **S t a h l** 9 M., **S c h m i e d e e i s e n** 9,90 M., **W e l c h** 11 M., **D r a h t** 12 M., **G u s t a b** 27 M., **R e s s e r l i n g e n** 1500 bis 2000 M., feinste **U h r f e d e r n** 600 000 M.

Notizen.

— **T h e a t e r c h r o n i k**. Die vom Neuen Volksbühnen angeführten Aufführungen von **S u b e r m a n n** „**S c h m e t t e r l i n g s -** **S c h l a c h t**“, sind nicht die ersten Wiederholungen in Berlin. Viel mehr wurde das Drama zuerst im April und Mai 1904 mit starkem Erfolg von der **F r e i e n** **V o l k s b ü h n e** im **M e t r o p o l t h e a t e r** wiederholt und zwar zehnmal aufgeföhrt.

— **K u n s t c h r o n i k**. Die **B e r l i n e r** **S e z e s s i o n** gedenkt am 8. April eine Ausstellung von Gemälden und Plastiken zu eröffnen. Ein neues **B e r l** **M a z** **K l i n g e r s**. Im Sitzungssaale des **C h e m i n e r** **R a t h a u s e s** wird in nächster Zeit ein neues Bild **M a z** **K l i n g e r s**, ein **R o s e n f a l g e m ä l d e** aufgestellt werden, das eine Verherrlichung der Arbeit darstellt und „**A r b e i t**“ genannt ist. **K l i n g e r** hat an dem Bilde, das eine Stiftung ist, beinahe ein volles Jahr gearbeitet.

ment, gesprochen werden. Wir sind nicht in der Lage, neue Anträge zu stellen, nachdem wir eben diesen ablehnenden Bescheid erhalten haben. Zum zweiten Teil des Antrages kann ich mich den Ausführungen des Geheimrat Cassel nur in jeder Beziehung anschließen. Der Antrag mutet uns unerfüllbares an. Es ist empfehlenswert, daß der Antrag Cassel zur Annahme gelangt. (Beifall.)

Stadt. Dr. Liebnicht (Soz.): Ich möchte dem Oberbürgermeister zurufen: „Am Grabe plant er die Hoffnung auf!“ Die lange Leidensgeschichte der bezüglichen Anträge hat er ja selbst vortrefflich dargelegt und die Haltung der Regierung ebenso charakterisiert. Tatsächlich hat in Preußen kein Bürger das Recht auf Begründung von Maßnahmen der Behörden. Ich akzeptiere das Zugeständnis des Oberbürgermeisters in dem Sinne, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Art der Bekämpfung der preussischen Bürokratie durchaus recht hat, daß die Unzufriedenheit in preussischen Volk gegenüber der Sorte von Regierung, unter der wir zu leiden haben, nur allzu sehr begründet ist. Die Gründe der Regierung sind ja klar, wenn sie auch keinen Ausdruck gefunden haben. Der Haß gegen den Wasserlopp Berlin ist in der preussischen Verwaltung traditionell; daß Berlin exzeptionell ungünstig behandelt wird, kann also nicht wundernehmen. Gegenüber dem Kollegen Cassel möchte ich betonen, daß gerade für die Hebung der Sicherheitspolizei in städtischer Regie ganz neue Gründe eingetretten sind, da sich herausgestellt hat, daß gerade hier die königliche Polizei ihre Aufgabe absolut nicht erfüllen kann, daß sie sich in schroffem Gegensatz stellt zu den Interessen des Bürgertums, daß sie sich lediglich als Vollstrecker der preussischen Staatsräson. Eine Regierung, deren Macht auf dem Dreiklassenwahlrecht, dem Militarismus und dem preussischen Polizeisystem aufgebaut ist, ist der ganzen Quelle ihrer Macht nach außerstande, die Interessen der Bürgerschaft zu vertreten. Riquel hat einst gesagt: „Wer die Polizei hat, der hat die Gewalt.“ Darum hat sich die Sozialdemokratie konsequent bemüht, dieser Staatsgewalt die Polizei aus den Händen zu nehmen, die strupplos nach dem Willen einer Kinderregierung geleitet wird. Deshalb erscheint auch unser Antrag durchaus nicht zu weitgehend. Wir würden nie und nimmer unsere Hand bieten, den Oberbürgermeister zu veranlassen, als Stellvertreter der Regierung zu gehen; nach unserem Antrag soll er als Vertreter der Bürgerschaft fordernd, heischend, verlangend, rücksichtslos laufend auf dem Willen der Bürgerschaft auftreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Oberbürgermeister einen solchen Ton dem Ministerium gegenüber nicht anspricht, so entspricht das ja der Usance dieses Verkehrs, aber wir haben keine Veranlassung, die etwas überherberheiten, die wir fordern, preiszugeben. Daher ist es durchaus möglich, unseren ersten Antrag aufrecht zu erhalten. Unsere Gründe für die Wiederholung des Antrages sind ja erst in die Erscheinung getreten, nachdem die Ministerien sich bereit hatten; die Urteile im Roabit- und Weddingprozeß waren ja noch nicht ergangen.

Gerade auf den gewichtigen Feststellungen dieser Prozesse fußen wir dabei. Gewiß hat die Polizei dafür zu sorgen, daß Ruhe und Sicherheit auf den Straßen herrscht; aber die Disziplin der Schutzmännchen hat mehr zu wünschen übrig gelassen als die der Arbeiterschaft. Wir sind durchaus nicht der Ansicht, daß man Ausschreitungen von Arbeitern gegen Arbeitwillige billigen soll; aber hier hat es sich darum nicht gehandelt, sondern hier hat die Polizei sich nicht als Ruhestifterin, sondern als Ruhezerstörerin erwiesen und eine alle Grenzen überschreitende Disziplinlosigkeit gezeigt.

Gegen unseren zweiten Antrag können die Bedenken des Oberbürgermeisters nicht durchschlagen; wir verlangen nicht, daß der Magistrat sich als Aufsichtsbehörde über die Polizei etabliert, sondern der Magistrat soll durch Vermittlung der kompetenten Aufsichtsborgane das Erforderliche herbeiführen. Aber wir erkennen sehr gern, daß der Antrag der Mehrheit einen guten Erfolg für unseren Antrag bildet; wir ziehen daher diesen Teil unseres Antrages zurück. Wenn auch nicht auf die preussische Staatsregierung, so doch auf die Waffe des Volkes wird ein einstimmiges Votum eine gute Wirkung erzielen, nämlich in der Richtung der Aufklärung über die erstere. Nehmen Sie unseren Antrag und den Antrag Cassel an als den schärfsten Protest, als die Brandmarke der unerträglichen Polizeiherrschaft in Berlin! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag auf Ausschubberatung wird zurückgezogen, der Antrag der Sozialdemokraten sub a abgelehnt, der Antrag Cassel einstimmig angenommen.

Auf Grund eines Antrages Brunglow ist in der Ausschubberatung folgender Antrag mit allen gegen 2 Stimmen zur Annahme gelangt:

Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung schleunigst eine Vorlage zwecks Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie für die Neue Königstraße vom Alexanderplatz bis zur Greifswalder Straße nach dem neuen Entwurf der Tiefbaudeputation, welcher eine Straßenbreite von 24 Metern vorsieht, zugehen zu lassen.

Der Magistrat hat dem Ersuchen bereits entsprochen und eine Vorlage gemacht, dem dieser Entwurf zugrunde liegt. Die Verbreiterung nach demselben wird nur 6400000 M. Kosten verursachen und sich somit billiger stellen als die vorher aufgestellten Projekte. Die Verbreiterung wird vom Alexanderplatz bis zum Ordemannshaus auf der Südseite, von da bis zum Königstor auf der Nordseite vorgenommen; von den Hausbesitzern auf der unberührt bleibenden Straßenseite sollen Beiträge auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes erhoben werden.

Die Vorlage wird, nachdem noch Stadt. Manasse (Soz.) seine Befriedigung über den großzügigen Plan und über die hier gezielte Entschloßtheit ausgesprochen, mit einem Zusatz Brunglow angenommen, wonach auch die Zufahrtsstraße von der Landberger Straße zum Georgenkirchplatz auf 19 Meter verbreitert werden soll.

Die beiden Vorlagen, welche die Aufstellung der Königskolonnaden im ehemaligen Botanischen Garten und dessen Ausgestaltung betreffen, haben im Ausschub Annahme gefunden, doch soll der Preis für die an die Adjazenten zum Zweck der Anlegung von Terrassen zu verkaufenden Flächen des Gartengeländes auf 300 M. statt 100 M. pro Quadratmeter festgesetzt werden. Die Versammlung beschließt nach den Ausschubanträgen.

Die Beratung über den Entwurf eines Ortsstatuts betreffend weitere

Einschränkung der Sonntagsarbeit im Kleinhandel beantragt der Referent Stadt. Kommissen (Fr. Fr.) mit Rücksicht auf die große Zahl der inzwischen noch eingelaufenen Petitionen in den Ausschub zurückzubewiesen.

Stadt. Dingel (Soz.) hält den Gegenstand für durchaus sprechreif und widerspricht der Verschiebung der Erledigung. Stadt. Goldschmidt (N. L.) verweist auf einen neuen Antrag, der unmöglich kurzerhand erledigt werden könne.

Stadt. Hoffmann (Soz.): Dann könnte ja die Beratung immer wieder durch einen neuen Antrag unmöglich gemacht werden! Die Mehrheit beschließt die Zurückverweisung.

Mit dem freihändigen Erwerb der Grundstücke Alte Jakobstraße 67 und 68 für 300000 bzw. 270000 M. zur Straßenverbreiterung hat sich der niedergesetzte Ausschub einstimmig einverstanden erklärt.

Die Versammlung genehmigt den Ankauf, nachdem Stadt. Manasse die ursprünglichen Bedenken bezüglich eines bis 1915 laufenden Mietvertrages als beseitigt erklärt hat.

Für den Grundwerb zur Anlage von Druckrohrleitungen für die städtische Wasserversorgung soll nach dem Vorgang von 1889 eine gemischte Deputation von 4 Stadtverordneten und 8 Stadträten eingesetzt und mit weitgehenden Befugnissen ausgerüstet werden.

Stadt. Dr. Wehl (Soz.): Wir stehen der Vorlage im allgemeinen sympathisch gegenüber. Mit Eifersucht haben wir darüber gewacht, daß die Versammlung sich ihre Rechte nicht ver-

lürzen lasse, hier aber sollen in bezugnehmendem Rahmen einer Deputation gewisse Kompetenzen übertragen werden, deren Vorteil eine schnellere Erledigung der Verhandlungen sein wird. Beim Kauf von Grundstücken ist von großer Bedeutung, daß eine gewisse Verschiebung in Anspruch genommen wird. Wir sind geneigt, auch ohne Ausschubberatung die Vorlage anzunehmen. Die Zusammenfassung der Deputation bitte ich aber dahin zu ändern, daß drei Magistratsmitglieder und sechs Mitglieder der Versammlung die Deputation bilden. Ferner bitten wir, der Ordnung halber, die Voraussetzung, daß alle Verträge vorher von der Wasserwerksdeputation genehmigt sein müssen, auch ausdrücklich in unseren Beschluß aufzunehmen.

Nach kurzer Debatte wird die Vorlage mit diesen beiden Anträgen des Stadt. Dr. Wehl angenommen.

Die Vorlage wegen lebenslänglicher Anstellung der Magistratskassenteller nach zehnjähriger Dienstzeit als solche geht auf Antrag Kommissen an den Ausschub für die Vorbereitung von Verwaltungsreformen.

Zu den Vorentwürfen für die Neubauten eines Personalwohngebäudes und eines Apothekengebäudes für das Urbankrankenhaus fragt

Stadt. Dr. Wehl an, wie es mit der besseren Unterbringung des Dienst- und Wartpersonals im Krankenhaus Friedrichshain ließe. Die eine Hälfte dieses Personals solle ja jetzt aus den jammervollen feuchten Kellermwohnungen ausquartiert werden; was sei mit der anderen Hälfte beabsichtigt?

Stadtrat Selberg ist außerstande, darüber schon jetzt etwas Bestimmtes zu erklären. Die Vorlage wird angenommen. Schluß 10 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage wegen Lotterie- und Stempelsteuervergehens, die die 5. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel zu verhandeln hatte, hat ein weitergehendes Interesse dar. Die Anklage richtete sich gegen den Inhaber des Warenhauses Wolf Wertheim und dessen beide Geschäftsführer, die Kaufleute Alex. Regner und Otto Tischer. Aus Anlaß der Eröffnung des neuen Geschäftshauses Leipziger Straße 75/76 hatte die Firma W. Wertheim vom 12. September vorigen Jahres eine Zahlung in ihren drei Geschäften veranlaßt. Jeder Kunde wurde aufgefordert, nach Beendigung seines Einkaufs die Kassenzettel an bestimmte Kassenstellen abzugeben und als Ausdruck des Dankes für das der Firma bewiesene Vertrauen in jedem Hause die Inhaber jedes 100. Kassenzettels bis zum 30. 000. ein Geschenk oder einen Gutschein im Werte von 5 M., jedes tausendsten Kassenzettels bis zum millionsten 10 M., jedes zehntausendsten bis zum vierzigtausendsten 50 M. usw. usw., der Inhaber des fünfhunderttausendsten Kassenzettels 500 M. bar, der Inhaber des millionsten Kassenzettels aber 1000 M. in bar. Diese Dankbezeugung an die Kunden der Firma, welche von den Geschäftsführern ins Leben gerufen und von Herrn Wolf Wertheim als dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates gebilligt worden war, hat zur Erhebung der Anklage geführt. Der Staatsanwalt hielt die Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie ohne obrigkeitliche Genehmigung für vorliegend und alle drei Herren für dieses Delikt verantwortlich. Die Erringung des in Aussicht gestellten Geschenkes sei von Zufall abhängig gewesen, der Einkauf habe in der Zahlung des Kaufpreises für die Waren bestanden und die Käufer hätten in den Kassenzetteln die Lose erhalten, die für sie die Gewinnchancen enthielten. Hiernach beantragte der Staatsanwalt wegen des Lotterievergehens je 1000 M. Geldstrafe; außerdem war er aber der Ansicht, daß sich die drei Angeklagten auch einer Übertretung des Reichsstempelgesetzes schuldig gemacht haben, und beantragte wegen dieses Delikts eine Geldstrafe von je 38 500 M. Rechtsanwalt Dr. Grünwald beklämpfte die Ausführungen des Staatsanwalts. Er wies unter anderem darauf hin, daß von einer Mittäterschaft des Herrn Wolf Wertheim gar keine Rede sein könne, da dieser an der Ausführung des von den beiden anderen Herren aufgestellten Planes in keiner Weise tätig beteiligt habe. Ferner sei ein Einkauf gar nicht gelehrt, sondern die Käufer hätten lediglich den Kaufpreis bezahlt und es sei ihnen damit die Aussicht auf eventuelle Verabreichung eines Geschenkes eröffnet worden. Was das angebliche Stempelvergehen betrifft, so liege ein besonderes Vergehen nicht vor, sondern eine Tateinheit mit dem Vergehen gegen § 286 des Strafgesetzbuches. — Das Gericht sprach zunächst Herrn Wolf Wertheim ohne weiteres frei, da eine maßgebende Beteiligung desselben an den unter Anklage gestellten Delikten nicht vorliege. Im übrigen hielt das Gericht die Tatbestandsmerkmale des § 286 für gegeben, stimmte der Ansicht des Verteidigers, daß Ideal Konkurrenz mit Stempelvergehen vorliegt, zu und verurteilte die Angeklagten Regner und Tischer im ganzen zu je 300 M. Geldstrafe.

Ob das Urteil in der Revisionsinstanz aufrecht erhalten werden wird, dürfte recht zweifelhaft sein; die Konstruktion des Begriffes Lotterie ist etwas sehr gefühlsel.

Zwangsimpfung

betraf ein Prozeß, den der Posamentier Todthagen zu Hepp gegen den Regierungspräsidenten zu Minden in Bielefeld führte. Er war wegen Nichtimpfung seiner Tochter bestraft worden. In einem zweiten Strafprozeß gegen ihn wurde er vom Oberlandesgericht in Hamm freigesprochen, weil eine mehrfache Bestrafung wegen Unterlassung der Impfung nicht zulässig sei. Unter dem 3. April 1910 erließ nun die Polizeiverwaltung an ihn eine Verfügung folgenden Inhalts: „Auf Grund des § 132 des Landesverwaltungsgesetzes fordern wir Sie auf, Ihre Tochter der Impfung unterziehen zu lassen. Sollten Sie der Anordnung keine Folge leisten, so wird die Ausführung von Polizei wegen auf Ihre Kosten erfolgen und der vorläufig auf 3 M. bestimmte Kostenbeitrag von Ihnen eingezogen werden.“ — Er beschwerte sich vergeblich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Minden und klagte dann gegen diesen beim Oberverwaltungsgericht. Er beantragte, die Zwangsverfügung aufzuheben. Er machte geltend, daß aus der Entstehungsgeschichte des Impfgesetzes hervorgehe, daß ein Impfwang nicht eintreten sollte.

Das Oberverwaltungsgericht wies aber am Dienstag die Klage ab und führte aus: Der Impfwang bei Kindern entspreche der Absicht des Gesetzes. Dann aber könne auch die Polizeiverwaltung zur Durchführung des Impfwanges die Zwangsmittel des § 132 des Landesverwaltungsgesetzes zur Anwendung bringen. Die Verfügung sei berechtigt. — Wenn das Oberlandesgericht Hamm das zweifelhafte freigesprochen habe, so doch nur, weil eine zweimalige Bestrafung nicht möglich sei. Zur Frage des Impfwanges habe das Oberlandesgericht damit nicht Stellung genommen.

Haus aller Welt.

Die Explosionskatastrophe in New York.

Die gewaltige Dynamitexplosion im New Yorker Hafen hat nach den bisherigen Feststellungen 30 Menschen das Leben gekostet, gegen tausend Personen wurden verletzt; jedoch handelt es sich in den meisten Fällen nur um leichtere Verletzungen, die durch Glassplitter und ähnliches hervorgerufen wurden.

Ueber die Ursachen der Katastrophe kann man nur Mutmaßungen aussprechen, da alle Arbeiter des Bootes, in das das Dynamit verladen wurde, bei der Explosion ums Leben gekommen sind. Jedoch ist es sehr wahrscheinlich, daß das Unglück folgendermaßen entstand: Die Leute, die mit dem Ausladen des Dynamits beschäftigt waren, ließen die 50 Pfund schweren Risten eine schiefe Ebene heruntergleiten, zu deren

Seiten andere Arbeiter aufgestellt waren, um die Risten zu fähren und dadurch ein jähes und gefährliches Abrutschen zu verhindern. Dabei ist eine Riste stark ins Rutschen gekommen, der im Boot postierte Arbeiter verlor die Gewalt über die Riste, die mit hartem Aufschlag gegen die Bootswand sauste und so das Dynamit zur Explosion brachte.

Als der Rauch abgezogen war, der aus einer riesigen Feuergrube aufstieg, trat das schreckliche Bild der Verwüstung in die Erscheinung. Von dem Boote und seiner aus 11 Mann bestehenden Besatzung war keine Spur zu entdecken. Viele in der Nähe beschäftigte Arbeiter wurden ins Wasser geschleudert, mehrere davon sind ertrunken. Der ganze mit Dynamit beladene Wagon wurde 20 Fuß hoch und 50 Fuß weit geschleudert. Alle Boote, alle Bahnhöfe in der Nähe der Explosionsstelle wurden gewaltig erschüttert. Auf einigen Schiffen wurden die Masten, auf anderen die Schornsteine abgerissen. Ein in der Nähe der Unglücksstelle verankerter Leichter mit 8 Mann Besatzung wurde vollständig zerstört, die Mannschaft getötet. Ein kleiner Schlepper wurde buchstäblich in die Luft geschleudert.

Zur Zeit der Explosion trafen in den Fabriken die Arbeiter Anstalten, sich nach Hause zu begeben. Viele Frauen wurden von panikartigem Schrecken erfaßt. Einem Manne, der gerade barbiert wurde, durchschnitt der Barbier infolge des Schreckens den Hals. Hunderte von Frauen wurden ohnmächtig, viele verlehrt. Die Hospitäler der New Yorker Unterstadt sind sämtlich überfüllt.

Im Viertel von Wallstreet ergriff Entsetzen die Börse. Mit einem Schlag hörte auf der Börse aller Handel und Verkehr auf. Man stürzte auf Wallstreet oder auf den Broadway. Gerüchte liefen, daß einer der Großen der New Yorker Börse von Anarchisten in die Luft gesprengt sei. Im Bankhaus Morgan u. Co. wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Die Geldrollen und Banknotenbündel flogen wie vom magischen Stab eines Zaubers gelenkt plötzlich umher. Erstarrt sahen sich die Beamten einander an, um dann alles in Eile zu lassen und sich auf die Straße zu retten. Hier war die Bewirung noch größer. In wenigen Sekunden drängte eine dicke Menschenmenge hin und her. Die Glassplitter der zertrümmerten Fensterscheiben lagen auf den Trottoirs; Verwundete stürzten aus den Häusern. Dazwischen heulten die Streden der Dampf vom Hudson und die Dampfspritzen der Feuerwehr raselten mit lautem Klingeln daber.

Nach den bisherigen Schätzungen beträgt der durch die Explosion angerichtete Schaden etwa 1 Million Dollar.

Der schwarze Tod.

Die Pestepidemie in Chardin dauert mit ungeschwächter Gewalt fort. Man zählt durchschnittlich 150 Tote pro Tag, davon 40 bis 60 in den Isolierbaracken, die übrigen werden in den Straßen gefunden, wo sie plötzlich hinfallen und tot sind. Um die Ansteckungsgefahr zu vermindern, werden seit einigen Tagen die Leichname der an der Pest Gestorbenen verbrannt. Das furchtbare Schauspiel ist jetzt täglich zu beobachten. Die Särge werden in 4 Reihen aufgestellt, und zwar aufrecht. Das Ganze wird mit nicht eingesargten Massen von gefrorenen Leichen bedeckt. Darüber wird Petroleum gegossen und dann entzündet. Diese Scheiterhaufen sind einige Meilen von der Stadt entfernt und werden von Truppen bewacht. Trotz der großen Ansteckungsgefahr geben sich die Kulis absolut keine Mühe, irgendwelche sanitären Vorkehrungsmaßnahmen bei dem Transport der Leichen anzunehmen.

Die für gestern erwarteten Unruhen sind nicht eingetreten, denn die Massen sind aus Furcht vor Tod, Pest und Hunger völlig deprimiert. Die Gefahr einer Hungersnot wird vom Tag zu Tag größer, denn die Chinesen besitzen als einziges Existenzmittel die Arbeit in der russischen Nachbarstadt, von der sie jetzt ausgeschlossen sind.

Dr. Graham Ashland von der englischen Gesandtschaft, der sich mit seiner Gemahlin nach Chardin begeben hatte, telegraphiert dem „Herald“, die Heftigkeit, mit der die Seuche auftritt, übertreffe jede Vorstellung. Menschen kommen und gehen; sie scheinen noch vollständig gesund, plötzlich steigt ihre Temperatur auf 40 Grad und in zwei oder drei Stunden sind sie tot.

Auch aus Morden und verschiedenen anderen Drucksachen wird gemeldet, daß sich die Zahl der durch die Pest hervorgerufenen Todesfälle erhöht. Der Schmutz in den Häusern und Straßen sowie die völlige Indolenz der Bevölkerung gegenüber sanitären Maßnahmen erhöht die Gefahr.

Das Unwetter im Mitteländischen Meere.

Wie schon gemeldet, herrschen seit mehreren Tagen im Mittelmeer an der spanischen Küste heftige Stürme, die von Regengüssen begleitet sind. Der gesamte Schiffsverkehr ist lahmgelegt. Die Barcelonener Fischerboote „Mataro“, „Calbetas“, „Blasa“ und „Consterone“, die sich zur Zeit des Sturmes auf dem Meere befanden, sind nicht zurückgekehrt. Schlepper sind zur Suche nach den vermischten Booten ausgesandt worden. Die Besatzung der bisher im Hafen eingelaufenen Fischerboote erklärt, daß sie niemals einen ähnlichen Sturm erlebt hätten. Ein von Blasar kommendes großes Schiff hat sich in den Hafen von Barcelona gestürzt. Das Meer hat bereits eine große Anzahl von Leichen an Land gespült. Man glaubt, daß die Zahl der Opfer sehr groß ist, fast in sämtlichen spanischen Hafenorte werden Verluste an Menschen verzeichnet.

Kleine Notizen.

Gefährlicher Mörder. Gestern nachmittag hat sich in Breslau der Mörder des vor längerer Zeit bei Gleiwitz erschossen aufgefundenen Amtsrichters Siebe der Polizei gestellt. Der Täter ist ein Artist, der bei einer Wildbühne von Siebe überfallen worden ist. Er gibt an, Siebe habe auf ihn geschossen, aber nicht getroffen, worauf er einen Schuß abgegeben und Siebe tödlich getroffen habe.

Zwei Kinder verbrannt. Auf dem Anwesen des Besitzers Stricker in Lamberg in Bayern kam in der letzten Nacht ein Brand aus. Die beiden Kinder des Besitzers kamen in den Flammen um.

Ein erfolgreicher Militärlieger. Der französische Hauptmann Bellanger hat gestern mit seinem Apparat einen bemerkenswerten Flug ausgeführt. Er war vormittags 8 Uhr 45 Minuten in Vincennes aufgestiegen und landete ohne Unfall um 5 1/2 Uhr in der Nähe von Bourdeaux, nachdem er in Pontlevoy und in Poitiers Zwischenlandungen vorgenommen hatte. Die durchflogene Strecke beträgt 588 Kilometer.

Schwerer Unfall bei der italienischen Marine. Bei Übungen, die im Golf von Genua mit Torpedogeschossen vorgenommen wurden, ging eins der Geschosse vorzeitig los. Drei Unteroffiziere wurden getötet, zwei weitere Personen anscheinend leicht verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vorn über Treppen - 2. Stock - wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

W. K. 101. 1. Es empfiehlt sich, einen schriftlichen Vertrag zu schließen. 2. Kaufmännisches Bureau. - **G. R. 100.** Sie sind an den Kauf gebunden und haben Bestätigung zu erwarten. - **G. R. 30.** 1. Biederholer Sie Ihre Anfrage unter Bezeichnung der Art und des Umfangs des in Frage kommenden Betriebes. 2. Befragen Sie einen Kleinfabrikanten oder Hersteller. - **D. S. 5418.** Die Haushaltungsgegenstände verbleiben in vollem Umfange dem überlebenden Ehegatten. - **H. B. 10.** 1. und 2. Ja. - **K. S. 5.** 1. Ja, sofern der Vermieter es verlangt. 2. Ja. - **D. S. 8.** Sie halten nur dann, wenn Sie Ihren Bruder beauftragt haben. - **München 106.** Kommen Sie mit den Schriftstücken in die Sprechstunde. - **G. R. 56.** 1. Bis zum Ablauf des Mietvertrages, eventuell hinterlegen. 2. Ja. - **H. 1.** 1. Sie können noch klagen. 2. Nein. 3. Circa 1500 R. - **G. S. 119.** Ja. - **Oien 100.** Leider nicht. - **W. B. 441.** Ja. - **W. R. 100.** Raum nachgeben werden, daß nicht genügend gesteuert war, so hat der Schuldner die Abrechnung zu einer Petition an die Stadtverordnetenversammlung. - **H. B. 54.** Nein. - **H. S. 69.** Nein. - **G. R. 69.** Antrag beim Vollstreckungsamt. - **H. B. 25.** Stellen Sie den Antrag. Die Verfügung eines ärztlichen Attestes ist zweckmäßig. - **W. K. 100.** Durch die Ge-

werkschaft, der Sie angehören. - **S. N. 14.** Das Statut ist maßgebend. - **H. N. 46.** Verjährung liegt nicht vor. - **G. S. 111.** Brandpflicht. 33d. - **K. R. 97.** Nein. - **G. S. 44.** Unbestimmt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1.2.		am 31.1.		Wasserstand	am 1.2.		am 31.1.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	284 1/2	-3	284 1/2	-3	Saale, Großh.	129	-22	129	-22
Bregel, Jüterburg	157	-4	157	-4	Havel, Spandau	120	-1	120	-1
Weißel, Thom	96 1/2	-88	96 1/2	-88	Havel, Rathenow	140	-31	140	-31
Oder, Krefeld	206	-28	206	-28	Spre, Spremberg	134	-20	134	-20
Krefeld	254 1/2	-3	254 1/2	-3	Preßlau	178	+1	178	+1
Frankfurt	270 1/2	-20	270 1/2	-20	Seber, Rinden	8	-90	8	-90
Barde, Schimm	108 1/2	-34	108 1/2	-34	Rhein, Rinden	118	-8	118	-8
Landsberg	102 1/2	-1	102 1/2	-1	Rhein, Raminlandau	320	-6	320	-6
Rege, Borsdamm	42 1/2	0	42 1/2	0	Staub	200	+1	200	+1
Elbe, Lemmerig	100	-32	100	-32	Rhin	243	-7	243	-7
Dresden	14	-36	14	-36	Redar, Heilbronn	80	-10	80	-10
Barbu	312	+33	312	+33	Rain, Bertsheim	247 1/2	-8	247 1/2	-8
Wagdeburg	248	+26	248	+26	Reisel, Trier	101	-22	101	-22

+) + bedeutet Sturz, - Fall. - *) Unterseeel. - *) Eisstand. - *) Eisstreifen. - *) Eisbewegung. - *) etwas Treibeis.

Witterungsbericht der Königl. Reichsanstalt für die meteorologischen Beobachtungen. Witterungsbericht der Königl. Reichsanstalt für die meteorologischen Beobachtungen. Witterungsbericht der Königl. Reichsanstalt für die meteorologischen Beobachtungen. Witterungsbericht der Königl. Reichsanstalt für die meteorologischen Beobachtungen.

Witterungsbericht vom 2. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temper. in °C	Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temper. in °C
Schwetzingen	771	SWB	2	halb Bd.	-1	Dapornba	755	ED	4	Schnee	-7
Darmstadt	773	SB	2	Schnee	0	Petersburg	765	SWB	3	Dunst	-17
Berlin	773	SB	2	molbig	-3	Scilla	770	D	3	halb Bd.	4
Kranich	776	SB	3	Dunst	0	Aberdeen	781	SB	2	molbig	0
München	779	SB	4	Schnee	-6	Paris	779	WD	2	molbig	-1
Wien	774	WB	3	Schnee	-2						

Wetterprognose für Freitag, den 3. Februar 1911.
Mittelschweres gelindes, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken nordwestlichen Winden; später wieder teilweise aufklarend und neue Abkühlung. Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 3. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Hugenotten.
Königl. Schauspielhaus. Der Krenonit.
Deutsches Haus. Kammeroper. Die Komödie der Jungen. Die Heirat wider Willen. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Operntheater. Geflohen.
Leistung. Anatol.
Königliche Oper. Hebele.
Kleines. Das Kind.
Neues Operetten. Die Adne Riffle.
Neues Schauspielhaus. Das kleine Schokoladenmädchen.
Berliner. Bummelstudenten.
Wetten. Das Puppenmädchen.
Neues. Der G. m. b. H. Tenor.
Trianon. Hippolytes Abenteuer.
Widens. Parler Menz.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller. O. (Bühnen-Theater).
Der Kaiser.
Schiller. Charlottenburg. Nathan der Weise.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Die blaue Maus.
Lustspielhaus. Der unbekannte Länger.
Aufführungstheater. Meyer.
Lust. Das große Licht.
Modernes. Der Feldherrnhügel.
Metropol. Hurra - Wir leben noch!

Kasino. Julie Wippen.
Apollo. Spezialitäten.
Vespa. Spezialitäten.
Boigt. Robert der Teufel.
Kreischhaken. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Zensouci. So wird's gemacht.
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Drano! Dacapo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Stadt-Theater Moabit. Der Störenfried.
Wedding. Lustspiele.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Geheimrat Ernst v. Hesse-Wartegg.
Städte u. Länder der Kronprinzenerreise.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Konstruktionsingenieur u. Rehner: Hammerwerke und Preßwerke.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Anatol.
Sonabend 8 Uhr: Die Ratten.
Sonntag 3 Uhr: Tauris der Rarr.
8 Uhr: Die Ratten.

Berliner Theater.
Täglich 8 Uhr:
Bummelstudenten.

Neues Theater.
Täglich:
Der G. m. b. H.-Tenor.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
8 Uhr: Das Puppenmädchen.
Morgen 8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelensch.

Berliner Volksoper
Belle-Alliancestraße 7/8. - 1/2 9 Uhr:
Der Freischütz.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, 3. Februar, abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.
Sonabend 8 1/2 Uhr: Krieg im Frieden.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Räuber. 8 Uhr: Cyrano von Bergerac.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Geheimrat Ernst v. Hesse-Wartegg
Städte u. Länder d. Kronprinzenerreise.
Hörssaal 8 Uhr:
Konstruktions-Ingen. A. Rehner:
Hammerwerke und Preßwerke.
Kaiser-Panorama.
III. Wanderung im schlichten Schwarzwald. Letzte Folge:
Mittelschwere. Issel Goris.
Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.
Drei Gänge von Georges Feydeau und Heber-Abric.
1. Gang: „52 Meter über Paris“, 1 Akt von Heber-Abric.
2. Gang: „Eine Nachtigung“, 1 Akt von Georges Feydeau.
3. Gang: „Nach dem Menschenball“, 1 Akt von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Das Rotkäppchen. Abends: Das große Licht.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ruides Reise nach Indien. 8 Uhr: Das große Licht.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Gastp. Fischer-Krischowsky
Don Carlos.
Schauspiel in 5 Akten v. Fr. d. Schiller.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Sonabend nachm.: Die sieben Raben. Abends und Sonnt.: Der Gladiateur.
Sonntag nachm.: Don Carlos.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Kunstausstellung in 7 Bildern v. J. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Das neue Weltstadt-Programm.
Sensationell:
8 heilige Chungusen
unt. Zeit. ihr. Oberpriest. Tschin Max.
Des kolossalen Erfolges weg. prol.

Otto Reutter

WINTERGARTEN
Neues Programm
Die berühmte chinesische Tragödie
Md. Chung
mit ihrem chines. Schauspiel-Ensemble
„Im Reiche des Drachens“
Chines. Schauspiel (nach einer alten Legende) in 2 Akten.
Morris Cronin Truppe, mod. Jongl.
The Kollinos, „Ein Fest in Benedig“.
Emilia Rose, equilib. antipod. Spiele.
La bella Leonora, Spaniens Stolz.
The 6 Geisha, japan. Gesangs- und Tanz-Truppe.
Miß Orford's Elefanten-Dressurakt.
Fred Marion, Musik-Imitator.
Sirens Nord, Tanz- und Schwimmsport.
Florence u. Lillian, Musikalisch.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Bühnen-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Der Kaiser.**
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Husarenlieber.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Sonntag, den 5. Februar 1911, in Freyers Festsälen, Koppenstr. 29:
Zwölftes Stiftungs-Fest.
Mitwirkende: Berliner Volkschor u. Leit. d. Hrn. Dr. Zander, Hr. Prof. Alexander u. Frau Lilli Petschnickoff, Hr. Leo Kostenberg, Hr. Friedrich Kaybler v. Deutsches Theater. - Eröffn. 5 Uhr, Beginn pünktl. 6 Uhr.
Eintrittskarten a 50 Pf. an der Kasse zu haben. Der Vorstand.

Sport-Palast
Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol“.
200 Eiskunstler. X Prachtvolle Ausstattung.
Unerreichbare Lichteffekte. X 2 Musikkapellen.
Raum für 10 000 Personen. X Unterricht im Eislauf.
Vormittags-Konzerte.
Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Heute, Freitag: **Elitetag!**
Prämierung d. höchst. Damenstiefelabsätze.
3 Geldpreise: 30, 20, 10 R. bar.
Der berühmteste Feldwirt.
Schorsch Schrenguber
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ballietarten haben volle Gälligkeit.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114
Täglich:
Das beliebte
Bockbierfest.
Anfang 7 Uhr. 4 Kapellen. Entree 30 Pf.
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 5 „ „ 50 „

Theater Sanssouci
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
8 1/2 Uhr:
Die von da drüben.
Große Gesangsposse von R. Ull.
Musik von Schottland.

Grete Gallus Paul Förster.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 5. Februar 1911:
Der Störenfried.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Bendy.
Reperiorstück d. hl. Schauspielh.
Kasseneröffn. 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Heute:
Operetten-Abend
Dir. kgl. Obermusikmeister Dippel.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen von 4-7 Uhr: Gr. Promenadenkonzert bei freiem Eintritt.

Herrnfeld Theater
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Zwei Schlager:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er.
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss, neu!
Kühliches Varieté-Theater.
Parodie von Meyfel.
Anfang
moche nings
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Passage-Theater.
Hente: Sgr. Ordon
der spanische Garuso.
Schneider-Dancker
Les Vignacs
u. d. kolossale Febr.-Prog.
14 neue Varieté-Attraktionen.

Casino-Theater
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Das Original Berliner Volkstanz
Julie Wippen.
Urbairner Humor! Urbairner Inden!
Im Stile der ehem. Berliner-Bühne.
Vorher erstklassiger dauter Teil.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutstuefel.

Zipkus A. Schumann.
Berlins größtes
Vergnügungs-Etablissement.
Freitag, den 3. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Reut! **Heros** Reut!
mit feinem außergewöhnlichen
Kroffjongleuraft.
Arconis 4 Personen,
Schleimbrett-Akrobaten.
Foot-Ball - Push-Ball
Polo-Ball (Spiel, Herbe sowie
der Kreisel-Globus,
neueste Kreation des Direktors
H. B. Schumann sowie die
übrigen neuen Attraktionen.)
Der große Coup
9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer dauter Teil.
Feldweibelhügel.

Karl Haverland-
Anfang Theater. Romanbanden-
preis. 7 1/2 u. Theater. Straße 77/79.
Das vielseitige amüsante
Februarprogramm.
Neue erstkl. Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Die Sensation des Tages!
Das sprechende Pferd
„Hans'chen“
Lebend! Lebend!
Maod Temple, die Bartlady
ein abnormes Naturspiel,
u. die ander. Schau-Attraktionen.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Wahalla-Theater.
(Königstr.) Weinbergstr. 20
Wochentäglich 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Allerdwelt-Revue.
Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juan.
Kleine Preise.

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9363
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 Uhr, Sonnt. 4 Uhr. Vorkurskarten,
nur moche nings gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

American-Theater
Dresdener Straße 97.
Täglich:
Heitere Künstler-Abende!
Theater-Varieté-Cabaret
mit Anna und Franz Verdler.
Anfang 8 Uhr. - Sonntags 6 Uhr

Königstadt-Kasino.
Goldmariastr. 72.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Sobanski.
Leop. Rosser, Elsa de Pianque, G.
schwister Bernhardt, Miß Eugenio,
The Blanks usw.
Der teufliche Joieph. Voffe t. 1 Akt.
Vorhant. Anf. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Theater des Weddings
Lichtspiel-Palast
Müllerstr. 162/183 - Sellenstr. 35
u. s.:
Die Hand von Bearn.
Das Drama des Maschinisten.

Bosporus
am Moritzplatz.
8 Uhr:
Das neue Varieté-Programm.
Beachten Sie das Varieté-Kon-
sumsystem. - Nach Schluss der
Vorstellung bis 2 Uhr nachts:
Großer Bockbiertrubel.
2 Kapellen.

Berliner Uk-Trio.
Felx Schoner Stralsunderstr. 1
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keine
Verantwortung.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel
Zirkus Busch.
Freitag, 3. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend.
Käth Sandwina!
Lady Herkules!
Reut! **Hons. Amorus,**
Champion im Hochspringen.
Herr Direktor Pierre Althoff u.
Frau Direktor Adele Althoff mit
ih. eleg. Freiheitsdresuren.
Die Fredanis, Akrobaten zu
Pferde. Troika, ger. v. Herrn
Hubert Mirow. - Drei Gebr.
Fratellinis, italienische Clowns.
Um 9 Uhr ca. zum 43. Male:
„Armin.“
Vorher das große Galaprogramm.

Theater „Groß-Berlin“.
Freitag, den 3. Febr., Gespell im
Spandau, Sopskes Theater, Adam-
straße 11. 8 1/2.
Die Rose von Japan.
Gr. Operette von Niks u. Schwarz.
Reiflingen.
Preise 50, 75, 100 Pf. Im Vor-
verkauf 40, 60, 75 Pf.
Vorverkauf im Theaterlofale bei
Herrn Suple.

Walhalla-Theater.
(Königstr.) Weinbergstr. 20
Wochentäglich 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Allerdwelt-Revue.
Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juan.
Kleine Preise.

Passage-Theater.
Hente: Sgr. Ordon
der spanische Garuso.
Schneider-Dancker
Les Vignacs
u. d. kolossale Febr.-Prog.
14 neue Varieté-Attraktionen.

Wahalla-Theater.
(Königstr.) Weinbergstr. 20
Wochentäglich 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Allerdwelt-Revue.
Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juan.
Kleine Preise.

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9363
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 Uhr, Sonnt. 4 Uhr. Vorkurskarten,
nur moche nings gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

American-Theater
Dresdener Straße 97.
Täglich:
Heitere Künstler-Abende!
Theater-Varieté-Cabaret
mit Anna und Franz Verdler.
Anfang 8 Uhr. - Sonntags 6 Uhr

Königstadt-Kasino.
Goldmariastr. 72.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Sobanski.
Leop. Rosser, Elsa de Pianque, G.
schwister Bernhardt, Miß Eugenio,
The Blanks usw.
Der teufliche Joieph. Voffe t. 1 Akt.
Vorhant. Anf. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Theater des Weddings
Lichtspiel-Palast
Müllerstr. 162/183 - Sellenstr. 35
u. s.:
Die Hand von Bearn.
Das Drama des Maschinisten.

Bosporus
am Moritzplatz.
8 Uhr:
Das neue Varieté-Programm.
Beachten Sie das Varieté-Kon-
sumsystem. - Nach Schluss der
Vorstellung bis 2 Uhr nachts:
Großer Bockbiertrubel.
2 Kapellen.

Berliner Uk-Trio.
Felx Schoner Stralsunderstr. 1
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keine
Verantwortung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung widmete der Vorsteher Michel den drei in der letzten Woche verstorbenen Stadtverordneten, dem Freisinnigen Mertens und unseren Genossen Voigt und Singer, den üblichen Nachruf. In längerer Rede gedachte er mit rückhaltlos anerkennenden Worten der selbstlosen Tätigkeit, die unser Genosse Singer im Dienste der Stadt Berlin und zu ihrem Wohle geleistet hat und durch die ihm ein dauerndes Andenken gesichert worden ist.

Ueber die Berliner Polizei, die in den letzten Monaten und Wochen, dank ihren Moabitern Taten, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden hat, kam es gestern auch in der Stadtverordnetenversammlung wieder einmal zu einer Aussprache. Der Versuch, einen Teil der dieser „königlichen“ Polizei zugewiesenen Aufgaben in die Verwaltung der Stadtgemeinde zu bringen, ist wiederholt gemacht worden und immer wieder gescheitert. Von dem Mißlingen des neuesten Versuches gab der Magistrat den Stadtverordneten Kenntnis durch Mitteilung der kurz abgelehnten Antwort, die die Staatsregierung dem antragenden Magistrat nach langem Warten zugesandt hat. Im Anschluß an diese Vorlage hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag gestellt, der den Magistrat zu erneuten Verhandlungen wegen Uebertragung aller Zweige der Polizeiverwaltung an die Stadtgemeinde aufforderte und zugleich ihn mahnte, Maßnahmen zum Schutze der Bürger gegen die Ausschreitungen der Polizei zu treffen. Die Notwendigkeit dieses zweiten Teiles des Antrages bildete zugleich die Begründung für den ersten Teil, dessen Berechtigung eben durch die Moabiter Polizeitaten wieder aufs neue dargetan worden ist. Die Uebernahme, vor allem auch der Sicherheitspolizei, in die Verwaltung der Stadt ist eine Forderung, die sich nie zuvor so notwendig erwiesen hat, wie gerade nach den Vorgängen der neuesten Zeit. Als Ankläger gegen die Polizei trat Genosse Rosenfeld auf, der in den Prozessen um Moabit zusammen mit den anderen Verteidigern erfolgreich bemüht gewesen ist, die Moabiter Polizeitaten in das rechte Licht zu rücken. Er tat es gestern auch vor der Stadtverordnetenversammlung in einer großen Anklage-Rede, die von leidenschaftlicher Entrüstung durchdrungen war, aber seine Ausführungen fanden auf der Seite der Freisinnigen nicht den vollen Widerhall, den sie verdienten. Die freisinnigen Fraktionen der Versammlung hatten gemeinschaftlich eine Erklärung beantragt, die die Erwartung aussprach, daß künftig derartige Uebergriffe der Polizei sich nicht wiederholen werden. Stadtverordneter Cassel, der diesen Antrag begründete, ließ die Sonne seines Wohlwollens scheinen über Bürger und Polizisten, wie über Streifende und Arbeitswillige. Oberbürgermeister Kirchner klagte in merkwürdig scharfen Worten über die Nichtachtung, mit der auch in dieser Frage die Gemeindebehörden Berlins wieder von der Staatsregierung behandelt worden sind. Gegen seine Schlussfolgerung, daß es hiernach nicht der Würde unserer Gemeindebehörden entspreche, auf neue mit der Staatsregierung zu verhandeln, wandte sich Genosse Liebke nach. Treffend legte er dar, daß die sozialdemokratische Fraktion sich die Stadtgemeinde und ihren Oberbürgermeister allerdings nicht als Vilmende, sondern als Fördernde denkt. Die Ueberzeugung der Stadtverordnetenmehrheit, daß auch von einem Fördern kein Erfolg zu erwarten sei, äußerte sich in Heiterkeit, an der auch der Magistrat teilnahm. Man sieht, daß der Stadtfreisinn die Bedienstetenstellung, in die er gegenüber der Staatsregierung durch eigene Schuld geraten ist, nicht einmal mehr als beschämend, sondern als erheiternd empfindet. Die sozialdemokratische Fraktion zog schließlich den zweiten Teil ihres Antrages zurück zugunsten des Antrages Cassel usw., der dann nahezu einstimmig angenommen wurde. Gegen ihn stimmte Stadtverordneter Kallmann und vielleicht noch der eine oder der andere seinesgleichen. Der erste Teil des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, der den Magistrat um erneute Verhandlung ersuchte, wurde aufrechterhalten, aber von den geschlossenen gegen ihn stimmenden freisinnigen Fraktionen abgelehnt.

Die Frage der weiteren Ausdehnung der Sonntagsruhe im Kleinhandel wurde gestern noch nicht entschieden. Verschiedene Gruppen von Interessenten haben inzwischen so eifrig gegen diesen Vorschlag agitiert, daß die Freisinnsmehrheit ihnen eine nochmalige Zurückverweisung an den Ausschuß bewilligte, dessen Beschlüsse die Versammlung gestern entgegennehmen und genehmigen sollte. Unsere Genossen Hinge und Hoffmann bekämpften diese Verschleppungstaktik, aber die Mehrheit beschloß so. Welche Verschlechterungen werden da aus den erneuten Ausschußberatungen herauskommen!

Mittelstandsbedenken in städtischen Krankenhäusern.

Der „Boschischen Zeitung“ wird aus ihrem Leserkreise geschrieben: „Die geplante Neuerrichtung von sogenannten 2. Klasse-Betten in den städtischen Krankenhäusern ruft einen lebhaften Widerspruch bei den Ärzten hervor, die mit Recht eine starke Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage dadurch befürchten und Eingaben an die städtischen Körperschaften vorbereiten. Aber abgesehen von dieser Schädigung rein ärztlicher Interessen muß die beabsichtigte Neuerung auch in politischer und sozialer Beziehung Bedenken erregen. Daß für die Einrichtung von Privatbetten in den städtischen Krankenhäusern bei der Bürgerschaft und im sogenannten Mittelstand Stimmung vorhanden ist, ist unbestreitbar. Denn wer nähme nicht gern Erleichterungen und Verbilligungen aus öffentlichen Mitteln entgegen? Aber der Staat oder die Kommune kann nichts verschenten; sie muß die Mehrausgaben durch Mehreinnahmen, d. h. durch höhere Steuern decken. Und da ist die Frage berechtigt: Ist es zu verantworten, daß aus öffentlichen Mitteln Bevölkerungsschichten unterstützt werden, welche zweifellos ohne ein größeres Einkommen haben als die große Masse der unbemittelten Bevölkerung? Man wende nicht ein, daß auch für das höhere Schulwesen und die Universitäten der Staat oder die Gemeinde höhere Aufwendungen mache, als Einnahmen daraus erzielt werden. Der Staat (die Gemeinde) tut dies, um sich Beamte und studierte Leute zu bilden, die er oder sie gebraucht. Wollte man das Schulgeld so erhöhen, daß Einnahmen und Ausgaben sich decken, so würde sich nicht nur vielleicht Mangel an Beamten einstellen (eine Folge, die bei der heutigen Ueberfüllung der gelehrten Berufe manchem sogar als erwünscht erscheinen könnte), sondern es würde die Erlangung höherer Bildung zu einem Vorrecht der Reichen werden! Das soziale Empfinden verlangt gebieterisch möglichst niedrige Schulgebühren, um auch den wenig Bemittelten

Zutritt zum Studium zu ermöglichen. Ganz anders liegt es bei den Vergünstigungen, die die Stadt durch die Errichtung von 2. Klasse-Betten in öffentlichen Krankenhäusern lediglich den Bessersituierten gewähren würde. Für gute Hygiene hat die Kommune natürlich zu sorgen. In Berlin geschieht dies aber bereits in geradezu vorbildlicher Weise durch die zu wahren Musteranstalten ausgebauten, jedermann zugänglichen städtischen Krankenhäuser. Die Kosten, die die Stadt hierfür aufwenden, sind enorm; während der Verpflegungsjahr nur 3 M. pro Tag beträgt, betragen die durchschnittlichen Unkosten 5-6 M. Im Schöneberger Krankenhaus betragen sie sogar (inkl. Verzinsung des Anlagekapitals) 8,25 M. Wohlverdienen für die allgemeine, sogenannte 3. Klasse! Für seinen Kenner der Verhältnisse ist es daher zweifelhaft, daß die Gesamtkosten für die Versorgung eines Kranken zweiter Klasse (Personal, ärztliches Honorar, Medikamente, Verbandstoffe, Pflegepersonal, ärztliches Honorar, Abnutzung usw.) etwa 12-13 M. betragen würde, so daß bei dem beabsichtigten Verpflegungssatz von 6,50 M. für die 2. Klasse die Stadt etwa eine gleich hohe Summe täglich auf jeden Kranken aus eigenen Mitteln zulegen muß. Daß es nun vielen Kranken nicht angenehm ist, mit Krebsi und Plethi zusammenzuliegen, mag zugegeben werden. Ist aber der öffentliche Steuerfiskus, zu dem auch der Vermite in irgend einer Form sein Scherlein beiträgt, dazu da, um Standesurteilen und feineren Gewohnheiten entgegenzukommen, um dafür zu sorgen, daß der „gnädigen Frau“ auf feinerem Geschirr „serviert“ wird? Mit guter Versorgung der Kranken und mit Hygiene hat dies platterdings nichts zu tun. Für diese ist schon bisher auf der „allgemeinen Station“ aufs Beste gesorgt. Auch jetzt schon bestehen Einzelzimmer für solche Kranke, deren schwerer Krankheitszustand (aber nicht deren gesellschaftliche Stellung) ein Alleinliegen wünschenswert macht. Und muß nicht das Gros der Kranken, besonders der arbeitenden Klassen, für die die Krankenhäuser doch in erster und letzter Linie geschaffen sind, das unangenehme Gefühl bekommen, fortan hinter den feinen Herren und Damen zurückstehen zu müssen? Und wie steht es denn mit dem „Bedürfnis“ nach solchen Privatbetten seitens der Stadt? Im gedruckten Verwaltungsbericht des Schöneberger Krankenhauses ist zu lesen, daß die erste Klasse fast leer steht; noch nicht ein Krankenbett erster Klasse war täglich belegt. Wie wenig besteht auch die zweite Klasse dort sein muß, geht am besten daraus hervor, daß die Krankenhausverwaltung sich veranlaßt gesehen hat, wochenlang in medizinischen Vorträgen das Krankenhaus zu annonciieren und auf die günstigen Aufnahmebedingungen hinzuweisen. Will die Stadt Berlin durchaus Privatbetten einrichten, so soll sie sich auch die vollen Selbstkosten bezahlen lassen. Dann ist aber zu befürchten, daß die Betten größtenteils leer stehen. Oder will Berlin dann auch zum Annonciieren seine Zustucht nehmen?“

Unsere ablehnende Stellung zu der geplanten Einrichtung haben wir wiederholt dargelegt. Dieselbe gipfelt darin, daß wir in der Einführung einer Klassifizierung eine Gefahr für die Krankenbehandlung überhaupt erblicken. Die Einrichtungen in unseren Krankenhäusern sollen so sein, daß die dort untergebrachten Kranken so ernährt, versorgt und ärztlich behandelt werden, daß sie so schnell wie möglich wieder gesund und arbeitsfähig werden. Eine Scheidung der Kranken in Klassen ist da gänzlich unangebracht. Im Gegenteil: Wenn Kranke besserer Herkunft die gleiche Behandlung wie arme Kranke erfahren, so wird das dazu beitragen können, daß es in unseren Krankenhäusern im allgemeinen nur besser wird.

Die Führer Brücke soll heute vormittag 10 Uhr durch den Geh. Baurat Krause dem Verkehr übergeben werden. Hierdurch wird zunächst für die Passanten des पुलिशtes eine weitere Abkürzung des Weges zur Eisenbahnstation herbeigeführt. Seine eigentliche Bedeutung wird jedoch das Bauwerk erst nach Fertigstellung der neuen पुलिशbrücke gewinnen als Schlaglicht des Straßenzuges zur Verbindung Moabits mit dem neuen Stadtteile um das Birchowkrankenhaus. Die Brücke überschreitet den Spandauer Kanal nahezu unter einem rechten Winkel und mit Rücksicht auf den zu erwartenden Großschiffahrtsverkehr in einer Öffnung von 38 Meter freier Spannweite. Diesem mit flacheisenem Bogen überdeckten Mittelboje schließt sich beiderseits eine gewölbte Öffnung von 7 Meter Weite an, um bei einem späteren Ausbau der Uferböschungen zu Ladestegen deren Unterbrechung durch Pfeilerbauten zu vermeiden. Die 11 Meter breite Fahrbahn hat für eine zu erwartende Straßenbahn Schienengleise erhalten. Unter den Granitplatten der 4 Meter breiten Bürgersteige haben zahlreiche Rohr- und Kabelleitungen Platz gefunden. Die Gewölbe und Widerlager sind in urwüchsiger Weise mit heimischen Granitfindlingen besetzt. Aus den schlichten Geländern erheben sich über den Zwischenpfeilern reich ausgebildete Doppellandläufer aus Schmiedeeisen als einziger Brücken Schmuck, der von dem Architekten König entworfen ist. Die Ausführung des unter der Oberleitung des Stadtbaurats Krause erstandenen Bauwerks erfolgte durch das Tiefbauamt II. Die Kosten einschließlich der Straßenanschlüsse betragen rund 395 000 M.

Unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen und Genossinnen erfolgte gestern die Beisetzung des Genossen Emil Voigt auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde. In der Friedhofshalle widmete Genosse Waldemar Manasse dem Dahingegangenen warme Worte des Dankes und der Anerkennung. Er schilderte in von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Worten die aufopfernde Tätigkeit des toten Parteifreundes, der durch sein einfaches, schlichtes Wesen in weiten Kreisen sich viele Freunde erworben habe. Dann traten die Vertreter der verschiedenen Korporationen an den Sarg, um dem so früh Dahingegangenen einige Abschiedsworte zu widmen. Genosse Strass würdigte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung die Tätigkeit Emil Voigts in der Gemeinde. Genosse Hoffmann rief dem Toten im Namen der Genossen des 4. Wahlkreises herzliche Abschiedsworte nach. Ihm folgten dann Vertreter der Gemeindegewerkschaft und andere. Die Ansprachen wurden mit einem stimmungsvollen Trauerliede eingeleitet und geschlossen. Dann ging's hinaus zur Gruft. Nach ein kurzes Abschiedslied und dann häuften sich Kranz auf Kranz. Für die Liebe und Verehrung, deren sich Emil Voigt erfreute, legten auch die vielen einfachen Liebeszeichen Zeugnis ab, die ihm engere Freunde und Bekannte aufs Grab legten.

Um nicht zu verhungern, griff gestern der 20jährige Hausdiener Franz Baumwirth zu einem verzweifeltten Mittel. Er war vor etwa vierzehn Tagen von Danzig nach Berlin gekommen. Er glaubte, hier eine gute Stellung zu finden, doch sollte er sich bitter getäuscht haben. Vergeblich lief er von einer Stelle zur anderen und es dauerte nicht lange, so waren die paar Tellergrößen, die er mitgebracht hatte, verbraucht. Obdachlos und hungernd irrte der Unglückliche in den Straßen Berlins umher, bis er schließlich in der Reinickendorfer Str. 87 in eine Wäderei von Wlad ging, um sich etwas zu essen zu nehmen. Er wurde aber ertappt und der Polizei übergeben, die ihn ins Untersuchungsgefängnis einlieferte. Wußte der arme Teufel deswegen durchaus der Polizei übergeben werden?

Ein recht tragisches Ende hat die 77 Jahre alte Wirtschafterin G., die bei dem Geh. Baurat Niemann, Dessauer Str. 25, lange Jahre

im Dienst stand, gefunden. Donnerstag wurde berichtet, daß Herr Z. auf der Straße vom Tode ereilt wurde. Als die Wirtschafterin vom dem plötzlichen Tod ihres Herrn erfuhr, brach sie besinnungslos zusammen. Die Bedauernswerte ist noch gestern an den Folgen der erlittenen Aufregungen gestorben.

Unterschleife in Höhe von 150 000 M.

Vor einigen Tagen hat das luxuriös ausgestattete Vergnügungsrestaurant „Trocadero“ seine Pforten geschlossen, angeblich deshalb, weil die Entziehung der Singlonzession und das polizeiliche Verbot, das Lokal um 11 Uhr abends zu schließen, den Ruin des Etablissements herbeigeführt haben. Kurz nachdem der „Trocadero“ geschlossen worden war, veräußerte der Inhaber und Unternehmer, Herr D. Ruzel aus der Burggrafenstr. 13 mit seiner Gattin. Am Montagmittag fand eine Gläubigerversammlung statt, in welcher festgestellt wurde, daß etwa 130 000 bis 150 000 M. von dem Inhaber und Leiter unterschlagen worden seien. Vor etwa einem Vierteljahr hatte Herr Ruzel, der Österreicher ist und früher Kellner war und das Restaurant „Trocadero“ in Wien im Oktober vorigen Jahres mit einem Reingewinn von 200 000 Kronen veräußert hatte, das Vergnügungsetablissement unter den Linden eröffnet. Die überaus glänzende Einrichtung war von einer bekannten Berliner Ausstattungsfirma auf Abzahlung geliefert worden, während mehrere große französische und deutsche Weinfabrikanten Herrn R. einen erheblichen Kredit eröffneten. Ruzel hatte sich mit dem bekannten früheren Operettenkomiker Steinberger vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater, zu Zeiten der Direktion Frische, assoziiert, der für die Gründung des „Trocadero“ 70 000 M. hergab. Ruzel selbst besaß eine große Wohnung in der Burggrafenstraße und lebte in den denkbar günstigsten Verhältnissen. An dem Unternehmen waren außerdem noch einige Sängere beteiligt, die abends dort auftraten. Nachdem das Polizeipräsidium jedoch die Schließung des Lokals um 11 Uhr verhängt hatte, klagte Herr R. auffallend über den schlechten Geschäftsgang, obwohl, wie nachgewiesen werden konnte, die Zahl der Besucher sich kaum vermindert hatte. Vierzehn Tage, bevor R. den Konkurs anmeldete, hatte er bereits den größten Teil der Einrichtung nach Wien schaffen lassen. Er selbst veräußerte dann plötzlich mit seiner Gattin, nachdem von einigen ungeduldrigen Gläubigern seine Wohnungseinrichtung in der Burggrafenstraße gepfändet worden war. Bei der gestrigen Gläubigerversammlung, zu der sich 48 Firmeninhaber, darunter Möbelhändler, Vertreter von Weinfirmen usw., eingefunden hatten, wurde festgestellt, daß Ruzel während der dreimonatlichen Dauer des Unternehmens überhaupt keine Bücher geführt hatte. Herr R. hatte nur die Rente für das Lokal, sowie Gehälter für die Kapelle und Kosten für die Verpflegung im voraus entrichtet. Alles übrige dagegen war in seine Tasche gewandert. Aus der Aufstellung, die Justizrat Dr. Borthauer den Gläubigern vorlegte, war zu ersehen, daß Ruzel etwa 150 000 M. vereinnahmt haben mußte. Nach Abzug aller Unkosten und Spesen wären Herrn R. also in einem Vierteljahr etwa 50 000 M. Reingewinn verblieben, so daß er also wohl kaum behaupten konnte, daß das Unternehmen sich nicht rentiere. Aus den letzten Tagesabschlüssen ließ sich ersehen, daß das Geschäft noch an den letzten Abenden einen vorzüglichen Verlauf aufzuweisen hatte. Bei der gestrigen Gläubigerversammlung ging es recht lebhaft her und fast alle Gläubiger waren der Ansicht, daß hier beträchtlicher Konkurs vorliege. Aus diesem Grunde wurde gestern gegen R. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Ruzel selbst soll sich in Wien aufhalten, während von anderer Seite behauptet wird, daß der Defraudant vor einigen Tagen in einem Spielklub des Westens gesehen worden sei.

Als Leiche wiedergefunden wurde der 19 Jahre alte Handlungsgehilfe Karl Anackuh, der bei seiner Cousine in der Adlerstr. 22 wohnte und seit dem 14. Dezember v. J. vermisst wurde. Anackuh kam vor mehreren Wochen nach Berlin, weil er seine Stellung in Berlin verloren hatte, und fand bei seiner Cousine Aufnahme. Da er hier keine neue Stellung finden konnte, beschloß er schließlich, aus dem Leben zu gehen. Am 14. Dezember erfuhr er sich aus der Wohnung und kehrte nicht wieder zurück. Gestern vormittag wurde seine Leiche am Schleswiger Ufer in der Nähe des Vorflussteges aus dem Wasser gelandet.

In seiner Wohnung erschossen hat sich vorgekern der 27 Jahre alte Sattler Karl Wagner, der in der Hohenlohestraße 3 in Schlafstube wohnte. Der Mann war seit einem halben Jahre krankenhaft, gab aber niemals Auskunft darüber, was ihn bedrückte. Vorgekern am Abend hörte seine Wirtin in seinem Zimmer einen Schuß fallen; bald darauf fand sie B. bewußtlos auf den Fußboden liegen. Er hatte sich durch einen Revolvererschuß lebensgefährlich verwundet und verschied bald darauf.

Zwei rabelnde Wesselsackenschwinder machten seit einiger Zeit Berlin und Umgebung unsicher. Einer besaßte zuerst keine Geschäfte, meistens solche, in denen eine Frau allein verkehrte, bestellte sehr eilig etwas und bezahlte mit einem Zehnmarsstück. In diesem Augenblick kam dann der zweite und drängte noch mehr als der erste. Dann verschwanden alle beide sehr eilig und waren mit ihren Fahrrädern längst außer Sicht, wenn die Geschäfteleute merkten, daß sie mit dem Wechselgeld das Zehnmarsstück eingestekt hatten. Die Beschreibung dieser Räuber paßte auf zwei mehrfach vorbestrafte Personen, einen Einbrecher und Juhälter Oskar Valentini und einen früheren Söldner und Geldstrafeninhaber Georg Zimmer. Die Kriminalpolizei nahm beide fest. Bisher konnten ihnen 50 Fälle bereits nachgewiesen werden.

Ein eigenartiger Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Donnerstagnachmittag am Görlitzer Bahnhof. An der Endhaltestelle war der Schaffner Ludmann damit beschäftigt, einen Anhängewagen an den Motowagen 2308 anzukuppeln. Während der Schaffner noch mit seiner Arbeit beschäftigt war, fuhr der Führer des Motowagens 1206 der Linie 18 gegen den Anhängewagen so heftig auf, daß der zwischen den beiden Waggons stehende Beamte eingeklemmt wurde. Der Verunglückte, der einen Unterarmbruch und Querschnitten an der Brust davongetragen hatte, wurde nach der nächsten Unfallstation und sodann nach dem Krankenhaus Verbanien übergeführt.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Rationalökonomie fällt an diesem Sonntag aus.

Fortschrittsskurs für Jugendliche. Die Zusammenkunft fällt an diesem Sonntag aus.

Feuer in einer Villa. Ein schweres Brandunglück ereignete sich gestern in früher Morgenstunden in der Rauchstr. 17/18, im Westen Berlins. In der dortigen Villa des Rentiers W. Leub brach durch Unvorsichtigkeit ein größeres Feuer aus, bei dem der Rentier lebensgefährliche Brandwunden davontrug, so daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Vier junge Mädchen, die infolge starker Verqualmung die Treppen nicht mehr passieren konnten, stürzten auf das Dach eines Wintergartens und wurden von hier aus durch die Feuerwehre über Leitern in Sicherheit gebracht. Das Villengrundstück Rauchstr. 17/18 liegt an der Ecke der Drakestraße und geht bis zur Corneliusstraße durch. Die Villa wird seit Jahren von dem Rentier Leub bewohnt, der Witwer ist. Das Schlafzimmer des 70jährigen Greises befindet sich im Hochparterre der Villa, während das Dienstpersonal im ersten Stock schläft. Nur ein Stubenmädchen hat seinen Schlafraum ebenfalls im Hochparterre. Dieses Mädchen wurde gestern früh bald nach 4 Uhr durch gelende Hisserrufe aus dem Schlaf geschreckt. Die Ruhe kamen aus dem Schlafzimmer des Rentiers, das lichterloh in Flammen stand. Da die beiden Eingangstüren fest verschlossen

waren, konnte dem Unglücklichen nicht sofort Hilfe gebracht werden. Erst der hinzueilende Portier Berndt brach eine der Türen gewaltsam auf und drang noch vor Eintreffen der Feuerwehr in das Zimmer ein. Der Rentier lag bewusstlos und mit Brandwunden über und über bedeckt am Fußboden. Er wurde von dem Portier noch im letzten Augenblick herausgezogen und in ein hinteres Zimmer getragen. Inzwischen war das Treppenhaus schon derartig verqualmt, daß die vier im ersten Stock schlafenden Mädchen nur notdürftig befeuert auf das Dach eines Wintergartens flüchten konnten. Als die Feuerwehr anrückte, war die Situation also recht bedrohlich. In Eile wurden an dem Wintergartengebäude Stielegänge hergestellt, über die hinweg die gefährdeten Mädchen gerettet wurden. Der am ganzen Oberkörper schwer verbrannte Rentier wurde mit Sauerstoff behandelt und von einem Arzt verbunden. Dann wurde er mit einem Krankenwagen nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft. Der Brand war durch Umwerfen eines Lichtes entstanden und zerstörte das ganze Schlafzimmer. Die Ablöschung erfolgte mit zwei Kohren.

Einen Vortrag über die Alkoholfrage veranstaltet der Arbeiter-Abtinentenbund im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15, vom 3. Februar bis 17. März jeden Freitag, abends 9 Uhr. Die Vorträge finden an folgenden Tagen statt: 3. Februar, Dr. Edwin Bab: Alkohol und geistiges Arbeiten; 10. Februar, Dr. Edwin Bab: Alkohol, Vererbung und Alkohol; 17. Februar, Schriftsteller Albert Rohn: Alkohol und Arbeiterversicherung; 24. Februar, Rechtsanwält Dr. S. Weinberg: Alkohol und Strafrecht unter Berücksichtigung des neuen Strafgesetzbuchs; 3. März, Redakteur Weib: Alkohol und künstlerisches Schaffen; 10. März, Bundesvorsitzender August Reumann: Alkohol im Arbeiterhaushalt; 17. März, Redakteur Konrad Böhnisch: Dorn und Sozialdemokratie und Abstammung (dieser Vortrag findet statt als öffentliche Versammlung).

Eintrittskarten für sämtliche Vorträge kosten 40 Pf. pro Stück, Einzelvortrag 10 Pf.

Ein großes Beutelporcellan mit circa 65 R. Inhalt ist am Montag, den 30. Januar, früh gegen 7.30, auf dem Wege von Ropenhagen Str. 77 bis Gartenstr. 101, möglichenfalls auch im Straßenbahnwagen der Linie 60 verloren gegangen. Der eheliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung im Bureau des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands (Billale Berlin, Gartenstraße 101, Seitenfl. 1. Tr. links, abzugeben).

Vorort-Nachrichten.

Rigsdorf.

Auf zur Wahl! Wie unseren Lesern bereits bekannt ist, findet am Sonntag, den 5. d. M., mittags von 12-3 Uhr, die Kaufmannsgerichtswahl statt. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Liste B 1) hat eine außerordentlich tüchtige Agitation entfaltet. Das hat die gegnerischen Verbände zu erhöhten Anstrengungen veranlaßt, wenigstens soweit die Verdunkelung der Leistungen des Zentralverbandes und die Verleumdung der Sozialdemokratie in Frage kommt. Allen voran marschiert natürlich wieder der antisemitische deutschnationale Verband, der ein Flugblatt verbreitet hat, das an Verdrehungen selbst alle bisherigen antisemitischen Heldentaten übertrifft. Und das will doch gewiß viel sagen.

Doch den Herren soll die Antwort nicht geschenkt werden. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Bürgerhäusern, Bergstraße 147 (großer Saal), eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Redakteur Düwelle spricht über das Thema: „Auf zur Wahl!“, während Genosse Lado sich mit den Wahlveröffentlichungen der Gegner befaßt.

Wir bitten unsere Genossen, auch zu dieser letzten Versammlung roge zu agitieren, damit der Besuch ein guter ist.

Gleichfalls ist es nötig, alle wahlberechtigten Handlungsgehilfen darauf hinzuwirken, daß sie von ihrem Wahlrecht unbedingt Gebrauch machen sollen, indem sie die Liste B 1 wählen.

Altverein für Sport und Wandern. Am Dienstag, den 7. Februar, finden im Karlsgarten und am Freitag, den 10. Februar, in Petris-Parkstraße 113, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, die ersten Spielabende statt, wozu unsere Mitglieder nebst Kindern eingeladen sind. Neue Mitglieder werden dort aufgenommen. Der geplante Familienausflug am Sonntag, den 5. Februar, fällt aus, derselbe wird an einem späteren Termin stattfinden.

Von Krämpfen befallen wurde am Montagabend auf dem Richardplatz, nahe Kaiser-Friedrich-Straße ein Handelsmann. Von Passanten wurde der gefällige Handelsford des Kranken nach einem in der Nähe befindlichen Lokal zur Aufbahrung gebracht. Da der Handelsmann nicht weiß, wo sich der Leich befindet, bittet er, näheres über den Verbleib desselben an Schönfelder, Berlin, Neue Promenade 2, gelangen zu lassen.

Charlottenburg.

Die für Sonntag, den 5. Februar er., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Volkshaus angekündigte musikalische Veranstaltung muß wegen der Bekatung des Parteigenossen Paul Singer unterbleiben. Sie wird in den nächsten Wochen stattfinden; Billets behalten Gültigkeit. Der Bildungsausschuß.

Wilmerdorf.

Zu einem Konflikt zwischen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung ist es in der Angelegenheit des ehemaligen Stadtverordneten Schulz gekommen. Wie wir vor acht Tagen mitgeteilt haben, glaubte Herr Schulz wegen Ueberbürdung mit amtlichen Berufsgeschäften sein Stadtverordnetenmandat niederlegen zu müssen. Er wurde dann aber anderen Sinnes und erklärte sich wieder zur Ausübung des Mandats bereit, worauf die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung der vom Magistrat ausgesprochenen Anschauung entgegen sich dahin ausdrückte, daß Herr Schulz nach wie vor als Stadtverordneter fungieren dürfe. Nunmehr hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß er in dieser Angelegenheit Klage beim Bezirksauschuß erhoben habe. In der Justiz, die diese Nachricht enthielt, warnte der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, Herrn Schulz an ihren Sitzungen teilnehmen zu lassen, da Beschlässe, die unter seiner Mitwirkung zustande kämen, für ungültig erklärt werden müßten. Als der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Heinig diese Angelegenheit am Mittwoch der Stadtverordnetenversammlung mitteilte, teilte er mit, daß er zwar sachlich die Anschauung des Magistrats teile, jedoch keinen Verstoß in sich fühle, in dieser Angelegenheit Herrn Schulz zu beeinflussen. Herr Schulz war selber in der Sitzung nicht zugegen, wohl aber hat der Wahl-audienz sich gemüht gesehen, ihn nachträglich zur Delegation in den Finanzauschuß zu empfehlen. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung billigte diesen Vorschlag.

Weiter war an Stelle des aus den bekannten Ursachen von seinem Amte zurückgetretenen Herrn Dr. Leidig ein neuer Stadtverordnetenvorsteher zu wählen. Die Wahl fiel auf den Geh. Oberregierungsrat Koch; auch die gesamte Linke stimmte für diesen Kandidaten. Nachdem die Wahl verschiedener Ausschüsse erledigt war, wurden in geheimer Sitzung die Mitglieder und Bürgerdeputierten der städtischen Verwaltungsdeputationen gewählt.

Von unseren Parteigenossen gehört Riedel dem Rechnungsausschuß, dem Ausschuß zur Bekämpfung der Scheuenerwerbungsangelegenheit, den Deputationen für die Friedhöfe, für den Tiefbau, für die Statistik und schließlich der Deputation zur Vorbereitung der Grundstücke für die Wohnungspolitik an während Schröder in der Krankenhausesdeputation, der Deputation zur Beratung der Zweck-

verbandsangelegenheit und in dem Sonderauschuß für die Fluchtlinienfestlegung des Platzes V Mitglied ist.

Ein tödlicher Baumfall ereignete sich vorgestern in der Prager Straße. Dort wird gegenwärtig auf dem Grundstück Nr. 14 ein Neubau aufgeführt, auf dem auch der 31jährige Arbeiter Friedrich Krause aus der Teltower Str. 39 beschäftigt war. Er arbeitete gegen 3 Uhr nachmittags in der Höhe der dritten Etage; als er sich niederbückte, ein Handwerkzeug aufzuheben, trat er fehl und stürzte kopfüber in die Tiefe, wo er blutüberströmt und besinnungslos liegen blieb. Unter den Händen eines hinzugerufenen Arztes verstarb der Verunglückte an den Folgen des erlittenen schweren Schädelbruchs und inneren Verletzungen.

Städtische Fischhalle. Die als Maßnahme gegen die Fleischnotung vom Magistrat eingerichtete städtische Fischhalle ist am Donnerstag im Hause Berliner Straße 40 eröffnet worden. Der Magistrat verspricht, daß an dieser Stelle täglich nur „blutfrische“ Ware zu den billigsten Tagespreisen zum Verkauf kommen soll. Wenn der Magistrat Wort hält, dann wird es der städtischen Fischhalle vor allen Dingen in der Arbeiterbevölkerung nicht an der nötigen Kundtschaft fehlen.

Stadtverordneten-Neuwahl. Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung das Mandat des Herrn Dertler, der zu Linde in Galenje als gewählt proklamiert war, für ungültig erklärt. Nunmehr ist vom Magistrat auf Donnerstag, den 16. Februar, die Neuwahl anberaumt worden. Als Kandidaten haben die Konserverpartei wieder Herrn Dertler aufgestellt, während die fortschrittliche Volkspartei einen Herrn Mittag präsentiert. Da unsere Parteigenossen leider nicht der für diese Wahl erforderliche Hausbesitzerkandidat zur Verfügung steht und auch im übrigen die Sachlage dieselbe ist wie bei den vor 3 Monaten abgehaltenen Hauptwahlen, so wird die Sozialdemokratie wie damals geschlossen für den von der Demokratischen Vereinigung aufgestellten Kaufmann Ludwig Engelmann stimmen.

Schöneberg.

Die Frauenabteilung des Arbeiter-Turnvereins bezieht am Sonntag, den 5. Februar, ihr 3. Stiftungsfest im Gesellschaftshaus des Behens, Hauptstr. 31. Da der Verein stets bei Arbeiterfesten mitwirkt, rechnet er auf die Unterstützung der Arbeiterschaft. Anfang 1/2 Uhr. Eintritt 80 Pf.

Ober-Schöneweide.

Christian Geyer. Ein alter braver Parteigenosse, der Pantinenmacher Christian Geyer, ist im Alter von 66 Jahren nach langer Krankheit zur Ruhe gegangen. Der Verstorbene ist auch im Alter den der Jugend entsprochenen sozialistischen Idealen treu geblieben. Es sind wohl wenige Veranlassungen der Partei, denen der alte Geyer während seiner Distanzhaftigkeit fernblieb, bis ihn die Krankheit dazu zwang. Als eins der ersten Opfer des Schandgesetzes wurde er am 19. Oktober 1870 aus Berlin ausgewiesen und gezwungen, unweit durch alle Gauen Deutschlands ziehend, den Unterhalt seiner Familie zu erstreiten. Als Geyer später wieder nach Berlin kam, wirkte er mit der alten Energie wieder weiter. Verschiedene Versuche, sich eine bessere Existenz zu gründen, schlugen ihm fehl, und so mußte denn sein altes, lüchelig lohnendes Gewerbe bis in die letzten Tage sein und seiner treuen Gefährtin Dasein stiften. Christian Geyer war ein Muster aufrichtiger, treuer Parteizugehörigkeit seit Anfang der 70er Jahre, darum wird er bei allen, die ihn kannten, in ehrendem Andenken stehen.

Adlershof.

Zu festigen Auftreten führte in der letzten Gemeindevortretterung die erfolgte Wahl des Gemeindevortreters Dr. Saling in die Schuldeputation. Bekanntlich können hier selbst die Bestimmungen der einzelnen Vertreter nach ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Abteilungen taxiert werden. Bis auf die Vertreter der 3. Abteilung, welche sämtlich Sozialdemokraten sind und dementsprechend nach dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm handeln, läßt sich eine bestimmte politische Bestimmung der übrigen Vertreter nicht feststellen. Die Vertreter der 1. Abteilung kann man wohl als konservative Leute betrachten, doch lehnen sie mitunter diese Auffassung selbst ab. Die Vertreter der 2. Abteilung wollen wohl liberal sein, doch überwiegen die Grundbesitzerinteressen ihre politischen Auffassungen, so daß von „liberal“ nicht viel übrig bleibt. Unter diesen drei Gruppen war seit Antritt des jetzigen Gemeindevortreters das Uebereinkommen getroffen worden, bei Wahlen zu Kommissionen usw. jeder Abteilung einen Sitz zuzuwenden. Dieses Abkommen ist auch bis heute respektiert worden. Bei der stattgehabten Schuldeputationswahl erhoben unsere Vertreter sowie die der 2. Abteilung gleichzeitige Anspruch auf den Sitz, da beide Abteilungen in der Kommission nicht vertreten sind. Durch die Entscheidung der 1. Abteilung wurde dann auch Genosse Diederbrandt gewählt, aber von der Regierung nicht bestätigt. Dadurch mußte in der letzten Gemeindevortretterung wieder resp. Neuwahl erfolgen. Um nun die Schuldeputation wieder aktionsfähig zu machen, verzichteten unsere Genossen auf den Sitz und es wurde zwischen unseren Vertretern und den Vertretern der 2. Abteilung das Uebereinkommen getroffen, daß Herr Dr. Saling der Sitz zufallen sollte. In der Sitzung selbst aber wurde von der 2. Abteilung der Vertreter Kruse in Vorschlag gebracht. Gegen diesen Vorschlag erhoben unsere Genossen Einspruch und hielten an den getroffenen Verabredungen fest. Die 1. Abteilung hatte auch tatsächlich auf den Sitz verzichtet. Durch unseren Einspruch wurde nun per Stimmzettelwahl Dr. Saling gewählt. Der Fabrikbesitzer Hans Luhe unternahm es nun in der Versammlung, in seiner bekannten Manier gegen die 1. Abteilung zu ziehen und ihnen Verrat an den einmal festgesetzten Verabredungen vorzuwerfen, weil sie nicht, entgegen den Abmachungen mit unseren Genossen, für ihren Kandidaten, Herrn Kruse, gestimmt hätten. Besonders machte Herr Luhe dem Dr. Gurmman den Vorwurf, daß er bei der kürzlich stattgefundenen Schöffenauswahl für die Wahl unseres Genossen Hildebrandt dadurch eingetreten war, daß er seine Freunde, die nicht Reserveoffiziere sind wie er, veranlaßte, für unseren Genossen zu stimmen. Er selbst hatte sich bei der Stichwahl zwischen unserem Genossen und dem Kandidaten der 2. Abteilung der Stimme enthalten. Dadurch, daß Herr Luhe diese Tatsache in öffentlicher Sitzung bekannt gab, sah das ganze Vorgehen dieses Herrn wie eine Denunziation aus, um dem Dr. Gurmman Angelegenheiten in militärischen Kreisen zu bereiten. Hätte Herr Luhe geschwiegen, so würden unsere Genossen mit den Vertretern der 2. Abteilung an anderer Stelle eine Abrechnung wegen des Bruches des getroffenen Uebereinkommens vorgenommen haben. Durch die schloße Handlungsweise des Herrn Luhe sahen sich aber die Genossen Hildebrandt und Horlich veranlaßt, die Abrechnung sofort vorzunehmen und ihnen ihre ganze Handlungsweise in aller Öffentlichkeit vor Augen zu halten. Wie gebüht Miffeläter verließen dann auch die Herren den Sitzungssaal. Bei späterer Neuwahl werden unsere Genossen auf diesen Vorgang in entsprechender Weise zurückkommen.

In der letzten Gemeindevortretterung wurde eine neue Freizeitanordnung beschlossen, welche eine wesentliche Verbilligung der Unkosten des nur bedingt zur menschlichen Nahrung zugelassenen Fleisches herbeiführt. Die Ortsabteilung für Errichtung eines Kuratoriums für die höhere Schule wurde beschlossen; gewählt wurden in das Kuratorium die Gemeindevortretter Dr. Vornath und Dr. Saling und als Bürgerdeputierter Oberlehrer Voigt. Unter Vorsitzendem teilte der Gemeindevortretter mit, daß auf die wiederholten Vorstellungen der Gemeindebehörden beim Eisenbahnministerium seit dem 2. Januar vom Schließigen Wohnplatz nach ein Nachtrag 1.28 Uhr abgeht. Zu weiteren Angelegenheiten bezüglich des Würtiger Bahnhofes hat sich der Eisenbahn-

stus nicht versehen können, da die späteren Abend- resp. Nachtzüge noch nicht zu 20 Proz. besetzt sind. Der Eisenbahnstus erkennt erst dann ein Bedürfnis für vorliegend an, wenn die Züge überfüllt sind. Vom 1. Januar ab sind die Brennzeiten des Morgens um eine Viertelstunde verlängert worden. Die Kosten hierfür betragen im Jahre auch nur 88,30 R. Betreffend der Benutzung der in der 2. Gemeindefschule vorhandenen Brausebäder durch Erwachsene ist die Genehmigung der Regierung nachgesucht, aber bis jetzt nicht erteilt worden. In der Schulartzfrage teilte der Gemeindevortretter mit, daß hierfür die Vorarbeiten in Kürze erledigt sind und in den Voranschlag für 1911 ein Posten vorgesehen ist. In der letzten Sitzung der Gemeindevortretterung hatte Genosse Hildebrandt die Anfrage gestellt, ob und welche Vorteile ihren Betrieb noch nicht der Schwemmanalisation angegeschlossen haben. Die nunmehr erteilte Auskunft ergab dahin, daß nach den Akten der Gemeindebehörde sämtliche Fabriken angegeschlossen sind. Dieselbe Auskunft wurde auch vom Amtsbauamt als die ausführende Behörde erteilt. Demgegenüber konnte Genosse Hildebrandt feststellen, daß nach seinen Informationen die Firma Kohlbaum mit ihrem Betriebe bis heute noch nicht der Kanalisation angegeschlossen ist; es seien für alle Beschäftigten 20 Sitze mit Tonnenystem vorhanden. Gegenüber den erteilten Auskünften muß man sich doch fragen, welche Beweggründe vorliegen, daß die genannten Behörden hiervon nichts wußten. Wollten diese Behörden aus Liebeserlei gegenüber dem „Kommerzienrat“ nichts von der erfolgten Unterlassung wissen. Die Öffentlichkeit dürfte wohl erwarten können, daß sich die vorgelegte Behörde mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Seit fünf Jahren wird auch der kleinste Grundbesitzer im wohlverstandenen öffentlichen Interesse zum Anschluß an die Kanalisation gezwungen, während von dem Reichsanstalt der Millionenfirma den Behörden „nichts bekannt“ ist.

Friedrichshagen.

Für die Teilnehmer des Samariterkursus findet heute abend 8 1/2 Uhr im Zogendehlm, Wilhelmstr. 74, eine Vortragsrede statt. Der Kursus beginnt am Freitag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, unter Leitung eines Arztes.

Panlow.

Tot aufgefunden wurde gestern früh in einer Laube der Kolonie Kaiser-Friedrich-Straße ein Mann in den mittleren Jahren. Wie verlautet, hat der Aufgefundene durch Erschießen seinem Leben ein Ende gemacht.

Bernau.

Ein alter Parteiveteran, Ferdinand Krüger, ist gestern morgen plötzlich im Alter von 79 Jahren gestorben. Der alte Ferdinand, wie er hier kurz genannt wurde, gehörte mit zu den ganz Alten der deutschen Arbeiterbewegung. Er war neben Wegner und anderen Mitbegründer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und trat später zur Eisenacher Richtung über. 1865 kam er als Seidenweber nach Bernau, wo er gleich in die Agitation für die noch junge sozialdemokratische Partei eintrat. Von da ab hat er, bis vor einigen Jahren ihn das Alter zurückhielt, stets in den ersten Reihen der Partei am hiesigen Orte gestanden. Er betrieb in den letzten Jahren einen Kolportagehandel mit sozialistischer Literatur, vor allen Dingen bevorzugte er das Land. Vielen Genossen auf dem Lande war er ein gern gesehener Gast und regelmäßig, ungeachtet der Witterung, brachte er denselben den „Wahren Jakob“ usw. Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag statt. Die Arbeiterschaft Bernaus wird sein Andenken stets in Ehren halten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 18. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Jüdische. — Nationalismus und Sozialismus. Von R. Kuntz. — Robert Wallace, ein Utopist des achtzehnten Jahrhunderts. Von R. Beer. — Finnlands fünfte Volksvertretung. Von R. Warten. — Die Lohnbewegung im Ruhrrevier und die Christlichen. Von Heinrich Heemann (Schlesien). — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Richard Boldt. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Ohne jede Anzahlung
verkauft
ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staatsmodalle) in allen Holz- und Stülarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleinemontliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Nur in dieser Packung
mit Schutz-Märke
Kaminleger können Sie das echte wegen seiner hübschen Geschenk-Beilage so beliebt
Dr. Gentner's
Vollchen-Selbstopulver
Goldperle
erhalten.
Alleiniger Fabrikant:
Carl Gentner
i. Göppingen.

Wegen Abbruch unserer Geschäftsräume Alexanderstr. 12:
Billiger reeller
Räumungsverkauf
Arbeiter-Berufskleidung!
Große Vorteile für jeden Käufer.
Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen
Extra-Rabatt bis zu 25 Proz.
Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.
Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.

Unserem allzeit getreuen
Robert Flatow
zum 67. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
29575 Die Miten.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim
Bezirk Ober-Schöneweide.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Parteigenosse, der Pantinenmacher 238/3
Christian Geyer
am 30. Januar nach langem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes aus statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(E. S. Nr. 2 Hamburg.)
Filiale Schönberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Hermann Theuerkauf
am Dienstag, dem 31. Januar, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in der Magstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
253/1

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 31. Januar starb nach langem, schwerem Leiden im Alter von 62 Jahren unser Mitglied, der Zimmermann
Fritz Balke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des alten Sophien-Friedhofes in der Bergstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
29545

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Paul Schulz
am 31. Januar an Magenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simons-Friedhofes in Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/70 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 1. Februar, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser innig geliebter Vater, Schwiegermutter, Großvater, Bruder und Onkel, der Maurer
Wilhelm Donath
im Alter von 84 Jahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Siedlitzer Gemeindefriedhofes, Bergstraße, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Dankfagung.
Für die zahlreiche Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter, sagen allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Wirtinnen des Hauses Schillerpromenade 28, unseren herzlichsten Dank.
Julius Kraus nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die große Liebe und Achtung am Grabe meines lieben Vaters, unseres guten Vaters
Eugen Reipsch
sagen wir hierdurch allen Verwandten, Freunden und Kollegen unseren innigsten Dank.
Frau Wm. Reipsch nebst Kindern.
Remeler Straße 81.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 4-7. Sonntags 10-12, 2-4

An die Mitglieder des
Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Die für Sonntag, den 5. Februar angeordnete
Vereins-Versammlung
ist vertagt und findet erst am kommenden
Sonntag, den 12. Februar,
statt.
Die Tagesordnung wird am Donnerstag, den 9. Februar, im „Vorwärts“ bekanntgegeben.
Die Vertrauensleute bitten wir, von dieser Abänderung Kenntnis zu nehmen und die Mitglieder per Zirkular darauf aufmerksam zu machen.
Für den Souborstand:
Albert Raffini, Vorsitzender.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Bauhilfsarbeiter.
Dienstag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, bei Vocker, Weberstraße Nr. 17:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1910.
2. Jahresbericht vom Jahre 1910.
3. Wahl der Sektionsleitung.
4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte muß vorgezeigt werden, ohne daßelbe kein Eintritt.
Um vollständiges Erscheinen aller Verbandsmitglieder ersucht
196/12* Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1937.
Die zum 5. Februar angekündigte
Branchen-Versammlung der Maschinenarbeiter
fällt aus.
Dieselbe findet am
Sonntag, den 19. Februar,
vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, mit derselben Tagesordnung statt. — Die Vertrauensleute werden gebeten, dies in den Betrieben bekannt zu geben.

Achtung! Achtung!
Sonntag, den 19. März d. J.
findet die nächste
Ordentliche General-Versammlung
der Verwaltungsstelle Berlin statt. 111/9
Sämtliche Ortsvereine müssen Anträge für die Generalversammlung spätestens bis zum 19. Februar im Bureau eingereicht sein.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiterverband
Filiale Berlin.
Werte Kollegen und Kolleginnen!
Wegen der Leichenseier unseres Genossen Paul Singer kann unsere Generalversammlung am Sonntag, den 5. Februar, nicht stattfinden. Der spätere Termin wird in geeigneter Weise bekannt gegeben.
Mit Gruß Die Geschäftsleitung. 197/1

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Sonnabend, den 18. Februar, abends 9 Uhr
im Versammlungszimmer der Bäckerei
Ordentl. General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Bericht des gerichtlichen Sachverständigen. 3. Vorlegung der Bilanz und Beschlußfassung über dieselbe. 4. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 5. Statutenänderung. 6. Anträge. 7. Beschließenes.
Die Bilanz liegt den Genossen im Kontor der Bäckerei zur Einsicht aus.
103/5 Der Vorstand.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Achtung!
Sämtliche Touren für Sonntag, den 5. Februar, fallen aus. Die Mitglieder werden ersucht, sich an der Beerdigung des Genossen Paul Singer zu beteiligen.
107/3
Die bereits für Sonnabend angekündigte Funktionärwahl fällt aus.
Der Zentralvorstand.

Schallplatten Verleih-Institut.
Versand auch nach auswärtig. Prospekt gratis und franko.
Karl Borbs, Berlin 50, Neue Königstraße 33.

Deutscher Transportarbeiterverband
Sektion 5 (Industriearbeiter)
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, II. Bureau: Tel.-N. IV 2382, 4747.
Den Mitgliedern d. Sektion 5 (Industriearbeiter) zur Kenntnis, daß die zu Sonntag, den 5. Febr., vormittags 9 1/2 Uhr, bei Balthusmieder, Badstr. 16, einberufene Versammlung wegen der Verdigung des Genossen Paul Singer nicht stattfindet. Voraussichtlich wird dieselbe am Sonntag, den 19. Februar cr., vormittags 9 1/2 Uhr, im selben Lokal abgehalten werden. Die weitere Bekanntmachung erfolgt durch Handzettel. 087/1*
Wir bitten um rege Beteiligung an der Beerdigung und für einen guten Besuch der kommenden Versammlung sorgen zu wollen.
Die Sektionsleitung. J. A.: Karl Fromke.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Freyers Festhale, Köpenickerstr. 29:
Vertrauensmänner-Versammlung für Berlin und Vororte.
Tages-Ordnung:
Die Umänderung der Unterstützungsfähigkeit in den Zahlstellen Groß-Berlins.
Montag, den 6. Februar 1911:
Mitglieder-Versammlungen
für alle Branchen in folgenden Lokalen:
Sabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7, um 5 Uhr, gleich nach Feierabend.
Ritterhale, Ritterstr. 75, um 6 Uhr.
Märkischer Hof, Admiralstr. 18c, um 5 1/2 Uhr.
Reichenberger Hof, Reichenbergerstr. 147, um 5 1/2 Uhr.
Raunynhale, Raunynstr. 6, um 5 1/2 Uhr.
Gewerkschaftshaus, Saal 4, um 8 1/2 Uhr.
Andreas-Festhale, Andreasstr. 21, um 5 1/2 Uhr.
Litsin, Remeler Str. 67, um 5 1/2 Uhr.
Prachtale des Ostens, Frankfurter Allee 151/152, um 5 1/2 Uhr.
Alt-Berlin, Blumenstr. 11, um 8 Uhr (diese Versammlung ist für die Polierer).
Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, um 8 Uhr.
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c, um 6 Uhr.
Vocker, Weberstr. 17, um 6 Uhr.
Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11, um 8 Uhr.
Obiglio, Schwedter Str. 23, um 6 Uhr.
Raabe, Kolberger Str. 23, um 6 Uhr.
Papenhofener Brauerei, Turmstr. 25/26, um 8 Uhr.
Tages-Ordnung:
Die Umänderung der Unterstützungsfähigkeit in den Zahlstellen Groß-Berlins.
Alle Kollegen müssen zur Stelle sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Trauer-Kleidung.
Schwarze Hosen 18,- 15,- 6 M.
Schwarze Paletots 50,- 40,- 18 M.
Schwarze Pelertinen 18,- 12,- 8 M.
Gehrock-Anzüge 70,- 60,- 33 M.
Zylinder-Hüte 16,50 12,- M.
Schwarze Hüte 9,- 7,50 "
steif u. weich 6,- 4,50 2, 50 M.
Schwarze Krawatten ♦ Schwarze Handschuhe

BaerSohn
Kleider-Werke
Chansseestraße 29/30 Δ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 Δ Schönberg, Hauptstr. 10.

Schuh-Sport
Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit.
Jedes Paar - Damen- oder Herren-Stiefel ohne Ausnahme - Einheitspreis.
Alleinverkauf für Berlin und Umgebungen.
Versand nach auswärtig unter Nachnahme!
„Schuh-Sport.“
6 75 Mk.
Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Kranze.
Hermann Walger, Kastanien-Allee 4
Babellen, Bäume erhalten Vorrang.
preise.

Bäckerei
mit 12000 M. Mahlmehl soll preiswert verkauft werden. Gefordert 6000 M. Bäckerei unter N. R. 1018 an Rudolf Wiese, Nordhagen.

Hosen-Woche

Beginn morgen.

Ausnahme-Angebote
bedeutend unter regulären Preisen!

Günstige Kaufgelegenheit
moderner Hosen

Man beachte das
morgige Inserat!

BaerSohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Fels-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.



Salem Gold

Cigaretten
Etwas für Sie!

N^o 4, 5, 6, 8, 10
Preis 4, 5, 6, 8, 10 Pfg. d. St.

Orient. Tab. u. Cigaretten-Fabr.
„Yenidze“
Inh. Hugo Zietz, Dresden

Erhältlich in den Cigarrengeschäften wo dieses Plakat sichtbar ist!

ZOMAROM



Bouillon-Würfel

der beste und billigste

NÄHRMITTELFABRIK „ZOMAROM“ MÜNCHEN, PROMENADESTR. 6.
Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 80, Bamberger Str. 45.
Fernsprecher: Amt VI, No. 5737.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

Möbel

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
Klein Laden, Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Zahnärztliche Poliklinik
Eisasser Straße 55 I.
Zahnziehen u. Behandl. unentgeltlich.
6^{1/2}—7^{1/2}, abends. 17/4*

Musier-Coupons-Resie.
wunderbare Frühjahrs-Neuheiten für Anzüge, Hüte, Kostüme etc. Meter 3.—, 4.—, 5.—, Sirichhau-Loden, Imprägniert für Wetter-Pulver, Meter 1.50, 2.—, Tschlager Gertrundenstraße 25-27, Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H., Vierzehn- u. d. Petrikirche



Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“.

Aus Anlaß der am Sonntag, den 5. Februar, stattfindenden Bezeichnung des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Paul Singer sollen sämtliche Touren der Bundesvereine aus. Sämtliche Mitglieder können sich deshalb an dem Trauergelände beteiligen. Gemeinlicher Treffpunkt ist samstags 11 Uhr Jerusalem Straße an der Oranienstraße. 10/4
Franz Prouß, Kreisvorsitzender.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben- arbeitschlecht sitzender Gobisse Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

„Silesia-Bad“

11242* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleiter erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppich-Thomas, Dranienstr. 160, Dranienplatz; Kolenhaferstraße 54. 20652*

Bilder kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

Teppiche! (sehrdichte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Bräun, Kadischer Markt 4, Bahndel Börse. (Leier des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet!

Hermannsplan 6 Handbleichhaus. Staudenbühne Winterpaletts. Federanläge, Federanläge, Herrenhosen, Pelzstoffe, Aussteuerkästen, Brautbetten, Personalbetten, Bettstühle, Sportbilliger Böschverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Plüschdecken, Steppdecken, Kleben, anstahl Sämundschafen, Tischensiden, Wandbuden. Großberliner billiger Warenverkauf im Handbleichhaus Hermannsplan 6. Auch Sonntags geöffnet. 157*

Vitruviers Nähmaschinen ohne Anzahlung, gedruckte (spottbillig) Kataloge, Berlin. Preis elegant gebunden 1.— Mark. Zu haben Buchhandlung Vorwärts. 10992*

Züchterei und Verkauf edler Kanarienvögel Feinsingenstraße 13, III links. 82755

Zimeliebene Steppdecken 4,15 (Seidenerlag), Wollatlas-Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grau-rot, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lehmann, Dranienstraße 158.*

Inventur-Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franco. Teppichhaus Emil Lehmann, Dranienstraße 158. 19982*

Täglich heiße Trinkeiter. Ökonomie Revolverstraße 15, D. Schenke. 19982*

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Gedichten, Romanen etc. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (Fadenstoffe), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Plüschdecken, Liebergardinen, Sofa-Loftstoffe (spottbillig) Badstr. 9, Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Rauerhoff, Vorwärtsleiter zehn Prozent. Sonntags geöffnet. 24882*

Monatjanüge und Winterpaletts von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gedruckt von 12,00, Hands von 2,50, sowie für farbige Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handbleich verarbeitete Sachen laufen man am billigsten bei Kay, Rulandstraße 14.

Gasföhrer, dreifach 4,50, Bronzekrone 7,50, Gasglühbirnen 7,00, Gaslösen 1,40, Gaswandarme 0,55, Teilzahlungen gefastet. Kronenlager Große Frankfurterstraße 92; Filiale Kapfenstraße 6. 13018*

Zambouriermaschinen Dörmeyer, alleiniger Fabrikant Wegmann, Goltzowstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 20698*

Vorjährlige elegante Gedruckt- anläge, Fröhranläge und Smolting aus feinsten Rohstoffen enorm billig. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 17642*

Spottbillig Herrenanzüge, Herrenpaletts, zurückgelehrt, hochornamente, verkauft Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63. Firmabestellung.*

Emaillewanne (Stoßfeste Streich- emalle), 1,70 lang, 17 Mark Kauf- nahme. Garantie: Zurücknahme. Wertwert, Deberan. 29570

Singermaschine 10—, Wein- meisterstraße 4, Seitenfügel. 7115

Geschäftsverkäufe.

Grünrangergeschäft, existenzfähig, funktionstüchtig, Lagerstoffe 50 Mark, besonderer Umstände sofort veräußerlich. Kaufhaus Nordost, Hermannsplan 110 II, Walter. 758

Möbel.

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Osten läuft bei und. Rechtsanwalt u. Co., Koppens- straße 4, Schießbühnen Bahnhof. 19512

Möbelanacbor! Sofas, Garnituren, Kleiderstühle, Perisols, Bütteln, Schreibische, Spiegel, Bettstellen, Küchenmöbel, Pianinos, ganze Ein- richtungen (spottbillig), große Gelegen- heit, Kleben, anstahl, 5 Etagen. Möbelpräferei Neue Römische, 406, Radstr. 92. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gefastet. 240/19*

Möbel-Einrichtungen, moderne Küchen, Ergänzungsmöbel laufen Sie nirgends so billig wie in der Möbel- fabrik Hirschowitz, Chausseestraße 49.

Plüschanzugstola, hochlegant, 35,00, Anzugstola, Chaiselongue, Vahowstraße 74 I, Pensionat. 203/5

Ruhbanmöbel nach umstände- halber verkaufen, zwei Zimmer mit Plüschgarnitur, Krone, Ledisch, Bilder, Küchenmöbel, Küchengerät 200,00, Händler verdeten. Weinmeister- straße 1b-2, Hausverwalter. 17/17

Chaiselongue, nagelneu, Straus- bergerstraße 35, Tapezierer. 745

Musik.

Piano, hohes, goldgraviert, 115,— (Teilzahlung), Turmstraße 8 I.*

Verschiedenes.

Kunstkopiererei von Frau Kolosty Schlichter, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gütchiner- straße 81. 19558*

Patentanwalt Bessel, Gütchiner- straße 91a.

Platinabfälle, German 4,50, Fahngelb, Silber, Altgold läuft Plämel, Auguststraße 19, III. 1115*

Frische Blumen, Spezialität: „Vereinstraße“ bester Auslieferung. Oberstraße 24. 17/84*

Schmuckgräber, Platin, Deutschgold, Silber, Edelsteine, hochglanzend, Berner, Doppelallee 3. 18942*

Kupfer, Messing, Platinabfälle Silberabfälle, Goldschmelze Kieper Köpferstraße 10a (gegenüber Man- teufelstraße). 2058*

Komiker Schwarz, Köpenicker- straße 147. 29555

Goldfäden, Fahngelb, Gold bis 70 Pfennig, läuft Antiquitäten- geschäft Kirchstraße 14, Roabit. 17/19

Kanarienvögel läuft Goldmann, Neue Schönhauserstraße 5. 7115

Technischen Unterricht erhalten Handwerker, Ausbildung: Zeichner, Meister, Techniker. Offerten An- genieur Postamt 21. 17/20*

Reisenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. Hermann Wolf, Zwislan, Nordstraße 30. 20662*

Fertigmacher verlangt Piano- Mechaniker, Blumenstraße 77.

Tüchtige Verarbeiter und Verfü- hrerinnen verlangt Gummersbach, Kraut- straße 27. 7146

Blusenstickerin, tüchtige, 18,00 Lohn und mehr. Zusammenlegen auherm Hause. Ost, Zusterburger- straße 16. 748

Geübte Arbeiterin auf Morgen- leiter, die selbständig aufstehen, eine Arbeitstunde leiten kann, verlangt Köhn, Gultstraße 29. 7140

Monogrammdrägerin für dauernde Beschäftigung sucht sofort Kunstverlag, Büchelinstraße 106.

Näherinnen für dauernde, lohn- nende Arbeit verlangt Mechanische Kleiderfabrik, Wallstraße 11/12, Auf- gang 7. 29506

Zeitungsfrauen verlangt Kronen- straße 2. 2948*

Zeitungsfrauen sofort verlangt. Köpferstraße 48, Laden. 17/19*

Zeitungsfrauen sofort verlangt. Köpferstraße 56/57. 17/11*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Parteisekretär.

Für den 16. jährl. Reichstagswahl- kreis Chemnitz wird ein Parteisekretär zum baldigen Antritt gesucht. Nur solche Genossen wollen sich um diese Stelle bewerben, die sich über ihre bisherige Tätigkeit in Bezug auf Organisation und Propaganda aus- weisen können. Gehehe sind bis 11. Februar an Albin Langer, Chem- nitz, Brühl 22, zu richten. 287/9*

Achtung! Mühen- und Gutmacher!

Gelverr für Mühen- und Gut- macher die Firma G. Gärner u. Co., Rarinsstr. 50. 102/2*
Deutscher Rührerverband, Filiale Berlin.
Zentralverband der Gutmacher, Filiale Berlin.